LN-Dossier 18 // 2020

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

Wir wollen uns lebend!

Perspektiven auf und gegen patriarchale Gewalt

FEMIZID ODER FEMINIZID?

Die Südafrikanerin Diana Russell prägte 1976 den Begriff *femicide* in Abgrenzung zum genderneutralen *homocide*, zu deutsch Mord. Russel definiert Femizid als Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist. Die mexikanische Aktivistin und Professorin Marcela Lagarde erweiterte später den Begriff zu Feminizid. Dieser nimmt Bezug auf das staatliche Versagen, insbesondere bei der Straflosigkeit im Kontext von Feminziden. So ist Feminizid der politischere Begriff, weil er institutionelle Gewalt einschließt.
In allen Beiträgen verwenden die Autor*innen den Begriff, den sie für angemessen halten.

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

IMPRESSUM

// ¡Vivas nos queremos! Perspektiven auf und gegen patriarchale Gewalt // Erscheint als Dossier Nr. 18 innerhalb der LN 558 (Dezember 2020)
// Herausgeberin & Verlag Lateinamerika Nachrichten e.V. // **Druck** Hinkelsteindruck, 10997 Berlin // **Redaktion** Redaktionskollektiv der LN // **V.i.S.d.P.** Caroline Kim, Elena von Ohlen, Irene Sommer, Jana Flörchinger, John Mark Shorack, Luisa Bona, Sarah Weis, Sonja Schmidt, Susanne Brust // **Redaktionsschluss** 01.10.2020

// Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung der Autor*innen und gibt nicht notwendig die Position der Rosa-Luxemburg-Stiftung wieder.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel.: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.lateinamerika-nachrichten.de
redaktion@LN-Berlin.de

Titelfoto: Ardemos para florecer (Wir brennen, um zu erblühen) // Mora Gala, @mora.gala

¡VIVAS NOS QUEREMOS!

PERSPEKTIVEN AUF UND GEGEN PATRIARCHALE GEWALT

Illustration: Agustina Di Mario, @aguslapiba

4 **Editorial**

7 **„Wir sind gemacht aus Mut und Zärtlichkeit“** // Schwarze Frauen in Bewegung: Kämpfen für das Leben in Brasilien

12 **„Glücklich zu sein ist unsere Rache“** // Die Aktivistin Kenya Cuevas über den Kampf gegen die Straflosigkeit von Transfeminiziden in Mexiko

15 **Die mächtige Möglichkeit, das Gemeinsame zu schaffen** // Zur Politisierung von Gewalt als Strategie in der feministischen Bewegung Argentiniens

18 **Creando, criando y revolucionando** // Über die Herausforderung, als Frau unterschiedliche Rollen zu vereinen

21 **Harmonisierung statt Strafe** // Die Aktivistin Vilma Almendra über patriarchale Gewalt und die Probleme alternativer Rechtssprechung der indigenen Bewegung im Cauca

24 **Gemeinsam gegen Transfeindlichkeit** // Bolsonaros Regierung und Corona befeuern Transfeminizide – Betroffene wehren sich in selbstorganisierten Bündnissen

27 **Eingeschlossen und rechtlos** // In Honduras verschärft die Pandemie die prekäre Situation von trans Frauen

31 **„Sich nicht zum Schweigen bringen lassen“** // Interview mit Ninoska Pailaküra von der Koordinationsgruppe „Gerechtigkeit für Macarena Valdés“

34 **Kollektiv Veränderungen bewirken** // Femizide, staatliches Handeln und soziale Bewegungen in Venezuela

37 **Perspektiven aus Ciudad Juárez** // Der Fall einer Dozentin legt Funktionsweisen sexualisierter Gewalt offen

40 **Gewalt und Gesetz** // Beginn einer Dokumentation geschlechtspezifischer Rechtsprechung in 19 Ländern: Argentinien // Bolivien // Brasilien // Chile // Costa Rica // Deutschland // Dominikanische Republik // Ecuador // El Salvador // Guatemala // Honduras // Kolumbien // Kuba // Mexiko // Nicaragua // Panama // Peru // Uruguay // Venezuela

// EDITORIAL

Vivas nos queremos ist zum Credo der feministischen Bewegung in Lateinamerika geworden. „Wir wollen uns lebend“ ist die Antwort auf brutale Morde an Frauen und Queers, weil sie Frauen und Queers sind. Seit Anfang der 1990er Jahre Aktivist*innen in verschiedenen Regionen in Lateinamerika begannen, Fälle von Frauenmorden zu dokumentieren, hat die Gewalt kaum abgenommen. In Argentinien zum Beispiel wird alle 27 Stunden eine Frau umgebracht, in Mexiko geht man sogar von zehn getöteten Frauen am Tag aus. Die genauen Zahlen kennt niemand und doch wird das Ausmaß femizidaler Gewalt deutlich, deren Ursachen jedoch zu komplex sind, um sie in Statistiken zu fassen. Es stellt den alltäglichen Wahnsinn dar, gegen den Frauen und Queers seit langem unermüdlich kämpfen.

Die feministischen Bewegungen in Lateinamerika haben nicht nur eine Aufmerksamkeit für geschlechtsspezifische Morde geschaffen, sondern liefern beständig Analysen der Bedingungen, die eine solche Gewalt ermöglichen. Mit der Dokumentation begann auch die Etablierung des Begriffs des Femi(ni)zids, der es möglich machte, Frauenmorde als politisch zu benennen und der heute aus Diskussionen auch weit über feministische Kontexte hinaus nicht mehr wegzudenken ist. Deutschland hinkt dabei etwas hinterher, obwohl im Jahr 2017 auch in Deutschland 147 Frauen von ihrem (Ex-) Partner getötet wurden. Die Zahlen haben sich seither nicht wesentlich verändert, was bedeutet, dass hier durchschnittlich etwa alle drei Tage eine Frau Opfer eines Feminizids wird. Während die deutsche Regierung zahlreiche Programme zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt und Feminiziden in anderen Ländern finanziert, insbesondere im Globalen Süden, kommt sie dem eigenen Problem kaum nach. So vermeidet sie, Feminizide als strukturelles Problem anzuerkennen. Dies zeigt sich unter anderem in der Unterfinanzierung von Schutzräumen wie Frauenhäusern oder im Mangel an offiziellen Statistiken, die Feminizide als solche benennen.

In Lateinamerika wird die Verantwortung des Staates für Feminizide von den feministischen Bewegungen immer adressiert. *Estado femicida*, der „frauenmordende Staat“, wird dafür angeklagt, dass es kaum Verurteilungen gibt, dass staatliche Unterstützung für Angehörige fehlt, dass Mitglieder von Behörden nicht ausreichend geschult werden, um mit Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt umzugehen. An Gesetzgebungen dafür mangelt es selten – die Interamerikanische Konvention über die Prävention, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen wurde 1994 in Belém do Pará in Brasilien von allen lateinamerikanischen und karibischen Staaten unterzeichnet. Damals verpflichteten sie sich angesichts der alarmierenden Ausmaße der Problematik, strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung zu ergreifen. Heute ist die lateinamerikanische Rechtsprechung zu Feminizid global gesehen einzigartig. Fast alle Länder haben im Laufe des letzten Jahrzehnts Gesetze zu diesem Tatbestand in ihre Strafgesetzbücher aufgenommen.

Gesetzgebung und Realität klaffen jedoch oft sehr weit auseinander. In den lateinamerikanischen Beispielen wird deutlich, dass verschiedene juristische Mittel im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen oft nur durch die Kämpfe feministischer Bewegungen und auf öffentlichen Druck Eingang in die Gesetzgebung gefunden haben. Auch ihre Umsetzung hängt stark von der gesellschaftlichen Debatte und der Stärke der jeweiligen Bewegung ab. Bestehende, zum Teil progressive Gesetze können in tief patriarchalen Justizsystemen unmöglich alleiniger Garant für Gerechtigkeit sein. Frauen und Queers, Opfer von sexualisierter Gewalt, werden weiter kriminalisiert, ihre Aussagen werden angezweifelt, sie werden unterteilt in „gute“ und „schlechte“ Opfer. Klassismus und Rassismus

Illustration: Xueh Magrini Troll, @xuehka

sind dabei entscheidende Faktoren, ob die erfahrene Gewalt anerkannt wird oder nicht. Und, ob sie geahndet wird. Straflosigkeit trotz bestehender Gesetzgebung ist ein allgegenwärtiges Problem. Es ist also unabdinglich, dass die Justiz beginnt, Fälle sexualisierter Gewalt und Feminizide feministisch zu untersuchen, diese Straftaten in ihrem Kontext zu analysieren und den Worten der Opfer und Überlebenden Beachtung zu schenken. Das heißt auch, Angehörigen das Recht auf unterstützende Ressourcen zu garantieren – seien sie finanziell, psychologisch oder juristisch. Denn Staat und Gesellschaft schulden ihnen durch ihr komplettes Versagen, die tödliche Gewalt zu stoppen, das Leben ihrer Mütter, Töchter, Schwestern und Freundinnen.

Und dennoch kommen wir als feministische Bewegung nicht umhin, auch auf institutioneller Ebene zu kämpfen. Die Gesetzeslagen spiegeln die belebte Debatte um sexualisierte Gewalt in lateinamerikanischen Ländern wider, die dazu geführt hat, auf gesellschaftlicher und politischer Ebene ein Bewusstsein zu schaffen. Mit dem vorliegenden Dossier, das zum 25. November, dem Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen erscheint, wollen wir dazu beitragen, die vielfältigen Erfahrungen aus Lateinamerika auch für die beginnende Debatte in Deutschland verfügbar zu machen. Dafür haben wir uns die Gesetzeslagen zu geschlechtsspezifischer Gewalt in 18 lateinamerikanischen Ländern angeschaut, nach ihrer Umsetzung gefragt, emblematische Fälle dokumentiert und nachgesehen, was die feministischen Bewegungen vor Ort der Gewalt entgegensetzen. Das kann nur ein Anfang sein – ein Anfang, um weiter zu recherchieren und uns weiter zu vernetzen. Dieser Anfang soll uns dabei helfen, zu vergleichen, zu analysieren, die Fallstricke zu erkennen, die Best Practices zu übernehmen und Leerstellen sichtbar zu machen, an denen wir noch tiefer graben müssen. Eine dieser Leerstellen ist zum Beispiel die Thematisierung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen nicht-binäre und inter* Personen und trans Männer, die wir leider auch in diesem Dossier noch offen lassen müssen.

Neben den kurz gefassten Überblicksartikeln, die Einstiege in die jeweiligen Realitäten der einzelnen Länder geben sollen, haben wir Autor*innen aus Lateinamerika eingeladen, ihre Perspektiven auf und gegen patriarchale Gewalt aufzuschreiben. Dabei bleibt es nicht aus, dass in einigen Beiträgen auch explizit auf brutale und direkte Gewalt eingegangen wird. Die Verfasser*innen verdeutlichen in teils persönlichen Essays oder erzählerischen Artikeln, in Interviews und Illustrationen, was in den aktuellen Diskussionen verhandelt wird und wie die Kämpfe gegen sexualisierte Gewalt und für eine feministische Zukunft miteinander verschränkt sind. Es geht um die Vielschichtigkeit von Gewalt, ihre Ursachen und Gegenstrategien. Es geht darum, wie die Schwarze feministische Bewegung Brasiliens für das Leben kämpft, wie Unternehmen in Chile Feminizide als Mittel der Einschüchterung von Aktivistinnen einsetzen; es geht um Probleme indigener Rechtssprechung im Fall von geschlechtsspezifischer Gewalt in Kolumbien oder darum, wie eine progressive Rechtssprechung bei einem wirkungslosen Staat in Venezuela trotzdem versagt. Reportagen und Interviews aus Mexiko, Brasilien und Honduras setzen sich mit Transfeminiziden und den gemeinsamen Schutzmechanismen der Community auseinander, die im durch die Covid-19-Pandemie nochmal verschärften Alltag immer wichtiger werden. Wir lesen Gedanken aus Ecuador über die verschiedenen Rollen, denen Frauen zwischen Rassismus und Patriarchat, Beruf, Familie und Aktivismus gerecht werden müssen. Ein Essay aus Ciudad Juárez, der Stadt, die durch Feminizide traurige Berühmtheit erlangt hat, geht auf die verschiedenen Formen sexualisierter Gewalt ein. Die Thematisierung unterschiedlicher Aspekte von Gewalt ist auch zentral für die feministische Bewegung Argentiniens, die die Politisierung von Gewalterfahrung als Strategie für den Widerstand nutzt.

So wütend unsere Autor*innen und ihre Texte auch sind, so wütend wie wir alle sind – der Kampf für eine feministische Zukunft gerät nie ganz aus dem Blick. Denn es geht nicht nur darum zu überleben, wie es *Vivas nos queremos* nahelegt, sondern darum, wie wir zusammenleben wollen. Der gemeinsame Kampf, die kollektiven Strukturen, die Zärtlichkeit und Energie, die in den Protesten lebt und überlebt, gibt uns Kraft. Diese wollen wir auch in den farben- und lebensfrohen, widerständigen Illustrationen lateinamerikanischer Künstler*innen aufgreifen, die uns durch das Dossier begleiten.

// Die Redaktion

„WIR SIND GEMACHT AUS MUT UND ZÄRTLICHKEIT“

SCHWARZE FRAUEN IN BEWEGUNG: KÄMPFEN FÜR DAS LEBEN IN BRASILIEN

Brasilien ist ein Land, das den Rassismus in seiner DNA trägt, wie unsere Autorin Eliane Almeida sagt. Schwarze Frauen sind daher in besonderer Weise von sexualisierter Gewalt betroffen, da die Verschränkung mit rassistischer Diskriminierung noch zusätzlich den Zugang zu Unterstützungs- und Schutzmechanismen erschwert. In drei Erzählungen aus der Realität des Schwarzen Brasiliens vermittelt sie uns eindringlich den gewaltsamen Alltag Schwarzer Frauen. Wie dieser Alltag zustande kommt und wie sie damit umgehen, analysiert sie anschließend anhand von Statistiken und Beispielen aus der Schwarzen Frauenbewegung. (Warnung: Achtung, dieser Text enthält explizite Inhalte sexualisierter und rassistischer Gewalt).

EIN BISSCHEN BRASILIEN

Sie war zehn Jahre alt. Sie hatte weder Mutter, noch Vater. Sie wohnte bei ihrer Großmutter und ihrem Onkel. Ihre Mutter war tot und wo ihr Vater war, wusste man nicht. Immer dann, wenn sich ihm die Gelegenheit bot, vergewaltigte ihr Onkel sie. Seit sie sechs Jahre alt war. In ihrem Körper, der sich selbst erst noch entwickelte, wuchs ein Kind aus der Gewalt eines 32-jährigen Mannes. Ein Schmerz im Unterleib ließ sie zum Arzt gehen. Dort gab es den schmerzhaftesten und unwiderlegbarsten Beweis für die dem Mädchen angetane Gewalt: Sie war schwanger.

Das Mädchen weinte und schrie, sie wollte dieses Baby nicht. Die Schwangerschaft musste in der 24. Woche unterbrochen werden. Das Gesetz gibt ihr dieses Recht. Aber Unterstützer des Präsidenten Jair Bolsonaro und katholische und evangelikale Fundamentalist*innen stellten sich vor das Krankenhaus, in dem der Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden sollte. Sie beschimpften sie als Mörderin. Sie nannten sie ein Monster. Sie, ein Mädchen, das die Schlimmste aller Gewalttaten erleiden musste, und das an seinem Körper und seiner Seele Verletzungen hatte, die sehr lange brauchen werden, um zu vernarben.

Ich wartete darauf, im Fernsehen Bilder des Onkels zu sehen, der verhaftet wurde. Ein Schwarzer Mann. Sie war Schwarz. Sie war ein verfügbarer Körper. Sie trug an ihm das Stigma der Unterwürfigkeit: Ihr Schwarzsein. Die Farbe ihrer Haut erklärt auch, warum sich so viele Gläubige im Recht sahen, ihr zu sagen, dass diese Abtreibung ein Verbrechen wäre. In Bezug auf einen entmenschlichten Körper ist alles erlaubt. Sie war Schwarz.

Sechs Jugendliche spielten Computerspiele in einem Haus in der Favela Morro do Salgueiro, in São Gonçalo im Bundesstaat von Rio de Janeiro. Sie waren gemeinsam in Quarantäne. Sie befolgten die Empfehlungen der WHO und die Regeln ihrer Mütter. Ihrer Schwarzen Mütter, die wissen, dass Schwarzsein in einer Favela genug ist, um verdächtigt zu werden. Und – als Konsequenz – um getötet zu werden.

Sie waren zu sechst im Wohnzimmer. Wie in einem Hollywood-Film stürmten bewaffnete Polizisten das Haus. Schüsse fielen. Schreie. Weinen. Alle auf dem Boden. João Pedro versucht, sich vor den Schüssen zu schützen und wird in den Bauch getroffen. João Pedro war vierzehn Jahre alt. Es waren 70 Schüsse. João Pedro wollte Rechtsanwalt werden.

João Pedros Familie sucht ihn, um ihn zu retten. Die Polizei sagt, sie hätten ihn mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus geflogen. Seine Eltern suchen die Krankenhäuser von São Gonçalo und Rio de Janeiro ab, aber sie finden ihn nicht. Am Morgen des Folgetages wird João Pedros Leiche im forensischen Institut identifiziert. João Pedro wurde von der Polizei erschossen, während er

Illustration: Denise Silva, @ise_camaleoa

◀ **25. Juli**
Internationaler Tag der Schwarzen Frauen aus Lateinamerika und der Karibik

sich an die Quarantäneregeln hielt und mit seinen Cousins Videospiele spielte. Die Polizei sagt, es sei ein Haus der Drogenmafia gewesen. Sechs Jugendliche spielten Videospiele. João Pedro war 14 Jahre alt und wollte Rechtsanwalt werden. Er war ein Schwarzer Jugendlicher.

Mirtes ist Hausangestellte und kann sich soziale Distanz zum Schutz vor einer Covid-19-Infektion nicht leisten. Sie und ihre Mutter arbeiten für die Familie des Bürgermeisters. Wegen der Pandemie hat der Hort geschlossen, in dem Mirtes normalerweise den fünfjährigen Miguel abgibt. Ihren Neguinho, wie sie ihn liebevoll nannte. Mirtes nahm ihn mit zur Arbeit, wo sie auch auf die Tochter und den Hund der Frau des Bürgermeisters aufpasste.

Miguel war ein lebhafter Junge, sprach viel, er war aufgeweckt. Er stellte seine Wünsche über alles andere, drängte sich auf mit der ganzen Großartigkeit eines Schwarzen Jungen aus der Favela, fünf Jahre alt, der Polizist werden wollte. An jenem Tag war Miguel mit seiner Mutter in der Wohnanlage in Recife, Hauptstadt des Bundesstaats Pernambuco. Mirtes ging mit dem Hund raus und ließ Miguel in der Obhut der Hausherrin. Als Mirtes nach 20 Minuten das Gebäude betrat, hörte sie einen Krach und den Schrei eines Mannes. Es war der Portier, er versuchte jemandem zu helfen, der auf dem Boden lag. Es war Miguel. Er war neun Stockwerke in die Tiefe gestürzt. Die *weiße* Hausherrin hatte auf ihn aufpassen sollen. Sie lackierte gerade ihre Nägel. Miguel wollte zu seiner Mutter, sie verlor die Geduld. Sie brachte ihn zum Fahrstuhl und drückte auf den Knopf. Miguel drückte auf weitere Knöpfe und stieg im neunten Stockwerk aus. Er kletterte an einem Geländer hoch und fiel. Der kleine Miguel starb in den Armen seiner Mutter im Krankenhaus. Die Anwälte der Hausherrin werfen Miguel vor, seinen Tod selbst verschuldet zu haben. Miguel war fünf Jahre alt. Er wollte zu seiner Mutter. Träumte davon, Polizist zu werden. Er war ein Schwarzer Junge.

RASSISMUS ALS RÜCKGRAT BRASILIENS

Diese Geschichten sind alltägliche Ereignisse im Leben Schwarzer Familien aus den brasilianischen Vorstädten. Die Entmenschlichung Schwarzer Körper in Brasilien ist Ausdruck des

Rassismus, der die Gesellschaft strukturiert und die Gewalt auf allen Ebenen schürt und legitimiert.

Brasilien ist ein Land, das in seiner DNA den Kolonialismus trägt. Es hat seinen Reichtum auf der Versklavung Schwarzer Körper aufgebaut. Mit dem Ende der Sklaverei wurde europäische Einwanderung gefördert, um Brasilien zu einem *weißen* Land zu machen. Es gab viele Bestrebungen, die Schwarze Bevölkerung auszurotten. Auch eine Politik der Massensterilisation Schwarzer Frauen gehörte dazu. Die Vernichtungspolitik von damals wird heute auf konsequente und institutionelle Weise fortgesetzt. Das, was sich als struktureller Rassismus festgesetzt hat, ist das Rückgrat im Aufbau Brasiliens. Rassismus ist Teil der Gesetze und der Polizeipraktiken, die nach der Sklaverei entstanden sind. Er liegt in der Abwertung des Wissens, das mit den versklavten afrikanischen Menschen kam, in der Gewalt gegen afro-religiöse Räume, darin festzulegen, dass bestimmte Körper für Gewalt und Tod zur Verfügung stehen.

Alle 23 Minuten wird in Brasilien ein junger Schwarzer Mann ermordet, stellt der Atlas der Gewalt 2020, ein Bericht des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung (IPEA) und des brasilianischen Forums für öffentliche Sicherheit, fest. Die von 2008 bis 2018 erhobenen Daten der Studie zeigen auch, dass 75,7 Prozent aller Mordopfer Schwarz sind. Polizeigewalt ist die Hauptursache für den Genozid an Schwarzen Jugendlichen, die Militärpolizei funktioniert dabei als bewaffneter Arm des Staates. Es sind die Mütter, die den Kampf für Gerechtigkeit für die ihren aufnehmen.

Die Gewalt gegen Frauen, insbesondere gegen Schwarze Frauen, nimmt im Kontext der Corona-Pandemie rapide zu. Zuhause eingesperrt mit ihren Aggressoren, können sie keine Anzeige erstatten oder dem Ort entkommen, an dem ihnen die schlimmsten Straftaten angetan werden. Laut Atlas der Gewalt 2020 wird in Brasilien alle zwei Stunden eine Schwarze Frau ermordet. Im Jahr 2018 waren 68 Prozent der ermordeten Frauen Schwarz. Wenn wir über Schwarze Frauen sprechen, sprechen wir über Menschen, die doppelt diskriminiert werden: weil sie Frauen sind und weil sie Schwarz sind. In Brasilien steht die Schwarze Frau an unterster Stelle. Sie verdient am wenigsten und ist doch diejenige, die Haushalt und Kinder versorgt. Diese Logik ist ein Erbe aus der Zeit der Versklavung, die die soziale und politische Struktur in Brasilien bis heute aufrechterhält. Schwarzsein bedeutet für die Behörden eine totale Entmenschlichung. Das hält Schwarze Frauen davon ab, Unterstützung bei den Institutionen zu suchen, die sie schützen sollten. Stattdessen werden sie kriminalisiert, wenn sie Gewalterfahrungen machen. Bei der Polizei, zum Beispiel. Es gibt spezielle Dienststellen, die Frauen in Gewaltsituationen aufnehmen. Diese sind Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet, an Wochenenden geschlossen. An den Wochenenden, wenn die meisten Männer zu Hause sind, wissen diese also, dass sie nicht gestoppt werden. Die Behandlung *weißer* Frauen auf Polizeistationen unterscheidet sich stark von der Behandlung Schwarzer Frauen. *Weiße* Frauen werden als verletzlich angesehen, umsorgt, mit Menschlichkeit behandelt und sogar ermutigt, ihre Aggressoren anzuzeigen. Schwarze Frauen, die dieselbe Unterstützung suchen, werden so behandelt, als würden sie die Wut ihres Aggressors provozieren und seien letztlich selbst für die erlittene Gewalt verantwortlich.

Gewalt gegen trans Frauen, Lesben und Travestis wird unsichtbar gemacht, was eine weitere Form der Gewalt darstellt. Der Bundesverband der Transgender und Transsexuellen ANTRA hat Zahlen zur Gewalt gegen den „von der Norm abweichenden" Körper untersucht, um entsprechende politische Maßnahmen des Staates zu fordern: 82 Prozent der ermordeten trans Frauen und Travestis waren Schwarz. Der Bericht, der sich auf die Monate Januar bis August 2020 bezieht, zeigt einen Anstieg der Todesfälle um 70 Prozent verglichen mit dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Die Mehrheit der Trans und Travesti, die von Sexarbeit lebt, ist Schwarz (Travesti ist ein Eigenbegriff, der eine lateinamerikanische politische Identität von transfem transgender Personen beschreibt. Zur ausführlicheren Besprechung dieses Begriffs siehe *LN* Nr. 525, Anm. d. Red.). Trotz Maßnahmen zur sozialen Isolation während der Pandemie mussten sie weiterhin auf der Straße arbeiten. Weniger belebte Straßen jedoch führen dazu, dass sie neben dem

Illustration: Denise Silva, @ise_camaleoa

◀ **Lass sie tragen,** was sie will!

Virus auch der Gewalt der Männer ausgesetzt sind, die gewalttätig und grausam handeln und wissen, dass sie dafür nicht bestraft werden.

São Paulo ist der brasilianische Staat, der die meisten trans Frauen, Travestis und Lesben im Land tötet. Die Initiative des Zentrums für soziale Eingliederung (NIS) und die Organisation „Wir: Feministische Dissidenzen" erhebt auf der Grundlage von Zeitungsberichten Daten zum „Lesbozid". Die Daten zeigen, dass auch dieses Thema unsichtbar gemacht wird und es schwierig ist, Rechte von lesbischen Frauen zu verteidigen. Oft ist es den Medien nicht wichtig genug zu berichten und wenn, dann berichten sie über *weiße* Opfer. Die brasilianischen Medien spielen sich nicht nur als Richter auf, sie entscheiden auch, welche Körper Aufmerksamkeit verdienen. LBTT-Körper, insbesondere Schwarze Körper, stehen im Zentrum der Gewalt und am Rand der öffentlichen Politik. Gewalt gegen *weiße* Frauen führt zu gesellschaftlicher Empörung und wird zu einer Nachricht in den Medien. Gewalt gegen Schwarze Frauen taucht nur in den Mordstatistiken auf. Sie werden unsichtbar gemacht und ihre Schmerzen entmenschlicht.

FRAUEN IN BEWEGUNG: MARSCH DER SCHWARZEN FRAUEN VON SÃO PAULO

Angesichts der Vergewaltigung unserer Mädchen, des Missbrauchs und der Gewalt an unseren Körpern, im Kampf um das Recht auf Leben unserer Schwarzen Jungen und Jugendlichen, für das Recht auf Leben von trans Frauen, Travestis und Lesben demonstrieren wir für uns, für uns alle, für das Gute Leben. 2015 marschierten 50.000 Frauen in die Hauptstadt Brasília, wo sie mit Schüssen und Tränengas empfangen wurden. Frauen aus ganz Brasilien eint der Wunsch zu leben und leben zu lassen.

Am Ende des gemeinsamen bundesweiten Marsches der Schwarzen Frauen 2015 organisierten die Gruppen, die sich für den Marsch gebildet hatten, weiter Aktionen in den Bundesstaaten. In São Paulo erkannte die Kerngruppe, die den Aufbruch der Paulistas nach Brasília organisiert hatte, das dort vorhandene politische Potenzial und die konkreten Möglichkeiten eines sozialen Wandels unter effektiver Beteiligung der Frauen. Seit dem 25. Juli 2016, dem Tag der afro-lateinamerikanischen und karibischen Frauen, marschieren wir jedes Jahr gegen alle Formen von Gewalt,

Illustration: Valeria Araya, @onreivni

Diskriminierung, gegen Faschismus und Kapitalismus, gegen den Genozid an den Schwarzen Jugendlichen, für das Leben.

Die Pandemie hat das Szenario verändert, aber nicht das Ziel. Mit einem virtuellen Protestmarsch haben wir zehn Stunden lang ununterbrochen Inhalte in unseren sozialen Netzwerken gesendet. Unser Ziel waren zwanzigtausend Zuschauer*innen und wir haben eine Million erreicht. Nicht einmal Covid-19 hält uns davon ab, anzuklagen und zu kämpfen.

Um gegen eine Regierung zu kämpfen, die den grausamen Plan eines Genozids in die Tat umsetzt, hilft nur der Zusammenschluss der Protestbewegungen. Dies gilt auch für den Marsch der Schwarzen Frauen in São Paulo. Vereint in den Forderungen für das Gute Leben, bleiben wir in Bewegung. Unter dem Motto „Keinen Knast, keine Schießerei, kein Covid: Schwarze Körper sollen leben! Schwarze und Indigene Frauen! Für uns, für uns alle, für das Gute Leben!" arbeiten wir in Netzwerken und werden den Kampf fortsetzen, den wir seit Generationen kämpfen, der unser ist, der für uns ist.

Wir sind Schwarze cis Frauen, Indigene, lesbisch, bisexuell, trans, wir sind Travestis, Quilombolas, Aktivistinnen und Netzaktivistinnen, Selbstständige, Sexarbeiterinnen, jung, alt, studentisch, Erzieherinnen, Hausfrauen, Künstlerinnen, Arbeitslose, Angestellte im öffentlichen Dienst, Lehrerinnen, Wertstoffsammlerinnen, Gesundheitspersonal, Menschenrechtsverteidigerinnen, Parlamentarierinnen, Journalistinnen, wir sind katholisch, protestantisch, aus afrobrasilianischen Religionen, ohne Religion, aber mit Glauben an die Kraft jeder einzelnen von uns. Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind gemacht aus Kampf, Mut, Widerstand, Kühnheit und Zärtlichkeit.

// Eliane de Souza Almeida
// Übersetzung: Christian Russau und Caroline Kim

Eliane de Souza Almeida ist Journalistin und promoviert an der Fakultät für Kommunikation und Künste der Universität São Paulo (USP). Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Observatoriums für Kommunikation, Meinungsfreiheit und Zensur und der Arbeitsgruppe Dekoloniale Theorien, Territorium und Kultur der USP. Eliane ist Aktivistin im Antirassistischen Netzwerk Quilombação und Teil des Marsches der Schwarzen Frauen von São Paulo.

„GLÜCKLICH ZU SEIN IST UNSERE RACHE“

DIE AKTIVISTIN KENYA CUEVAS ÜBER DEN KAMPF GEGEN DIE STRAFLOSIGKEIT VON TRANSFEMINIZIDEN IN MEXIKO

Der Transfeminizid an Paola Buenrostro ist bis heute straffrei geblieben. Im Interview erzählt Kenya Cuevas von der Diskriminierung durch die Justiz und der Selbstorganisation der trans Community in Mexiko, die sich gegen strukturelle Gewalt wehrt.

Sie haben kürzlich zusammen mit anderen queeren Aktivist*innen vor der Generalstaatsanwaltschaft in Mexiko-Stadt demonstriert. Worum ging es?
Kurz vor der Demonstration gab es im Land eine Welle an Hassverbrechen, die sich vor allem gegen trans Frauen gerichtet hat, die als Aktivistinnen für die Anliegen der trans Community kämpfen. Besonders der Mord an der trans Aktivistin Mireya Rodríguez Lemus aus Chihuahua hat die gesamte Community mobilisiert. Wir haben demonstriert, weil die Hassverbrechen weder auf Ebene der Bundesstaaten noch auf nationaler Ebene aufgeklärt werden. Mit den Protesten haben wir erreicht, dass wir mit den Verantwortlichen der Generalstaatsanwaltschaft und des Innenministeriums in Dialog treten konnten, um eine Vereinbarung zu treffen. Leider werden wir nur gehört, wenn wir zu extremen Mitteln greifen. Im Januar habe ich zum Beispiel eine der Hauptstraßen Mexiko-Stadts blockiert, indem ich mich auf symbolische Weise in einem Sarg auf die Straße gelegt habe.

Was fordern Sie von den zuständigen Behörden?
Viele der verantwortlichen Amtsinhaber kennen die Fälle nicht. Deshalb geht es darum, diese sichtbar zu machen. Wir fordern, dass der Haftbefehl im Fall des Transfeminizids von Paola Buenrostro ausgeführt und die Empfehlung der Menschenrechtskommission von Mexiko-Stadt von der Generalstaatsanwaltschaft der Stadt umgesetzt wird (in der Empfehlung wird das Fehlen einer geschlechtsspezifischen Perspektive in den Ermittlungen des mutmaßlichen Transfeminizids von Paola Buenrostro kritisiert und unter anderem empfohlen, Richtlinien für die Aufklärung und Strafverfolgung von Fällen, die Personen der LGBTTTIQA-Community betreffen, zu entwickeln, Anm. d. Red., siehe Kasten). Bis jetzt wurde keinem der Punkte der Empfehlung gefolgt.

KENYA CUEVAS UND DER FALL PAOLA BUENROSTRO

Kenya Cuevas ist trans Aktivistin und leitet eine Herberge für trans Frauen, die Casa Hogar Paola Buenrostro. Die strukturelle Gewalt, von der trans Frauen in Mexiko betroffen sind, spiegelt sich auch in ihrer Lebensgeschichte wider: Mit neun Jahren verließ Cuevas ihr Zuhause und ihre Familie aufgrund der Gewalt, die sie dort wegen ihrer Geschlechtsidentität erfuhr. Mit Sexarbeit überlebte sie auf der Straße, infizierte sich mit HIV und begann Drogen zu nehmen. Sie kam ins Gefängnis für eine Straftat, die sie nie begangen hatte, bis sie nach fast elf Jahren ihre Unschuld beweisen konnte. 2016 wurde sie Zeugin des Transfeminizids an ihrer Freundin Paola Buenrostro, mit der sie zusammen in der Sexarbeit tätig war und die von einem Kunden in dessen Auto erschossen wurde. Obwohl der mutmaßliche Täter am Tatort festgenommen wurde und es mehrere Zeug*innen gab, ist der Mord bis heute straffrei. Seitdem kämpft Kenya Cuevas gegen die Straflosigkeit von Transfeminiziden.

Neben dem Fall von Paola vertrete ich sechs weitere Fälle von Transfeminiziden in Mexiko-Stadt. Diese Fälle werden einfach liegen gelassen, weil es um die LGBTTT-Community geht.
Wenn du die Regierung fragst, wie viele Hassverbrechen begangen werden, antworten sie dir: Gar keine! Und warum keine? Weil die Fälle von trans Frauen als Morde geführt werden und die von anderen queeren Frauen als Feminizide. Aus diesem Grund möchten wir, dass eine landesweite Beobachtungsstelle eingerichtet wird, die erfasst, wie viele Hassverbrechen gegen die LGBTTT-Community begangen werden und wer am meisten betroffen ist. Ausgehend von diesen Daten können wir sowohl Maßnahmen zur Intervention gegen Diskriminierung entwickeln als auch solche, die trans Frauen, die sich in einer besonders verwundbaren Position befinden, empowern.

Die Menschenrechtskommission empfahl im Zuge des Falls Paola Buenrostro, Morde an trans Frauen als Transfeminizide zu untersuchen. Sie sprechen auch von Hassverbrechen gegen die LGBTTT-Community. Was halten Sie als juristische Kategorie zur Strafverfolgung sinnvoll?
Zuerst haben wir angestrebt, dass Transfeminizide auch als solche klassifiziert werden, aber wir haben diesen Begriff als juristische Kategorie überdacht, da es schon Widerstände gegen die Umsetzung der Kategorie des Feminizids gibt. Was hier zum Tragen kommt, ist der Machismus. Es gibt Vorgaben, wie derartige Verbrechen untersucht werden sollen, nichtsdestotrotz werden Fälle von Feminiziden nicht aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive heraus untersucht. Solange die Verantwortlichen nicht ausgebildet werden, um eine inklusive und menschenrechtsorientierte Perspektive einzunehmen, wird sich dieses System nicht ändern. Deshalb verfolgen wir jetzt das Ziel, dass Transfeminizide als Feminizide mit dem Strafverschärfungsgrund der geschlechtlichen Identität oder des geschlechtlichen Ausdrucks untersucht werden. Das ist ein weniger radikaler Eingriff in das System und da der Straftatbestand Feminizid schon existiert, ist es effizienter.

Welche Rolle spielt Diskriminierung durch Polizei und Justiz in der Strafverfolgung von Transfeminiziden?

Illustration: Pilar Emitxin, @emitxin

Staatlichen Funktionäre missbrauchen ihre Macht und lassen dich auf allen Ebenen ihre Überlegenheit spüren. Die Gewalt funktioniert hauptsächlich über Kriminalisierung. Allein aufgrund der Tatsache, dass du eine trans Frau bist, kriminalisieren sie dich, indem sie behaupten, dass du eine Diebin, eine Drogensüchtige, eine Hure wärst. Diese Sichtweisen führen dazu, dass die Rechte der trans Community durch die Institutionen der Justiz nicht gewährleistet werden. Das deutlichste Beispiel hierfür ist der Fall von Paola Buenrostro. Der Täter wurde am Tatort mit der Tatwaffe in der Hand von der Polizei festgenommen und ich habe gesagt, dass ich Zeugin des Vorfalls war. Als ich meine offizielle Aussage machen wollte, wurde ich behandelt, als wäre ich ein Mann und als Zeugin nicht anerkannt. Der Richter bat mich, den Saal zu verlassen, um diesen nicht zu verschmutzen. Mir wurde gesagt, dass niemand auf mich hören würde, weil ich eine Hure sei. Solche Sachen haben dazu geführt, dass der Prozess verloren wurde. Am Ende der Anhörung beschlossen sie,

Foto: Jairo Francisco Ahuactzin Barrientos

Kenya Cuevas

den Täter frei zu lassen. Das zeigt, wie Staatsbeamte, die sich um die Menschenrechte kümmern sollten, diskriminieren.

Das ist unglaublich. Was sollte der Staat tun, um diese Form von Diskriminierung und Transfeminizide überhaupt zu verhindern?
Das ist verdammt schwierig. Ich denke, dass es wichtig ist, Prävention durch Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme zu leisten, um Trans-, Homo- und Lesbenfeindlichkeit in der Gesellschaft vorzubeugen. Damit es in der Folge auch weniger Transfeminizide gibt. So wie Kinder in der Grundschule lernen, dass zwei plus zwei vier ergibt, sollten sie auch lernen, dass es eine Diversität an Geschlechtern sowie unterschiedliche Formen gibt, ein bestimmtes Geschlecht auszudrücken. Sie sollten lernen, dass Bisexuelle, Homosexuelle und Transsexuelle Menschen sind und dass wir die Rechte von allen Menschen schützen sollten. Bei Erwachsenen ist es sehr schwierig, ihre Denkweisen zu verändern, aber wir müssen auch langfristig denken. Die Kinder werden diejenigen sein, die in der Zukunft in der Regierung, der Justiz und in den Behörden sitzen. Deshalb sollten sie schon mit einer geschlechtersensiblen Perspektive aufwachsen.

Wie organisiert sich die Community selbst, um trans Personen zu empowern?
Ich leite zum Beispiel eine Herberge, in der wir trans Frauen, die auf der Straße leben, Drogen nehmen, HIV haben, als Sexarbeiterinnen arbeiten oder Migrantinnen sind, eine umfassende Unterstützung anbieten. Das Ziel ist, dass die Frauen durch Bildungsmöglichkeiten und psychologische Begleitung wieder ein selbstbestimmtes Leben führen können. Es gibt eine Schule und Workshops, in denen es zum Beispiel um ökonomische Unabhängigkeit geht oder die darauf abzielen, berufliche Perspektiven außerhalb der Sexarbeit zu entwickeln. Ich möchte damit nicht sagen, dass Sexarbeit keine ehrbare Arbeit ist, aber es ist eine sehr riskante Arbeit für uns. Uns geht es darum, dass die Frauen die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, was sie in ihrem Leben machen möchten und wie sie ihre Lebensqualität verbessern können. All das bauen wir gemeinsam mit den Frauen auf. Die Regierung hat sich nicht um diese Notwendigkeit gekümmert. Sie hat uns zwar ein Gebäude zur Verfügung gestellt, aber das war komplett leer und wir leben von Spenden.

Gibt es in der trans Community angesichts der strukturellen Gewalt, die trans Personen erfahren, konkrete Strategien der Self-Care oder Strategien, um sich gegenseitig zu unterstützen?
Richtige Strategien gibt es nicht. In den Kleingruppen des täglichen Zusammenlebens werden Umgangsweisen entwickelt, wie Whatsapp-Gruppen, wo wir uns gegenseitig Bescheid geben, wo wir gerade sind, in welches Auto wir steigen. Aber das passiert nur auf einer sehr oberflächlichen Ebene. Tatsächlich brauchen wir Strategien. Von Seiten des Vereins Casa de las Muñecas Tiresias möchten wir gern Empowerment-Trainings durchführen, damit auch die Jüngsten wissen, wie sie sich schützen und wie sie mit einer gewalttätigen Person umgehen können. Das heißt, Wege zu suchen, die ihnen mehr Sicherheit geben in ihrem Leben. Auch die Casa Hogar Paola Buenrostro ist ein Raum, in dem wir Netzwerke der gegenseitigen Unterstützung aufbauen. In der Herberge sind wir eine Familie. Ich möchte, dass im Interview steht, dass unsere größte Rache ist, dass wir glücklich sein werden.

// Interview: Sarah Weis

DIE MÄCHTIGE MÖGLICHKEIT, DAS GEMEINSAME ZU SCHAFFEN

ZUR POLITISIERUNG VON GEWALT ALS STRATEGIE IN DER FEMINISTISCHEN BEWEGUNG ARGENTINIENS

Eine „neue feministische Welle“ in Lateinamerika hat in den letzten Jahren über den Kontinent hinaus für Aufmerksamkeit gesorgt und Feminist*innen weltweit inspiriert. Die neu erstarkte Bewegung hat sich über gemeinsame Lern- und Solidarisierungsprozesse, über geteilte Aktionsformen transnationalisiert und vielerorts den Wunsch geweckt, von diesen Prozessen zu lernen. Es ist eine wichtige Errungenschaft der Bewegung, dass sie theoretische Konzepte für eine politische Praxis verfügbar macht, aber auch ausgehend von den konkreten Erfahrungen und Situationen im Alltag Theorie entstehen lässt. Anhand einiger zentraler Ideen der Bewegung und mit Auszügen aus einem Gespräch mit der Ni Una Menos Mitgründerin Marta Dillon, widmen wir uns dem Prozess der kollektiven Aneignung und Umwandlung von Gewalterfahrungen in der feministischen Bewegung Argentiniens.

Auslöser für die Gründung von Ni Una Menos war die sich organisierende Wut über eine Serie von brutalen Feminiziden. Dass mit Ni Una Menos „nichts mehr so sein würde, wie zuvor“ war das allgegenwärtige Gefühl bei den Teilnehmer*innen der ersten massiven Demonstration am 3. Juni 2015. Sie sollten recht behalten. Eine neue Bewegung für ein Ende der Toleranz der tödlichen Gewalt war entstanden. Schnell wurde allerdings klar, dass es, um Gewalt gegen Frauen zu verstehen, auch darum gehen muss, ein ganzes Muster von Gewalt zu verstehen.

Ein Muster von Gewalt, das nicht erst mit Feminizid beginnt, sondern mit alltäglichen Praktiken, mit sexistischen Rollenzuschreibungen, mit gewaltvollen Situationen in Familien oder Paarbeziehungen. Mit der Objektifizierung und Kontrolle von Körpern, mit Prekarität und ökonomischer Ungleichheit und den daraus resultierenden Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen, mit privater Verschuldung, dem Gender Pay Gap, mit unbezahlter und ungleich verteilter Reproduktions- und Sorgearbeit. Diese miteinander verschränkten Formen der Gewalt dienen letztendlich zur Disziplinierung derer, die sich den für sie vorgesehenen Rollen nicht fügen. Es ist diese Einsicht, dass physische Gewalt gegen Frauen und Queers nicht einfach da ist und ihre Opfer bedauert, betrauert und lamentiert werden können, sondern dass diese Gewalt einen Zweck im System erfüllt: Ungleichheit zu zementieren und den Status Quo zu erhalten. Sie ist grundlegend, um über die bloße Verurteilung patriarchaler Gewalt hinauszugehen, aus einer vorgeschriebenen Opferrolle auszubrechen und gesamtgesellschaftliche Forderungen zu stellen.

Diese Perspektive erlaubt es, geschlechtsspezifische Gewalt aus der Eindimensionalität zu holen und sie als Ausdruck eines Musters aus ökonomischen Abhängigkeiten, Ausbeutung, sozialen und finanziellen Zwängen des kapitalistischen Systems zu begreifen. Die so notwendige Politisierung der Gewalterfahrung dient also als Strategie für die feministische Bewegung, aus der sie ihre Schlagkraft nimmt: Patriarchale Gewalt wird thematisiert und politisch nutzbar gemacht, indem sie ausgehend von einer alltäglichen, geteilten Erfahrung alles radikal in Frage stellt.

Die Verschränkung der verschiedenen Formen von Gewalt ist dabei zentral und ausschlaggebend für das linke antikapitalistische Selbstverständnis der Bewegung. Es geht darum, zu verdeutlichen, dass konkrete alltägliche Gewalterfahrungen nicht losgelöst von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen passieren. Es ist nicht nur die sichtbare, körperliche Gewalt und ihr vielleicht extremster

Illustration: Agustina Di Mario, @aguslapiba

◀ **Kollektive Kraft**
„Der feministische Kampf in Lateinamerika“

Ausdruck im Feminizid, sondern auch die Gewalt, die zunächst unsichtbar(er) bleibt, die naturalisiert und als gegeben hingenommen wird und daher schwerer zu durchbrechen ist. Der feministische Streik ist hier das Instrument, das diese Verschränkung am klarsten thematisiert hat, indem er im Protest gegen brutale Feminizide auch Fragen nach strukturellen ökonomischen Gewaltverhältnissen aufgeworfen hat.

Die Kritik an Gewalt in ihren vielfältigen Formen dient daher als Analyseinstrument, um Alltagsprobleme verständlich zu machen und in einen größeren Kontext zu setzen, aber auch als verbindendende Erfahrung feminisierter Körper. Über diese geteilte Erfahrung entsteht eine Art kollektiver Ungehorsam und Widerstand, der ein wichtiger Grundstein für einen radikaleren feministischen, revolutionären Gedanken ist: Wenn wir körperliche Gewalt gegen Frauen verurteilen, wie sie auch im liberalen und bürgerlichen Common Sense verurteilt wird, und uns dagegen wehren, bedeutet das aber gleichzeitig, uns auch gegen andere Formen der Gewalt zu wehren. Denn diese stehen miteinander in Verbindung: die physische ist ein Ausdruck der anderen Formen der Gewalt und ein Mittel, diese anderen Formen aufrechtzuerhalten.

Die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, wie es das erklärte Ziel des 25. Novembers als Internationaler Aktionstag ist, ist letztlich nicht gewollt, denn sie hat eine Funktion im kapitalistischen und patriarchalen System. Keine neue Erkenntnis, die jedoch mit Ni Una Menos über einen kollektiven Lernprozess zu einer radikalen Politisierung einer tatsächlichen Massenbewegung geführt hat. Ni Una Menos hat es geschafft, Frauen in einer Bewegung zu vereinen, die davor nicht über feministische Begriffe oder Unterdrückung nachgedacht hatten.

Die Frage nach dem *Wie* ist die, die oft und vor allem in Orten mit schwacher Bewegung wie Deutschland gestellt wird und die Marta Dillon, Ni Una Menos-Aktivistin der ersten Stunde, versucht zu beantworten. Einen massentauglichen Feminismus zu machen, bedeute zu erlauben, dass alle über Feminismus reden können. Dass er herauskommt aus einer akademischen Blase, auch wenn es akademische Konzepte braucht, die das Alltags- und Arbeitsleben und konkrete Problemlagen erklären können. Das Patriarchat zum Beispiel. :) „Vor 2015 hat in Argentinien niemand vom Patriarchat geredet, heute reden alle davon und vor allem davon, dass es fallen wird.“, grinst sie. Es geht um das Erkennen einer sozialen Struktur, die unterdrückend ist. „Das ist das, was es explodieren lässt“.

Dass derartige Konzepte verfügbar gemacht werden, führte in Argentinien dazu, dass sich viele

junge Leute in der Bewegung wiedergefunden haben, meint Marta. „Die Schülerinnen hier sind super mächtig. Sie sagen zum Beispiel: ‚Nach Ni Una Menos ist mir klargeworden, dass das Problem die Beziehungen zwischen Geschlechtern als Machtbeziehungen waren'. Wenn du wie die Oberstufenschülerinnen heute die Geschlechterbeziehungen als Machtbeziehungen denken lernst, verstehst du andere Machtbeziehungen und verstehst andere Unterdrückungen. Es ist wie ein erster Vektor der Politisierung." Es geht um die Möglichkeit zu denken, dass patriarchale Gewalt nicht nur mit Prügel oder sexualisierter Gewalt zu tun hat, sondern mit einem ökonomischen und politischen Gefüge. Und diese Möglichkeit verändert das alltägliche Erfahren.

Reden über sexistische Gewalt war von Anfang an eine wichtige Organisierungserfahrung. Dadurch wurde klar, dass Gewalt kein Thema der *Anderen* ist, wie Marta erklärt. „Gewalt ist keine Erfahrung der ‚Armen' oder der ‚Migrantinnen', es ist eine allgemeine Erfahrung, die durch die ganze Gesellschaft geht. Die machistischen Wunden anzuerkennen, die wir fast alle haben, ist eine lange, aber sehr notwendige Aufgabe. Weil das, was du daraus entstehen lassen musst, ist Ungehorsam."

Dass dieser Ungehorsam entstehen kann, ist ein kollektiver Prozess. Dabei geht es darum, ein Bewusstsein zu schaffen, dass die eigenen keine vereinzelten Erfahrungen sind, dass sie sichtbar und öffentlich gemacht werden; dass sie diskutiert, entindividualisiert und aus Kategorien individueller Schuld und Moralisierung herausgeholt werden.

Zentral für die Kollektivierung der Erfahrungen, aber auch für die Organisierung und Mobilisierung, sind die Versammlungen – *Asambleas*. In Vorbereitung auf die ersten feministischen Streiks zum 8. März entstanden in den verschiedensten Organisierungszusammenhängen, Gremien, Arbeitsplätzen, Nachbarschaften und Gewerkschaften separate Frauenversammlungen. „Gewalt ist immer das Thema, das zuerst auf den Tisch kommt", erzählt Marta über die Versammlungen.

Asambleas sind laut Marta ein Ort um gleichzeitig identitätspolitische sowie materielle Probleme aufzuzeigen. „Gewalt ist kein identitätspolitisches Thema an sich, aber es schafft eine soziale Beziehung, die die Klasse und den Ort wo du geboren bist, übersteigt. Das erzeugt die Idee von einer gemeinsamen Erfahrung von feminisierten Körpern. Es hat mit dem Gefühl zu tun, nicht mehr isoliert zu sein." Die Politisierung, sagt Marta, komme mit dieser körperlichen Erfahrung, einer quasi existenziellen Einsicht, die man geradezu spüre. „Sich klar zu werden, über all die Situationen, wo du zum Schweigen gebracht wurdest, all die Situationen, wo sie dir auf den Arsch geschaut haben, nur weil du über die Straße gehst… Es geht darum, dieses Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es notwendig ist, zu sagen: Es reicht!". Heute, fünf Jahre nach der ersten Ni Una Menos-Demonstration hat sich die Toleranzgrenze für machistische Gewalt merklich verschoben. Aus dem *¡Basta!* ist eine starke selbstbewusste Bewegung geworden.

Es geht also um das Erfahren einer Gemeinsamkeit – aus der Gegenstrategie entsteht, eine kollektive Kraft. Marta: „Der *Feminismo popular* gibt dir auch eine Möglichkeit, dich in deinen eigenen Rebellionen wiederzuerkennen, sogar dann als es noch kein Kollektiv gab. Die Situationen, in denen du Nein gesagt hast, in denen du die Stirn geboten hast. Das macht dich schon zur Feministin. Das ist mächtig. Die Möglichkeit, das Gemeinsame zu schaffen."

Das ist der Verdienst der feministischen Bewegung, die längst über Ni Una Menos hinausgewachsen ist: Sie hat die Fähigkeit zur Empörung entfacht, einen Prozess des kollektiven Lernens angestoßen, des Empowerments, dessen Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft ist. „Der Feminismus in Argentinien ist eine Erfahrung, verstehst du?", schließt Marta das Gespräch. „Mit anderen Frauen auf der Straße sein, gemeinsam dieses Gefühl des Ungehorsams spüren. Es gibt mikropolitische Rebellionen, die sich in deinem Zuhause abspielen. Aber du machst die nicht allein, weil du weißt, dass es andere Frauen in der gleichen Situation gibt. Du kannst zurück nach Hause gehen und sagen: Weißt du was? Halt's Maul."

// Caroline Kim

Caroline Kim ist Redakteurin der *Lateinamerika Nachrichten*.
Marta Dillon ist lesbische Feministin, Journalistin und Autorin, Mitgründerin von Ni Una Menos und H.I.J.O.S. und seit 1998 Herausgeberin der feministischen Beilage Las12 der Tageszeitung *Página12*.

CREANDO, CRIANDO Y REVOLUCIONANDO

ÜBER DIE HERAUSFORDERUNG, ALS FRAU UNTERSCHIEDLICHE ROLLEN ZU VEREINEN

In einem persönlichen Essay berichtet Patricia Yallico über die Realität als Filmemacherin zwischen ihren Rollen als kreativ Schaffende, als sorgende und erziehende Mutter und als indigene Aktivistin und die Spannungen, die dies in Ecuador heute mit sich bringt. *Creando, criando y revolucionando* nennt sie diesen Spagat zwischen den multiplen Rollen als Frau, deren Vereinbarkeit immer wieder – auch im Spannungsfeld von Rassismus, Objektifizierung und patriarchalen Strukturen – erkämpft und verteidigt werden muss.

Ich möchte ausgehend von mir und meinem Leben als Mutter, Frau, Indigene und Filmemacherin erzählen. In anderen Zeiten war das für viele eine undenkbare Kombination, denn die Filmbranche ist ein exklusiver und elitärer Raum, bestimmt für *weiße* Männer und „bestenfalls" für *mestizos*.
Seit etwa 30 Jahren haben wir als audiovisuelle Medienschaffende aus indigenen Gemeinden in Ecuador unsere Selbstdarstellung und -bestimmung selbst in die Hand genommen. Wir wollen die Logik zerstören, die uns als Studienobjekte behandelt und uns auf der Basis von externen Interpretationen darstellt.
Wir sollten meinen, dass es im 21. Jahrhundert nicht mehr notwendig sei, unsere Rechte einfordern zu müssen, aber die Realität ist eine andere. Ich kenne keine Filme, in denen professionelle indigene Filmemacher*innen ausgewählt wurden, das Filmteam zu leiten. In vielen Filmen tauchen indigene Figuren im besten Fall als Statist*innen auf. Und wenn als Protagonist*innen, dann aus einer Perspektive, die uns zu Objekten macht. Wir glauben, dass es notwendig ist, die nicht erzählte Geschichte sichtbar zu machen, jene andere Seite, die wir alle aus Bequemlichkeit oder Nachlässigkeit „vergessen" haben, zu erwähnen.
Mit meinen Filmen zeige ich einen Teil von dem, was wir indigenen Gemeinden erleben. In Wahrheit sind es universelle Geschichten. Abseits der romantisierenden Sichtweise, mit der manche uns sehen und behandeln, versuche ich Gefühle und Empfindungen zu erzeugen, die Erzählungen, Diskurse, Ästhetiken und Narrative stören und bekämpfen sowie die Objektifizierung in Frage stellen, der wir durch die patriarchale Dynamik unterworfen wurden.
Diese Linse, durch die wir betrachtet und dargestellt werden, hat uns dazu veranlasst, selbst Schauspielerinnen und Regisseurinnen unserer eigenen Geschichten zu werden. Wir lassen es nicht zu, dass die Medien uns weiterhin folklorisieren, infantilisieren oder jeglicher Menschlichkeit berauben. Obwohl sich die Zeiten geändert haben und mit ihnen die Wahrnehmung von Frauen, ist die machistische Crux immer noch die selbe: Wir werden verzerrt, voller Hass und homogenisierend betrachtet. Das Patriarchat ist die Wurzel aller anderen Formen von Diskriminierung und Unsichtbarmachung, mit denen indigene Frauen behandelt werden.
Sie haben versucht, uns unsere Stimme auf verschiedene, auf subtile und auf brutale Art und Weise, wegzunehmen. Sie haben uns auf alle erdenklichen, vorstellbaren und unvorstellbaren Weisen umbringen wollen, denn die indigenen Gemeinden und Frauen verkörpern den Ungehorsam und die Rebellion gegen die etablierte Ordnung, die auf patriarchalen und kolonialen Strukturen beruht.
Hierzu möchte ich eine Erfahrung teilen: Vor etwa zehn Jahren erzählte ich einer indigenen Autoritätsperson, dass ich einen Dokumentarfilm über indigene Schwule und Lesben machen wollte. Der *compañero* schaute mich ungläubig an und sagte: „Wie wollen Sie einen Dokumentarfilm

über dieses Thema machen, wenn es doch in unseren Gemeinden gar keine Schwulen oder Lesben gibt?" Ich erklärte ihm, dass in den indigenen Gemeinden von *Abya Yala* (indigene Bezeichnung für den amerikanischen Kontinent, hier: Amerika vor der Kolonialisierung, Anm. d. Red.) jene, die sich ihrer sexuellen Vielfalt seit ihrer Kindheit bewusst waren, nicht isoliert wurden, sondern ihnen eine größere Wertschätzung und Respekt zuteil wurde. Er wollte mir nicht glauben und bezweifelte, dass meine Worte wahr seien. In mir brodelt immer noch das Bedürfnis diese und andere Geschichten zu erzählen.

Ich spreche das an, weil in diesem *compañero*, wie in vielen anderen, unsere Familien eingeschlossen, das patriarchale Erbe immer noch festsitzt. Es ist notwendig, die Vorstellung nicht zu romantisieren, dass alles, was wir indigenen Gemeinden tun, richtig ist. Wir sind lebendige Kulturen, die sich in ständiger Bewegung und Veränderung befinden. Wir sind Menschen, die – wie alle anderen auch – ihr Leben und ihre Beziehung zu anderen und der Umwelt auf der Grundlage einer strukturellen Herrschaft entwickelt haben. Wir sind nicht von der realen Welt und ihrer Komplexität isoliert. Deshalb müssen wir Gewalt identifizieren und hinterfragen, wo auch immer sie herkommt.

Ein anderes Bild, das ich in meinem Herzen und meinem Verstand als Zeugnis der verbreiteten Existenz patriarchaler und kolonialer Muster trage, ist die Oktoberrebellion. Im Oktober 2019 erlebte Ecuador eine der stärksten sozialen Mobilisierungen des letzten Jahrzehnts. Sie wurde von der Unzufriedenheit der Bevölkerung über das Dekret 883 ausgelöst, das die Abschaffung der Subventionen für Treibstoffe anstrebte, wodurch das Leben aller Ecuadorianer*innen teurer geworden wäre.

In den elf Tagen, die der Aufstand dauerte, waren wir Frauen zentrale politische Akteurinnen. Meine persönliche Erfahrung wurde durch unzählige Gefühle und Empfindungen gelenkt. Nicht nur, weil ich die Ereignisse inmitten der Brutalität der Polizei auf Audio und Video aufnehmen musste, sondern auch, weil die Widerstandskämpferin in mir das Bedürfnis verspürte, die Organisation der Aktionen zu unterstützen. Hinzu kam die Tatsache, dass ich als Mutter besorgt um meinen jugendlichen Sohn war, der zum ersten

Illustration: Manai Kowii, @narymanai

Mal an einem Aufstand teilnahm. An vorderster Front verhinderte er als *matalacri*, dass uns das Tränengas vollständig erstickte (*matalacris* sind die Personen, die für andere Demonstrant*innen Trängengasattacken neutralisieren, Anm. d. Red.).

Alles in mir brach in Empörung, Angst, Wut und Zorn aus, als ich sah, dass nicht unterschieden wurde, gegen wen sich die Repression richtete. Egal, ob du eine Frau, ein Kind oder eine ältere Person warst – mit demselben Hass warfen sie Gasbomben nach links und nach rechts. Die übliche Praxis der Gemeinden ist die Arbeit im Kollektiv, die darauf abzielt, die eigene Identität und die Organisationsprozesse zu stärken. Wenn es zum Beispiel notwendig ist, eine *minka* (kommunitäre Gemeinschaftsarbeit, Anm. d. Red.) zu machen, nehmen wir alle daran teil, Männer, Frauen, Kinder. Diese Praxis gibt es mittlerweile weniger als früher, aber sie besteht weiterhin. In diesem Fall war es der Oktoberaufstand, der Frauen, Kinder und ältere Menschen zusammenführte, die bei den politischen Aktionen blieben und die gleiche oder noch brutalere staatliche Polizeigewalt erleben mussten, obwohl sie sich in „friedlichen Bereichen" aufhielten.

Illustration: Manai Kowii, @narymanai

Die Mutter in mir wollte meinen Sohn nicht nur vor den Bomben und den Kugeln, sondern auch vor dem Ausnahmezustand und der Ausgangssperre schützen. Aber die Widerstandskämpferin in mir wollte, dass er etwas von alledem erlebt, was unsere Mütter und Großmütter erlebt haben, damit seine Erinnerungen, sein Körper, seine Knochen wissen, dass wir alles, was wir jetzt haben, der Macht entrissen haben. Uns ist nichts geschenkt worden. Und diese Erkenntnis hätte durch Gespräche nicht erlangt werden können, sondern nur durch die Erfahrung dessen, dem wir die Stirn boten. Obwohl der Staat uns daran hinderte, frei zu berichten, versuchte die Filmemacherin in mir alles aufzuzeichnen, was passierte. Nicht nur, um das was geschah und was die großen Medien zu verbergen versuchten, anzuklagen, sondern auch, um es als Werkzeug für unsere Erinnerung zu nutzen.

Indigene Frauen werden willkommen geheißen, wenn wir Teil eines kulturellen Aktes sind, wie beim Tanz oder beim Essen. Aber wir werden kriminalisiert und vergewaltigt, wenn wir unsere politische Handlungsmacht ergreifen und es wird versucht, unseren Handlungsspielraum auf den häuslichen oder kulturellen Bereich zu reduzieren. Es ist unerlässlich, all jenes zu dekonstruieren, was sie durch Gesetze und *weiß*-mestizische Legitimität, die uns in jeglichem Sinne auszulöschen sucht, normalisieren wollten.

Aber wir sind hier, wir sind zurückgekommen und wir sind Millionen. Unsere Lebensenergie hat es verstanden, sich zu widersetzen. Und wir sind stärker und geeinter. Unsere Stimme, die zum Schweigen gebracht wurde, hallt zwischen Flüssen, Bergen und Wäldern, erklingt wie ein tiefes Echo, das aus dem Innersten der Erde, dem Leben, geboren wird.

// Patricia Yallico
// Übersetzung: Sarah Weis

Jenny Patricia Yallico ist Filmemacherin und Aktivistin. Sie wurde in Guaranda, Ecuador, geboren und gehört den Waranka-Kichwa an. Sie kämpft in der indigenen Bewegung Ecuadors ECUARUNARI und ist Mitglied verschiedener Bündnisse indigener audiovisueller Medienschaffender in Ecuador (CORPANP/ACAPANA). In ihren Filmen geht sie von ihrem eigenen Standpunkt aus und setzt sich mit der Repräsentation von Frauen auseinander: Der Kurzfilm *Jaylli* (2013) ist ein Selbstporträt, in dem sie ihre Rolle als Mutter hinterfragt, der Dokumentarfilm *Hatun Mama* (2020) thematisiert die Widersprüche und Vereinbarkeit verschiedener Rollen von Frauen. Derzeit arbeite sie an dem Spielfilm *Dolores*, der das persönliche und alltägliche Leben der weiblichen indigenen Führungspersönlichkeit Dolores Cacuango (1881-1971) zeigen soll.

HARMONISIERUNG STATT STRAFE

DIE AKTIVISTIN VILMA ALMENDRA ÜBER PATRIARCHALE GEWALT UND DIE PROBLEME ALTERNATIVER RECHTSSPRECHUNG DER INDIGENEN BEWEGUNG IM CAUCA

Der Norden der Provinz Cauca im Südosten Kolumbiens ist eine Region, die stark von Gewalt geprägt ist. Hier befindet sich eine der Hauptproduktionsstätten der Narco-Industrie und es ist die Region Kolumbiens, in der die meisten sozialen Aktivist*innen ermordet werden, insbesondere Verteidiger*innen der indigenen Territorien. Die indigenen Nasa haben über die vergangenen Jahrzehnte eine Autonomie erkämpft, im Zuge derer sich in den verschiedenen Dörfern und Städten eigene Strukturen der Rechtssprechung etabliert haben – auch für Fragen geschlechtsspezifischer Gewalt. Vilma Rocío Almendra Quiguanás von der Initiative Pueblos en Camino spricht über Methoden im Umgang der Gemeinschaften mit Feminiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Wie wird in den indigenen Gemeinschaften im Norden des Cauca mit Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt umgegangen?

In der kolumbianischen Verfassung von 1991 ist festgeschrieben, dass wir in unseren Territorien unser eigenes indigenes Rechtssystem ausüben. Es gibt viele Bereiche, in denen wir uns mit den vielen Formen von Gewalt auseinandersetzen: Erstens die *cabildos*, Räte, die regelmäßig aus Mitgliedern der indigenen Gemeinschaften gewählt werden. Die *cabildos* arbeiten jeweils mit einem Justizteam. Dieses Team nimmt alle Arten von Anklagen entgegen, führt Ermittlungen durch und ruft die *asamblea* ein. Die *asamblea* ist eine Versammlung der gesamten Gemeinschaft und gilt als höchste Autorität. In Anwesenheit aller werden dann die Anklage und die Beweise vorgetragen. In jedem Rat wird unter Mitarbeit verschiedener Kommissionen diskutiert und entschieden, welche Art von „Heilmittel", das heißt welche Art von Behandlung im jeweiligen Fall angemessen ist. Von Bestrafung ist keine Rede, denn es wird davon ausgegangen, dass eine gewalttätige Person nicht in Harmonie ist und deshalb harmonisiert werden muss. Es wird also gemeinschaftlich bestimmt, welches Heilmittel dem oder der Täter*in zugesprochen wird.

Was können wir uns unter Harmonisierungen von Gewalttätern vorstellen und welche Heilmittel gibt es?

Im Gegensatz zu gewöhnlichen Gefängnisstrafen, bei denen isoliert und bestraft wird und die Sträflinge nach der Haft noch schlechter dastehen als zuvor, ist das Ziel, sie nicht noch weiter zu isolieren. Es wird stattdessen versucht, ein Heilmittel aus zwei Teilen anzuwenden: Je nach Gewaltdelikt, bestehendem Gefahrenpotential des oder der Täter*in und Systematik der Gewalt werden in den *asambleas* dafür Peitschenhiebe oder Zeit am Fußblock verhängt [hier wird der oder die Täter*in kopfüber zwischen zwei Holzpfählen aufgehängt; Anm. d. Red.]. Diese Maßnahmen werden von den Sicherheitskräften der Gemeinschaft ausgeübt. Andererseits findet auch ein Ritual mit spirituellen Anführer*innen statt, die auf Nasa Yuwe, der Sprache der Nasa, *tegualas* heißen: Mit Hilfe von spezifischen Geistern und Heilpflanzen, je nach Disharmonie, wird der oder die Täter*in kosmogonisch-spirituell orientiert und der Körper harmonisiert, damit es der Person anschließend besser geht. In der zweiten Instanz werden die Gewalttäter dann in fast allen Territorien in sogenannte Harmonisierungsstellen geschickt. Das sind Gemeinschaftshäuser, wo die Täter*innen bleiben und alle mögliche Ar-

Foto: Israel Rivera, Cátedra Jorge Alonso, Universidad de Guadalajara

VILMA ROCÍO ALMENDRA QUIGUANÁS
indigene Nasa-Misak aus dem Norden des Cauca, ist Mitglied der Initiative *Pueblos en Camino*, die Prozesse von Widerstand und Autonomie zwischen indigenen Völkern vereinen will.

beiten verrichten, die in der Gemeinschaft anfallen. Ob nun gerade Zuckerrohr geerntet, Mais gepflanzt, oder etwas anderes geschehen muss, die Täter*innen werden angehalten für das Wohl der Gemeinschaft zu arbeiten, und nicht in einer Zelle eingesperrt zu sein.

Wird das Rechtssystem des Staates mit eingebunden?
Ja, mit der staatlichen Justiz wird auch kooperiert. Bei besonders schweren Fällen, also bei Feminiziden oder auch bei anderen Tötungsdelikten werden von der Gemeinschaft Hafturteile von bis zu 20, 40 oder 60 Jahren verhängt. In diesen Fällen werden die Täter in die Gefängnisse der staatlichen Justiz geschickt. Der Gemeinderat bleibt für sie verantwortlich, aber sie gehen dennoch ins Gefängnis. Es sollte aber klar sein, dass sowohl das externe staatliche als auch unser internes Rechtssystem angesichts der Gewalt gegen Frauen nicht wirklich funktioniert. Frauen werden in all diesen Räumen in ihren Rechten verletzt. Die *compañeras* aus der Frauenbewegung sprechen häufig von einer Reviktimisierung der Betroffenen. So ist es häufig der Fall, dass, nachdem eine Frau ihren Partner wegen häuslicher Gewalt angeklagt hat und für diesen eine Harmonisierung in der Gemeinde beschlossen wurde, vom Täter nach seiner Rückkehr nach Hause noch größere Gewalt ausgeht als vorher.

Gibt es innerhalb der autonomen Strukturen auch Unterstützungsstrukturen für Betroffene von sexualisierter Gewalt?
In Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Frauen und Kinder sind in den Gemeinderäten oftmals eigene Familienräte zuständig. Unter dem Schirm des Frauen- oder Familienprogramms des regionalen Zusammenschlusses indigener Räte gibt es auch Zuständige, die diese Beschwerden entgegennehmen. Es gibt also verschiedene Räume und Instanzen, an die sich die Betroffenen wenden können; die wirkliche Unterstützung für die Opfer begrenzt sich aber weitestgehend auf psychologische Hilfe. Das ist ein schlimmer Missstand. Obwohl wir indigene Völker sind und Wissen und Praktiken bewahrt haben, die uns das Überleben in über 5000 Jahren Patriarchat, bald 600 Jahren Kolonisierung und 200 Jahren des Nationalstaats gesichert haben, sind wir auch Produkte dieser

Illustration: Violeta Kiwe Rozental Almendra

Foto: Privat

◀ **Cristina Bautista**
Bild aus einem Bilderbuch, das die sechsjährige Violeta, Tochter von Vilma Almendra, über das Leben der Aktivistin Bautista (oben rechts) gemalt hat

Gesellschaft und von all diesen Formen der Unterdrückung geprägt. Obwohl wir also so lange überlebt haben, kann niemand leugnen, dass unsere Organisationen und wir selber von Patriarchat, Kolonialismus und Staat beherrscht sind. Das erklärt, dass Gerechtigkeit insbesondere für Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt werden, nicht funktioniert. Die indigene Rechtssprechung hat uns zumindest Land, Organisierung, Gemeinschaft, Bildung, Gesundheit und Unabhängigkeit von staatlicher Justiz gesichert sowie viele andere Errungenschaften gebracht. Aber wir müssen uns eingestehen, dass diese eigene Rechtssprechung im Fall patriarchaler Gewalt, vor allem wenn sie gegen Frauen gerichtet ist, nicht so gut greift wie in anderen Fällen. Das liegt auch daran, dass es vorwiegend Männer sind, die auch in den Strukturen der indigenen Rechtssprechung in den entscheidenden Ämtern sitzen, und oft sind dies Freunde oder Verwandte der Vergewaltiger.

Wie steht die Frauenbewegung im nördlichen Cauca zu diesen Misständen?

Die Frauen kämpfen schon lange gegen die Gewalt und Ungerechtigkeit, die uns widerfährt. In jüngster Zeit wird etwa das Konzept der Disharmonie, welches die letzten Jahrzehnte über verwendet wurde, von Frauen kritisiert, weil sie der Ansicht sind, dass mit diesem Konzept mehr das Wohlergehen des Täters als das der Opfer im Mittelpunkt steht. Tatsächlich zeigen die zunehmenden Fälle von Reviktimisierung von Frauen, dass es nur wenige wirklich gelöste Fälle von Gewalt gegen Frauen gibt.

Wenn wir das Ganze noch tiefergehender betrachten, sehen wir, dass es leider noch keine Struktur und keinen Prozess in der Gemeinschaft gibt, der sich mit patriarchaler Gewalt als solcher befasst. Diese kann nicht nur auf Aggression und Gewalt gegen Frauen reduziert werden, sondern schließt im weiteren Sinn auch die Disharmonisierung der Mutter Erde mit ein, die Umweltzerstörung in unseren Territorien. Die inneren Widersprüche der patriarchalen Gewalt werden aber weiter unter den Teppich gekehrt. Ebenso wie der Machismo, ein Übel, das in unseren Gemeinschaften sehr stark ist.

Ich möchte eine erwähnen, die besonders gegen diese Missstände gekämpft hat: die soziale Aktivistin Cristina Bautista Taquinás. Sie wurde am 29. Oktober 2019 gemeinsam mit vier *kiwe tegnas* (Nasa Wayu für indigene Sicherheitskräfte) von bewaffneten Akteuren geradezu massakriert, während eines Einsatzes zum Schutz der Gemeinschaften gegen die Narco-Industrie und die verschiedenen Formen der Gewalt gegen unsere Territorien. In den wenigen Jahren, die sie als indigene Autorität von Tacueyó gedient hat, war sie eine wichtige Verteidigerin der Frauen. Unter all unseren Autoritäten der letzten Jahrzehnte war sie diejenige, die sich am meisten dem Schmerz der Frauen angenommen und mit uns gefühlt hat. Denn sie hat selbst seit Kindestagen unter all den Formen der Gewalt gelitten, die wir Frauen in und außerhalb unserer Territorien erleben. Sie sagte: „Wenn wir sprechen, töten sie uns. Wenn wir schweigen, töten sie uns auch. Also sprechen wir!“

// Interview: Matthias Hinkelmann

GEMEINSAM GEGEN TRANSFEINDLICHKEIT

BOLSONAROS REGIERUNG UND CORONA BEFEUERN TRANSFEMINIZIDE – BETROFFENE WEHREN SICH IN SELBSTORGANISIERTEN BÜNDNISSEN

Brasilien ist das Land mit der weltweit höchsten Anzahl von Morden an trans Personen. Die Regierung Bolsonaros schreitet bei den Morden nicht ein und auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie führen zu mehr Taten. So ist die Zahl der Transfeminizide – Morde an trans Frauen und Travestis – in der ersten Jahreshälfte 2020 noch weiter gestiegen als zuvor. Allein gelassen vom Staat setzt die brasilianische trans Community weiterhin auf kollektive Selbstorganisation und die Vernetzung mit anderen sozialen Bewegungen, um der Stigmatisierung ihrer Körper entgegen zu wirken.

Der aktuellste Bericht der Nationalen Vereinigung von Travestis und Transsexuellen (ANTRA), der am 31. August 2020 veröffentlicht wurde, zählt in den ersten acht Monaten des Jahres insgesamt 129 Morde an trans Personen. Dies entspricht einem Anstieg der Mordfälle um 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, also in der Zeit, in der die rechtsextreme Partei von Jair Bolsonaro die Präsidentschaft des Landes übernahm. Die Mordopfer waren alle trans Frauen oder Travestis (Travesti ist ein Eigenbegriff, der eine lateinamerikanische politische Identität von transfem transgender Personen beschreibt. Zur ausführlicheren Besprechung dieses Begriffs siehe *LN* 525, Anm. d. Red.).

In den letzten Jahren gab es grundlegende rechtliche Fortschritte in Brasilien, wie den Beschluss des Bundesgerichts vom 1. März 2018. Darin wurde das Recht von transgender Personen auf eine selbstbestimmte Berichtigung ihres Namens und Geschlechts, ohne eine vorherige Beurteilung durch medizinisches Personal oder eine Operation, anerkannt. Dennoch ist die trans Comunity in Brasilien weiterhin von starker struktureller Transfeindlichkeit betroffen. Trans Personen erfahren besonders beim Zugang zu grundlegenden sozialen Sicherungssystemen wie Bildung und Gesundheit oder dem Zugang zum Arbeitsmarkt, eine starke Diskriminierung. Als Folge dessen finden die meisten nur informalisierte Beschäftigungen, insbesondere im Bereich der Sexarbeit, und sind Ziel von Beleidigungen, Drohungen, Gewalttaten und Morden. Das Verhältnis der brasilianischen Gesellschaft zu trans Frauen und Travestis, überhaupt zu Personen, die sich nicht in die binäre Geschlechterordnung einordnen lassen, setzt sich aus einer Mischung von fetischisierender Faszination und Abneigung zusammen. Das spiegelt sich unter anderem im Markt für Pornographie wider, in dem Pornos mit trans Körpern einen großen Stellenwert einnehmen. Auch die öffentlichen Medien tragen ihren Teil zur Stereotypisierung von trans Personen bei, indem sie durch die Darstellung in der Presse oder auch in fiktiven Werken trans Personen entmenschlichen, sexualisieren und diskriminierende Geschlechterklischees reproduzieren.

Die NGO TransGender Europe (TGEU), die Daten über die Morde an trans Personen sammelt, stellt eine Verschränkung von Rassismus und Klassismus fest. Die Gewalt gegen Menschen aus von Rassismus betroffenen Gruppen und den unteren sozioökonomischen Klassen wird somit verstärkt. TGEU zeigt auf, dass Brasilien seit 2008 die Liste der Länder mit der höchsten absoluten Anzahl von Morden an trans Personen anführt. Zwischen Oktober 2018 und September 2019 wurden von weltweit insgesamt 331 Mordfällen 130 allein in Brasilien registriert. Bei 61 Prozent der Ermordeten handelte es sich um Sexarbeiter*innen.

Gemäß des Artikels II der Konvention der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestra-

Illustration: Denise Silva, @ise_camaleoa

▲**Wir sind erschöpft, aber wir kämpfen weiter** Plakat zum internationalen Frauentag am 8. März

fung des Völkermords kann die Ermordung von trans Personen angesichts der Zahl der Fälle sowie der historisch und kulturell verankerten Diskriminierung als Völkermord definiert werden. Da die Mehrheit der Opfer dieses trans Genozids in Brasilien Frauen und Travestis sind, wird auch von Transfeminiziden gesprochen. Dahinter steckt eine systematische Geschlechtergewalt, die von der gleichen Logik der ehelichen Gewalt wie bei Partner*innen in einer heteronormativen Beziehung durchdrungen ist. Hinzu kommt, dass den Betroffenen in nicht funktionierenden sozialen Unterstützungseinrichtungen wenig Glaubwürdigkeit zugesprochen wird. Für Transfeminizide ist der Staat durch Vernachlässigung oder stillschweigende Duldung mit verantwortlich. Ein Beispiel hierfür war die Ermordung von Dandara Kettley am 15. Februar 2017 in der nordöstlichen Stadt Fortaleza. Kettley wurde am hellichten Tag auf offener Straße von einer Gruppe Männer zusammengeschlagen, gesteinigt und zweimal in den Kopf geschossen. Dabei gab es mehrere Zeug*innen. Der Fall wurde international bekannt, da 16 Tage nach ihrer Ermordung

zwei Videos des Vorfalls im Internet veröffentlicht wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte keine brasilianische Behörde das Ereignis untersucht.
Als Bolsonaro am 1. Januar 2019 als Präsident vereidigt wurde, war Brasilien bereits das Land mit den meisten Transfeminiziden weltweit. Bolsonaros LGBTIQ*-feindlichen Äußerungen haben zusätzliche Menschenrechtsverletzungen hervorgebracht, auch ein Anstieg der Selbstmordrate unter trans Personen war zu verzeichnen. In der ersten Jahreshälfte 2020 gab es 16 Selbstmorde von trans Personen, das ist ein Anstieg von 34 Prozent zum Vorjahr. Am 13. Juni 2019 sprach sich Bolsonaro öffentlich gegen den Beschluss des Bundesgerichts aus, Homo- und Transfeindlichkeit, genauso wie Rassismus als Verbrechen einzustufen. Hintergrund dazu war, dass der Nationalkongress, welcher in dieser Frage hätte gesetzgeberisch tätig werden müssen, seiner Pflicht nicht nachkam. Der Kongress wird derzeit von fundamentalistischen evangelikalen Abgeordneten angeführt, die die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität als von der Meinungsfreiheit gedeckte Äußerung betrachten.

Der transfeministische Diskurs verbindet die Bewegungen

Das neue Coronavirus erreichte Brasilien inmitten dieser drastischen politischen Konjunktur, die die Vorurteile einer Gesellschaft verstärkt hat, die durch Jahrhunderte des Völkermordes an der indigenen Bevölkerung und der Versklavung von Afrikaner*innen sowie ihren Nachkommen geprägt ist. Die sozialen Auswirkungen der Pandemie verläuft in ähnlichen Dynamiken wie die der HIV-Epidemie. So führte die Covid-19-Pandemie in verschiedenen Teilen der Welt zur Verstärkung der stereotypen homo- und transfeindlichen Diskurse. Besonders in Brasilien, wo religiöse Führer*innen und Meinungsbildner*innen immer noch unwidersprochen ihre Auffassung verteidigen, Aids sei eine Krankheit, die mit sexuellen Beziehungen außerhalb der Cis-Heteronormativität zusammenhänge.
Angesichts der Ermordung von trans Personen in Brasilien setzt die betroffene Bevölkerung ihre Selbstorganisation fort, die ihr seit Jahrhunderten ein Minimum an physischer und psychischer Sicherheit garantiert. Außerdem schloss sie seit der Redemokratisierung des Landes in den 1980er Jahren Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen und einigen fortschrittlichen Regierungen.
Die Popularisierung des transfeministischen Denkens trägt zu einem immer offeneren Dialog zwischen trans Personen und von cisgender Frauen getragenen Bewegungen bei. Mit dem Austausch sollen Wissen und Strategien für eine Garantie des Rechts auf Leben und für die konkrete Einbeziehung von trans Personen in alle Bereiche der Gesellschaft entwickelt werden. Auch soll der abwertende Blick überwunden werden, dem trans Personen gewöhnlich auch von Verbündeten ausgesetzt sind. So sind trans Personen in Brasilien zunehmend kollektiv organisiert und nutzen digitale Ressourcen auf kreative und kraftvolle Weise, um sich der Objektifizierung ihrer Körper und dem Versuch, ihre Gedanken und ihr Begehren auszulöschen, entgegenzusetzen.

// Jaqueline Gomes de Jesus
// Übersetzung: Luisa Bona

Jaqueline Gomes de Jesus, Professorin für Psychologie am Instituto Federal do Rio de Janeiro (IFRJ). Ständige Dozentin des Postgraduiertenprogramms des Ensino de História da Universidade Federal Rural Fluminense (UFRRJ). Promotion in Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universidad de Brasília (UnB), mit einem Post-Doktorat an der Escola Superior de Ciências Social da Fundação Getúlio Vargas (CPDOC/FGV). Leitende Wissenschaftlerin von ODARA - Interdisizplinäre Gruppe zur Forschung von Kultur, Identität und Vielfalt.

EINGESCHLOSSEN UND RECHTLOS

IN HONDURAS VERSCHÄRFT DIE PANDEMIE DIE PREKÄRE SITUATION VON TRANS FRAUEN

Die Covid-19-Pandemie legt die Realität offen, mit der trans Frauen in Honduras konfrontiert sind: mangelnde Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität und ihrer Rechte durch den Staat, Gewalt und Diskriminierung. Die Pandemie verschärft diese Zustände auch deshalb, weil sie die Migration verhindert, die für einige von ihnen die einzige Überlebensmöglichkeit darstellt. (Warnung: Dieser Text enthält explizite Schilderungen transfeindlicher Gewalt).

Nahomy Otero durchlebt einen neuen Lebensabschnitt. Sie ist 41 Jahre alt und betrachtet sich selbst als Überlebende. La Nahomy, wie sie von ihren engen Freund*innen genannt wird, ist seit über 15 Jahren Menschenrechtsverteidigerin und setzt sich in ihrem Geburtsland Honduras insbesondere für die Rechte von trans Frauen und HIV-infizierten Menschen ein. Seit Beginn der Covid-19-Ausgangssperre in Spanien, wo sie aktuell lebt, konnte sie nicht mehr gut schlafen. Seitdem sie erfuhr, dass die Pandemie Honduras erreicht hat, ist sie noch besorgter darüber, was dort passiert. Dort, wo das Gesundheitssystem schon seit vielen Jahren zusammengebrochen ist, waren trans Frauen bereits vor Covid-19 gefährdet, in ihrer Geschlechtsidentität nicht anerkannt und wurden in der Gesundheitsversorgung benachteiligt.

Kurz vor der Schließung der Grenzen bereitete Otero sich auf den Empfang mehrerer Kolleg*innen und Freund*innen vor, die wegen der Gewalt in Honduras Ende März 2020 das Land verlassen wollten. Sie ist beunruhigt, da die Europäische Union monatelang keine Flüge aus Mittelamerika zugelassen hat, und befürchtet, dass es angesichts der wirtschaftlichen Lage nach monatelangem Eingesperrtsein in den *casas de seguridad* (Frauenhäuser) für einige ihrer *compañeras* fast unmöglich sein wird, das Land zu verlassen.

Zwischen Juni 2009 und März 2020 wurden in Honduras 111 Transfemizide gemeldet. Das Alter der ermordeten Frauen liegt zwischen 12 und 34 Jahren, so ein Bericht über gewaltsame Todesfälle in der LGBTIQ*-Gemeinschaft, der vom Lesbischen Netzwerk Cattrachas (Red Lésbica Cattrachas) verfasst wurde. Dies ist eine der wenigen Organisationen, die die gewaltsamen Todesfälle innerhalb der LGBTIQ*-Bevölkerung auflistet. In der letzten Aktualisierung gab das Netzwerk an, dass allein im Jahr 2020 bisher sieben trans Frauen getötet wurden.

Nahomy Otero ist nach Spanien geflohen, um der Gefahr zu entkommen, in diese Statistik aufgenommen zu werden. Vor zwanzig Jahren, als Mitglieder einer *mara* (Jugendgang, Anm. d. Red.) sie entführten, um sie zu vergewaltigen und zu ermorden, überlebte sie. Danach versuchte sie, in Honduras zu bleiben, aber die Gewalt verfolgte sie. „Sie steckten mich in einen Raum, in der Nähe einer Pferdekoppel. Ich versuchte zu entkommen, aber dort bekam ich den ersten Messerstich. Ich fühlte, wie meine Seele aus meinem Körper entwich, ich fühlte diese Luft, diesen Seufzer, der aus mir herauskam, aber ich hörte auch eine Stimme, die mir sagte, dass ich so nicht sterben würde, dass ich aufstehen sollte. Und ich weiß nicht, wie, aber meine Füße waren losgebunden, als ich aufstand. Danach entschied ich mich, Teil der Veränderung zu werden. Ich wollte anderen Menschen helfen, Gott gab mir eine weitere Chance zu leben“, sagt sie und ergänzt, dass ihr diese Ereignisse eindeutig zeigten, was fortan ihren Lebenszweck ausmachen sollte.

Otero trat ein Jahr später einer Menschenrechtsorganisation bei. Im Jahr 2014 meldete sie der Staatsanwaltschaft den Mangel an antiretroviralen Medikamenten (diese kommen in der HIV-Therapie zum Einsatz, Anm. d. Red.) in den staatlichen Zentren zur Gesundheitsversorgung. Zu

Illustration: Agustina Di Mario, @aguslapiba

▲ **Keine weniger** Wir wollen uns lebend

dieser Zeit arbeitete sie in der Betreuung HIV-Kranker. Im Nachgang zu dieser Beschwerde sagt sie, dass sie belästigt, verfolgt und aufgefordert wurde, nicht mehr darüber zu sprechen.

Jetzt ist es eine ihrer Freund*innen, die in Gefahr ist. Marlene (Name geändert) ist eine 37 Jahre alte Menschenrechtsverteidigerin, Erzieherin und Buchhalterin. Sie definiert sich außerhalb des Heteronormativen und kleidet sich gerne so, wie sie sich wohl fühlt, ohne sich an Schönheitsstandards irgendwelcher Art zu halten. Sie ist eine der Freund*innen, auf die Nahomy Otero Ende März in Spanien gewartet hat. Auch Marlene wurde Opfer eines transfeindlichen Angriffs. „Ich habe sechs Tage im Krankenhaus verbracht, ziemlich schlimm, 85 Stiche im Kopf“, schildert sie mit fester Stimme. Der Angriff auf Marlene schockierte ihre *compañeras* wegen der Brutalität des Geschehens. Sie reichten Beschwerde ein und beantragten Schutzmaßnahmen bei einer Gruppe verschiedener staatlicher Institutionen in Koordination mit Vertreter*innen der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft, die sich der Entwicklung von Strategien zur Prävention und zum Schutz derjenigen widmen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen.

Nachdem sie erfahren hatte, dass ihre Freundin Ende 2019 brutal zusammengeschlagen und beinahe gestorben wäre, begann Nahomy Otero, sie zu unterstützen, damit sie nach Spanien kommen könne. Pläne, die die Pandemie bislang verhinderte. „Sie sagten mir, dass mein Fall abgelehnt wurde”, bemerkt Marlene. „Ich bin gerade dabei,

internationale Hilfe zu suchen. Aufgrund der Covid-19-Situation war es nicht möglich, die Reise, die ich für den 31. März geplant hatte, anzutreten. Ich habe mich wirklich entschlossen, das Land zu verlassen, weil ich mein Leben riskiert habe und eine neue Lebensperspektive in einem anderen Land suchen wollte.“ Nach sieben Monaten des Wartens hat Marlene die Hoffnung verloren, im Jahr 2020 noch ausreisen zu können. Sie und andere trans Frauen versuchen, über Organisationen Asyl zu beantragen, um der Diskriminierung in Honduras zu entgehen. Sie erhalten jedoch keine Antworten. „Es scheint, dass man einen Teil seines Körpers verloren haben muss, um Asyl zu bekommen, man muss körperlich angegriffen worden sein, wobei manchmal auch verbale Aggression ausreicht. Der soziale Schaden und das psychologische Trauma, das die Gesellschaft ihnen in diesem Land zufügt und der Mangel an Möglichkeiten ist, wie lebendig begraben zu sein“, gibt Cristina Portillo, eine Freundin von Nahomy Ortero, zu bedenken.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich mit Grey Anahí, einer trans Frau, die in San José de Comayagua, im Zentrum des Landes mit einer Machete angegriffen wurde. Die Behörden wollten ihrer Beschwerde nicht nachgehen. Diese Tatsache wurde bekannt, nachdem Luis Almendares, ein lokaler Journalist, den Fall veröffentlicht hatte. Die Nachricht ging viral und die Behörden reagierten mit der Veröffentlichung einer Klarstellung, in der sie den Vorfall dementierten und erklärten, Anahí wolle nur dem Ansehen der Institution schaden. Almendares wurde zwei Wochen nach dieser Äußerung ermordet und ist der dritte Journalist, der 2020 während der Quarantäne in Honduras getötet wurde. Nun fürchtet auch Anahí Repressalien.

In Honduras gibt es keine Gesetze, die die Menschenrechte der LGBTIQ*-Bevölkerung garantieren. Im Leitfaden der Empfehlungen für eine umfassende Gesundheitsversorgung für trans Frauen in Lateinamerika und der Karibik heißt es, die Lebenserwartung einer trans Frau in der Region betrage 35 Jahre. Portillo ist überzeugt, dass die einzige Möglichkeit, länger zu leben, darin besteht, das Land zu verlassen.

Die aktuelle Ausgangssperre befördert die Gewalt. Die LGBTIQ*-Gemeinschaft ist von jeher mit dem endemischen Problem der Ausgrenzung und Unsichtbarkeit konfrontiert. Strukturelle Gewalt ist an der Tagesordnung. „Die Besorgnis ist groß, denn die Pandemie hat uns in einen Zustand größerer Verwundbarkeit versetzt. Während der Quarantäne haben die Menschenrechtsverletzungen zugenommen“, sagt Donny Reyes, Direktor der Asociación Arcoiris (NGO für die Rechte der LGBTIQ*-Gemeinschaft in Honduras) und Mitglied des honduranischen Komitees für sexuelle Vielfalt (CDSH). Die Restriktionsmaßnahmen, die der Staat während der Pandemie erließ, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, unterbinden, dass Menschenrechtsverteidiger*innen sich frei zu den Orten bewegen können, an denen Vorfälle und Aggressionen gemeldet werden. Die Überprüfung der Fälle und die formelle Anzeige bei der Staatsanwaltschaft werden erschwert. In einer aktuellen Studie über LGBTIQ*-Personen dokumentierte das CDSH in Einzelinterviews Fälle von trans Frauen, die im Land während der Ausgangssperren Sexarbeit leisteten. Oftmals ist das die einzige Einkommensquelle der Betroffenen. „Sie gehen hinaus, um ihr Hotelzimmer oder ihre Unterkunft bezahlen zu können, um Essen zu bekommen. Viele von ihnen haben die Verantwortung für ihre Großmütter oder Neffen, die von ihnen abhängen und von dem leben, was sie beschaffen“, sagt Donny Reyes. Die Studie zeigte außerdem, dass 34 Prozent der befragten Personen das Militär als ihre Aggressoren identifizierten, während der Rest die National-, Verkehrs- und Gemeindepolizei angaben. Nur drei Prozent von ihnen haben formell eine Beschwerde eingereicht. Damit einhergehend sind Verhaftungen mit übermäßiger Gewalt durch Polizei und Militär zu verzeichnen.

Diese Realität ist eine Konstante im Leben vieler Frauen. Nahomy Otero erinnert daran, dass die Schläge, Demütigungen und Drohungen der Polizeibehörden Teil ihres Lebens und des Lebens ihrer Freund*innen waren, mit denen sie die Transition begann.

Seit Jahren setzt sich die LGBTIQ*-Community dafür ein, dass das Gesetz zur Geschlechtsidentität (Ley de Identidad de Género) und das Antidiskriminierungsgesetz vom Nationalkongress diskutiert und verabschiedet werden. Das erste Gesetz ist der Schlüssel zur Senkung der Sterblichkeitsrate von trans Frauen im Land, denn mit diesem Gesetz ist der

Illustration: Paulyna Ardilla, @paulyna_ardilla

▲ **Wir schaffen Gerechtigkeit** Keine mehr!

Staat verpflichtet, der Pathologisierung der Betroffenen entgegenzuwirken und ihre soziale Anerkennung zu erleichtern. Die fehlende Anerkennung durch den Staat verschärft die Situation der LGBTIQ*-Bevölkerung. Ungeachtet der Tatsache, dass verschiedene nationale Organisationen und internationale Gremien wie der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) den honduranischen Staat wiederholt aufgefordert haben, internationale Vereinbarungen zur Gleichberechtigung aller Personen einzuhalten und ihnen infolgedessen auch ihre verfassungsmäßigen Rechte zu gewähren, macht der Staat Honduras sie weiterhin unsichtbar. Unter anderem aus Gründen, die durch religiöse Doktrinen gerechtfertigt werden. Ein Bericht über den säkularen Staat und religiöse Fundamentalismen, der vom Netzwerk Cattrachas erstellt wurde, hält verschiedene Erklärungen hochrangiger staatlicher Behörden der Exekutive und Legislative gegen die Rechte der LGBTIQ*-Community fest, die auf religiöser Moral basieren.

Zu den juristischen Empfehlungen internationaler Organisationen, die vom Staat Honduras ignoriert wurden, gehören unter anderen die Streichung jeglicher Normen aus dem Rechtssystem, die eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität darstellen, sowie das Verbot der Diskriminierung im öffentlichen und privaten Bereich.

Für Nahíl Zerón vom Netzwerk Cattrachas ist das Vorgehen des honduranischen Staates widersprüchlich, da er sich nicht an die eigens unterzeichneten Empfehlungen und Abkommen hält, während die betroffenen Menschen noch leben, wohl aber, wenn sie getötet wurden. „Es ist überaus paradox, dass sie zwar unseren Tod anerkennen, aber nicht unsere Orientierungen und Identitäten, wenn wir noch am Leben sind. Damit bezieht sich Zerón auf die Tatsache, dass es in der Abteilung für gewaltsame Tode bei der Staatsanwaltschaft eine Einheit für Tode von Personen sozial schwacher Gruppen gibt. „Diese Einheit arbeitet nicht mit einem differenzierten Ansatz, sodass das Unverständnis zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität die Arbeit offensichtlich ineffizient macht. Auch die Rücknahme des Hassverbrechens als erschwerender Faktor im Strafgesetzbuch war für uns ein wenig beunruhigend, weil man beispielsweise den Mord, der aufgrund von Hass gegenüber einer LGBTIQ*-Person verübt wurde, nun nicht mehr damit begründen kann“, führt Zerón weiter aus. Der ambivalente Diskurs des Staates durch die Unterzeichnung und Ratifizierung internationaler Abkommen zu Menschenrechtsfragen einerseits und die legislative Realität im Land andererseits sind per se schon ein Gewaltakt gegenüber vieler LGBTIQ*-Personen.

Nahomy Otero träumt davon, zusammen mit anderen *compañeras*, die nach Spanien geflohen sind, ein Haus der Zuflucht zu eröffnen, um anderen Menschen zu helfen, die sich in ihrem Land nicht frei entfalten dürfen. Vorerst hofft sie, dass ihre Freundinnen Marlene und Cristina Honduras verlassen können, um an einen sicheren Ort zu gelangen.

// Catherine Calderón
// Übersetzung: Sonja Schmidt

Catherine Calderón ist Mitgründerin und Entwicklungsmanagerin der Onlineplattform *Contracorriente*. Sie arbeitet zu den Themen Gender, insbesondere LGBTIQ*-Rechte, sowie Gewalt und Jugend. Außerdem hat sie das Kulturprojekt Arte Que Mueve und das Projekt Comunicando & Conectando gegründet.

„SICH NICHT ZUM SCHWEIGEN BRINGEN LASSEN“

INTERVIEW MIT NINOSKA PAILAKÜRA VON DER KOORDINATIONSGRUPPE „GERECHTIGKEIT FÜR MACARENA VALDÉS“

Vor über vier Jahren wurde die Mapuche und Umweltaktivistin Macarena Valdés tot aufgefunden. Während die Ermittlungen der chilenischen Justiz stagnieren, kämpfen Valdés‘ Angehörige und Unterstützer*innen dafür, dass ihr Tod als Feminizid anerkannt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Ein Gespräch mit Ninoska Pailaküra aus dem Unterstützer*innenkreis über Gewalt gegen Frauen in der Region und den Kampf für Gerechtigkeit.

Wie kam es dazu, dass du in feministischen Kontexten im Allgemeinen und speziell in der Koordinationsgruppe „Gerechtigkeit für Macarena Valdés“ arbeitest?
So wie viele andere Frauen habe ich zuerst im Haus von Rubén, dem Partner von Macarena Valdés, geholfen. Das war ungefähr vor vier Jahren. Mit der Zeit wurde ich Teil der Gruppe, die Arbeiten im Haus und die Betreuung der Kinder übernimmt. Auch das war für mich schon Teil des Kampfes für die Gerechtigkeit für Maracena, seitdem gehöre ich zur Koordinationsgruppe.

Welche Bedeutung hatte diese gegenseitige Unterstützung in einer schwierigen Zeit?
Wir in der Gemeinde sind glücklich, dass Macarenas Familie so viel Unterstützung bekommen hat. Die größte Sorge in der Gemeinde war, dass Rubén und die Kinder allein dastehen würden. Ich persönlich glaube, dass die Kinder am wichtigsten sind, Macarenas Söhne. Mit der Zeit habe ich eine Art Mutterrolle für sie eingenommen, sie aufgezogen und mich um sie gekümmert. Es fühlt sich so an, als wären sie meine Kinder. Ich bin Teil ihres Kampfes geworden, aber auch Teil ihres Schmerzes. Ich habe ihnen dabei geholfen, nach und nach zu heilen. Ich denke, das war das Wichtigste nach Macarenas Tod: ihren Kindern bei der Heilung zu helfen. Auch in der Gemeinde waren viele sehr verletzt nach Macarenas Tod.

Woran arbeitet eure Gruppe aktuell?
Die Koordinationsgruppe versucht, dem Fall mehr Aufmerksamkeit zu geben. Dieses Jahr haben wir zum vierten Todestag von Macarena viele virtuelle Aktionen gestartet. Generell verbreiten wir das ganze Jahr über Illustrationen und die Arbeiten unserer Unterstützer*innen.

Hat die Pandemie eure Arbeit verändert?
Kaum. Aber die Krise hat uns dahingehend getroffen, dass wir uns nicht mehr ins Gesicht schauen können. Eine virtuelle Unterhaltung ist nicht das Gleiche, es fehlt die Wärme. Und das, was wir sagen, fühlt sich durch so einen digitalen Apparat manchmal sehr kalt an.

Was bedeutet der Tod von Macarena Valdés im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Frauen in der Region?
Für uns in der Gemeinde ist es sehr deutlich, dass ihr Tod eine Warnung war. Die Warnung, dass uns das gleiche passieren kann, wenn wir weiterhin unsere Stimme erheben. Sie wollten Angst stiften, haben aber nicht gemerkt, dass Macarena bereits einen Samen des Widerstands in jeder Frau gesät hatte. Auch wenn sie sie getötet haben, so erblüht er jetzt in jeder von uns. Für Macarenas Familie und ihre Freundinnen war es ein großes Leid, aber aus der Wut heraus konnten sie Kräfte sammeln, um für sie zu kämpfen. Für sie und gegen die Straflosigkeit.

Das heißt, Macarenas Tod hat euch Frauen keine Angst gemacht?
Nein, im Gegenteil! Die Frauen in der Gemeinde sammelten daraus noch mehr Kraft, um zu de-

Illustration: Coordinadora de Justicia para Macarena Valdés, @justiciaparamacarenavaldes

▲ **„La Negra" wurde ermordet!**
Wahrheit und Gerechtigkeit für Macarena Valdés

DER FALL MACARENA VALDÉS

Die Umweltaktivistin und Mapuche Macarena Valdés wurde am 22. August 2016 erhängt in ihrem Haus in Tranguil nahe der Kleinstadt Pangipulli in der chilenischen Región de los Ríos aufgefunden. Ihr damals elfjähriger Sohn entdeckte sie, auch ihr anderthalbjähriger Sohn befand sich zu diesem Zeitpunkt im Haus.

Verschiedene Tatsachen ließen von Beginn an Zweifel an der Theorie der Staatsanwaltschaft, Valdés hätte Suizid begangen. So beschreiben Angehörige sie in keiner Weise als depressiv oder gar suizidal. Ein psychologisches Gutachten, das aus Gesprächen mit Angehörigen, Freund*innen und Bewohner*innen der Gemeinde rekonstruiert wurde, konnte dies im Februar 2020 bestätigen.

Stattdessen vermuten Angehörige, dass Valdés als Aktivistin Opfer eines gezielten Mordes wurde. Die junge Frau, von Freund*innen La Negra genannt, hatte sich gemeinsam mit ihrem Partner Rubén Collío gegen den Bau eines Kleinwasserkraftwerkes engagiert (siehe *LN* 526) - ein Projekt des österreichischen Unternehmens RP Global und der chilenischen Firma Saesa. Gemeinsam mit anderen Anwohner*innen stellte sich Valdés dagegen und setzte sich für den Schutz des anliegenden Flusses Tranguil ein. Außerdem protestierten sie gegen die wachsende Polizeipräsenz in der ohnehin konfliktreichen Region.

Drohungen gegen Umweltaktivist*innen nahmen zu, als der Konflikt sich mit dem Bau des Kraftwerks verschärfte. So auch im Fall Macarena Valdés: Mónica Paillamilla, die Vermieterin und Bekannte der Familie, hatte noch am Tag vor Macarenas Tod Drohungen von drei Mitarbeitern der Baufirma erhalten. Diese waren auf ihr Grundstück gekommen, um Paillamilla davon zu überzeugen, die Familie Valdés-Collío rauszuwerfen. Als sie das Problem am nächsten Tag mit der Familie besprechen wollte, war Macarena Valdés schon tot. Auch nach ihrem Tod erhielten die Anwohner*innen und Angehörigen Drohungen. Ihnen solle „das gleiche passieren wie der Frau von Collío", berichtet eine Nachbarin in einem Medienbericht.

Eine erste Autopsie des rechtsmedizinischen Dienstes des Justizministeriums in Valdivia ergab zwar, dass die Todesursache „Erstickung durch Erhängen" gewesen sei und es keine Anzeichen auf Einwirkung Dritter gebe. Eine von Angehörigen angeforderte unabhängige Autopsie bewies im Jahr 2018 aber, dass Valdés bereits tot war, als sie aufgehängt wurde. Der britische Forensiker und Gutachter des Internationalen Strafgerichtshofs, John Clark, bestätigte diese Erkenntnis später. Außerdem ergab eine Untersuchung der chilenischen Ermittlungspolizei (PDI) DNA-Spuren einer unbekannten weiblichen Person an dem Seil, an dem Valdés aufgehängt war.

Über vier Jahre nach ihrem Tod laufen die Ermittlungen noch immer, nun nicht mehr als Suizid, sondern unter dem Begriff „Leichenfund". Die Angehörigen und Unterstützer*innen der Familie von Macarena Valdés plädieren stattdessen dafür, ihren Tod als *feminicidio empresarial* („Feminizid durch ein Unternehmen") zu dokumentieren.

NINOSKA PAILAKÜRA

ist Mapuche und engagiert sich in der Koordinationsgruppe „Gerechtigkeit für Macarena Valdés“. Die Gruppe von Unterstützer*innen leistet den Angehörigen der verstorbenen Umweltaktivistin praktische Hilfe und macht mit Aktionen auf ihren Fall aufmerksam. Gemeinsam fordern sie Wahrheit und Gerechtigkeit im Fall Macarena Valdés. (Foto: privat)

monstrieren und für ihre Rechte einzustehen. Sie wollen sich angesichts all dieser Ungerechtigkeiten nicht zum Schweigen bringen lassen.

Macarena war Frau, Mapuche und Umweltaktivistin. Wie ist das miteinander verbunden?
Bei den Mapuche ist die Frau diejenige, die am stärksten mit der Erde verbunden ist. Deswegen verstehe ich sehr gut, dass Macarena ihre natürliche Umgebung und den Fluss als gleichwertiges Wesen verteidigen wollte. Sie war Mapuche, aber eben auch Frau und Mutter. Deswegen hat sie für eine bessere Zukunft für ihre Kinder und Enkel gekämpft. Zu ihrer Vorstellung von dieser Zukunft gehörten keine Wasserkraftwerke. Macarena wollte nicht, dass die Erde als ökonomisches Gut ausgebeutet wird.

Welche Formen von Gewalt erleben Frauen in deiner Umgebung?
Die Mapuche erleben von Kindesbeinen an Gewalt: Rassismus, Diskriminierung, die Vertreibung vom eigenen Land, die Polizeigewalt. Der chilenische Staat deckt all das. Und das erleben Frauen, Kinder und Männer – alle gleich.

Wie wehrt ihr euch gegen diese Gewalt?
Wir Frauen kümmern uns gegenseitig um uns und unterstützen Frauen, die Gewalt erfahren haben. Gleichzeitig versuchen wir, Selbstverteidigungskurse zu organisieren. Wenn es nötig ist, habe ich zumindest irgendeine Art von Waffe dabei, um mich zu verteidigen. Ich laufe immer mit einem Messer herum, es ist mein Schutz. Ich musste es aber noch nie benutzen.

Welche Art von Selbstverteidigung lernt ihr?
Wir haben ein paar Mal zusammen mit anderen Frauen die Mapuche-Kampfsportart *kollellaullin* geübt. Auch Macarenas Söhne trainieren darin.

Gibt es in der Gemeinde eigene Wege, um mit Fällen von Gewalt gegen Frauen umzugehen?
Als Macarena noch lebte, fanden in ihrem Haus Kurse für Menschen aus der Gemeinde statt, die die Schule nicht abgeschlossen hatten. Viele brauchten den Abschluss jedoch für die Arbeit, um den Führerschein zu machen oder für andere Angelegenheiten. Wenn Macarena in diesem Zusammenhang davon mitbekam, dass manche Männer ihren Frauen und der Beziehung nicht die angemessene Bedeutung zukommen ließen, gingen sie das Thema aus der Perspektive der Kosmovision der Mapuche an. Dabei waren sie immer darum bemüht, die Identität und Integrität der Frau zu bewahren.

Was kritisiert ihr an der juristischen Aufarbeitung des Falles von Macarena Valdés?
Bis jetzt hat die chilenische Justiz nichts, aber auch gar nichts unternommen. Sie hat nicht einmal ein Blatt Papier bewegt. Im Gegenteil: Sie wollten die Untersuchungen abschließen, schon drei Mal sind die Berichte der Autopsie verloren gegangen. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, uns zu widersprechen, obwohl internationale Gutachten zeigen, dass Macarena umgebracht wurde.

Was fordert oder erwartet ihr von den chilenischen Gerichten und der Polizei?
Wir fordern, dass es Gerechtigkeit gibt und dass die Mörder von Macarena gefunden und für ihr brutales Verbrechen bestraft werden. Und natürlich hoffen wir, dass unser Kampf dazu führt, dass sich so etwas nicht wiederholt. Eigentlich fordern wir ja nur, dass der chilenische Staat und seine juristischen Institutionen ihre Arbeit machen – schließlich werden sie dafür bezahlt.

// Interview: Susanne Brust

KOLLEKTIV VERÄNDERUNGEN BEWIRKEN

FEMIZIDE, STAATLICHES HANDELN UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN VENEZUELA

Femizide sind in Venezuela seit 2014 im „Grundgesetz über das Recht der Frauen auf ein Leben ohne Gewalt" definiert. Seit 2019 steigen jedoch die Fallzahlen, ohne dass der Staat wirksam darauf reagiert. Angesichts dieser Untätigkeit hat die feministische Bewegung selbst Strategien zur Bewältigung dieser Lage entwickelt. Viele Probleme verschärfen sich im Zuge der Covid-19-Pandemie.

Es ist ein heißer Sonntag im Juli, der Strand ist voller Familien. Kinder spielen im Sand, Frauen sonnen sich. Die Idylle wird abrupt gestört von einer Gruppe Polizisten, die den Ort absperren und mit Schaufeln beginnen, ein Loch zu graben. Das weckt die Neugier der Tourist*innen, die tuschelnd versuchen zu erspähen, was der Sand verbirgt: Es ist der leblose Körper von Milagros Naguas, einer 46-jährigen Frau und Mutter aus dem Bundesstaat Aragua, die zusammen mit ihrem Mann Strandliegen und Sonnenschirme vermietete und Kokosnüsse am Strand verkaufte. Der Fall Milagros Naguas ist nur einer von 167 Femiziden, über den das Onlinemedium *Utopix* 2019 in seinem allmonatlichen Register berichtete. Weil der venezolanische Staat seit 2016 keine offiziellen Zahlen zu diesem Tatbestand veröffentlicht, ist nun eine andere Art der Dokumentation nötig. Laut venezolanischem Recht ist der Femizid „die extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt, die auf dem Hass oder der Geringschätzung einer Person aufgrund ihres Frau-Seins beruht, und die in ihrem Tod endet, sei es im öffentlichen oder privaten Umfeld". Trotz diverser staatlicher Maßnahmen, um dem Problem der Gewalt gegen Frauen zu begegnen, steigt die Zahl der Femizide weiter an. Das Grundgesetz über das Recht der Frauen auf ein Leben ohne Gewalt, das 2014 reformiert wurde, beschreibt 21 Gewaltformen und schafft den Nationalen Ombudsrats für Frauenrechte und *defensoras comunales* (Gemeindeverteidigerinnen). Sogar eine Nationale Kommission für Geschlechtergerechtigkeit im Justizwesen, mit 91 Gerichtshöfen für Gewaltdelikte gegen Frauen sowie 714 spezialisierten Staatsanwaltschaften, wurde eingerichtet.

Trotzdem steigen die Zahlen weiter: Zwischen Januar und September 2020 zählten verschiedene Medien 195 Femizide – 46 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Allerdings ist dieser Anstieg nicht nur in Venezuela zu beobachten. In ganz Lateinamerika sind die Anzeigen wegen geschlechtsspezifischer Gewalt, ebenso wie die von den Beobachtungsstellen vorgelegten Zahlen, in erschreckendem Maße gestiegen. Dies geht größtenteils mit dem Vormarsch neoliberaler Politiken auf dem Kontinent einher, die, indem sie sich ihrer Körper und Arbeitskraft bedienen, das Leben vieler Frauen direkt betreffen.

Denn es sind besonders Frauen, die die Auswirkungen der Armut und der extremen Ausbeutung in endlosen Arbeitsschichten zu spüren bekommen. Dadurch sind sie täglich vielfachen Formen von Gewalt ausgesetzt. Venezuela bildet keine Ausnahme. Vom Staat ist nun energisches Handeln gefordert, wie die Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Pläne zur Bekämpfung der Frauen betreffenden Ungleichheiten. Es braucht Maßnahmen, die alle öffentlichen Bereiche, wie Gesundheit, Bildung, Kommunikation und Kultur, umfassen. Ein gutes Beispiel sind Kampagnen für Kinder und Jugendliche zu geschlechtsspezifischer Gewalt, die die traditionellen Geschlechterrollen dekonstruieren und schon im Kindesalter gegen Stereotype angehen. In Venezuela ist die Lage allerdings noch durch den aktuellen politischen Kontext verkompliziert. Das Land befindet sich in einer ernsten Wirtschaftskrise und ist von

der Blockade durch das Ausland schwer getroffen. Aktivistinnen wie Maritza Sanabria vom feministischen Kollektiv Mujer Género Rebelde (MUGER) meinen, erschwerend komme hinzu, dass trotz vorhandener fortschrittlicher Rechtsinstrumente „weder das Gesetz mit dem notwendigen Nachdruck angewendet wird, noch die Institutionen in angemessenem Maße auf das Thema der Gewalt gegen Frauen und Femizide reagieren. Verfahren verzögern sich, Opfer leiden unter Reviktimisierung, im Justizsystem herrscht Korruption. Außerdem ist das Personal in den Beschwerdestellen nicht für das Thema sensibilisiert und das Gesetz wird nur nach dem Ermessen der Staatsanwält*innen angewendet".

Schon der Weg zur Anzeige geschlechtsspezifischer Gewalt ist voller Hürden. Es beginnt damit, dass Frauen, wenn sie eine Anzeige aufgeben wollen, nicht angehört werden, weil sie einen kurzen Rock tragen – und das, obwohl es hierfür keinen Dresscode gibt. Es setzt sich damit fort, dass Polizeibehörden versuchen, eine „Mediation" durchzuführen, die im Gesetz überhaupt nicht existiert. Sie erzwingen einen „Dialog" zwischen Täter und Überlebender und machen letztere damit erneut zum Opfer. So sehen Frauen sich immensen Verzögerungen bei der Klärung der Fälle ausgesetzt.

Ein Beispiel dieser Reihe von Straffreiheiten ist der Fall von Andreína Torrealba, Sprecherin und Jugendbeauftragte der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV). Sie hatte in ihrer Beziehung Vergewaltigung, physische und psychische Gewalt sowie Belästigung durch ihren Partner erlitten. Es gelang ihr aber, dies bei den polizeilichen Behörden zur Anzeige zu bringen. Dort begann ein Prozess schrecklicher Reviktimisierung seitens der verschiedenen Justizbehörden: Zunächst ließ man sie bei der Nationalgarde im Bundesstaat Bolívar keinen detaillierten Bericht abgeben. Später, bei der medizinisch-forensischen Untersuchung, wurden nur die Hämatome an den Armen berücksichtigt und kein gynäkologisches Gutachten erstellt. Dieser Vorgang verstößt gegen das von der Staatsanwaltschaft angeordnete Protokoll. Bei der Vorladung auf der polizeilichen Koordinationsstelle wurde Torrealba nicht nur vom Polizeipersonal belästigt, sondern auch von ihrem Peiniger überrascht, der versuchte, ihre Aussage zu diskreditieren und sie zu zwingen, die Anzeige fallen zu lassen. Es gibt bisher keine Fortschritte bei der Aufklärung ihres Falls. Der Aggressor läuft noch immer frei herum, ohne dass Schutzmaßnahmen ergriffen wurden.

Illustration: Pilar Emitxin, @emitxin

▲ **Dieser weibliche Körper gehört mir** Er wird nicht angefasst. Er wird nicht vergewaltigt. Er wird nicht getötet.

Letztendlich ist eine der Hauptforderungen der feministischen Bewegungen eine Gesetzesreform und die Kategorisierung des Feminizids in Abgrenzung zum Femizid. In Venezuela wird dieser Terminus verwendet, um einen Femizid zu beschreiben, bei dem der Staat sich durch sein Handeln oder unterlassenes Handeln mitschuldig gemacht hat. So sollen direkte Sanktionierungen der beteiligten Staatsbeamt*innen ermöglicht werden. Ein eindeutiges Beispiel dafür ist die Er-

mordung der Unternehmerin Karla Ríos durch ihren ehemaligen Partner am 31. Juli 2020. Trotz der gegen ihn erstatteten Anzeigen wegen physischer und psychischer Gewalt und Entführung war der Mann nach Zahlung einer Geldstrafe wieder freigekommen. So hat der Staat zugelassen, dass er seine Drohung, Ríos zu töten, in die Tat umsetzte. Weil sich Situationen wie diese tagtäglich wiederholen, beschlossen Organisationen wie Tinta Violeta, Faldas R und die venezolanische Vereinigung für eine alternative Sexualerziehung (AVESA), sich zusammen zu schließen. In gemeinsamer Arbeit unterstützen sie nun Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind. Tinta Violeta hat den ehrenamtlichen Dienst Mayell Hernández für die Betreuung und Begleitung von Überlebenden ins Leben gerufen. Sie erhalten Unterstützung vom Kollektiv Faldas R, das die Freiwilligen in rechtlichen Fragen ausbildet und berät, AVESA vermittelt dem Personal psychologische Kenntnisse. Das Programm ist nach der Tanzstudentin Mayell Hernández benannt, die einem Femizid zum Opfer fiel.

Die Aktionen dieser feministischen Organisationen beschränken sich aber nicht nur auf Bildungsarbeit und die Auseinandersetzung mit einzelnen Fällen. Daniella Inojosa, Mitglied der Organisation Tinta Violeta und eine der Gründerinnen des Hilfsdienstes Mayell Hernández erklärt, dass sie weiterhin „beständig Beschwerden beim Justizsystem einreichen und Schutzanträge stellen müssen, weil die Behörden in diesen Angelegenheiten untätig zusehen“. Diese Beschwerden haben sie dazu gebracht, Strategien zu entwicklen, wie sie Unrecht anzeigen, das einigen Überlebenden von machistischer Gewalt widerfahren ist. Wie beispielsweise im Fall von Andreína Torrealba, der die Organisationen dazu bewegt hat, eine Social-Media-Kampagne unter dem Slogan „*Si tocan a una, nos tocan a todas*" (auf Deutsch etwa: „Ein Angriff auf eine ist ein Angriff auf uns alle“) zu starten. Die Kampagne läuft bis heute und prangert den immer noch in Freiheit lebenden Täter an.

Trotz der Ungerechtigkeiten, der Sanktionen und des Coronavirus unterstützen und mobilisieren die feministischen Bewegungen weiterhin. Denn nur als Kollektiv können sie Veränderungen bewirken, die das Leben tausender Frauen verbessern werden. Weil die Quarantäne in Pandemiezeiten die Situation noch verschlimmert hat, haben feministische Bewegungen und Einzelpersonen nun einen Forderungskatalog veröffentlicht. Zu der Liste gehört die Umsetzung eines umfassenden Versorgungsplans und die Einrichtung von Frauenhäusern. Sie fordern außerdem eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Aufklärung über verschiedene Formen von Gewalt und Hilfsangebote. Maritza Sanabria fasst es treffend zusammen: „Wir wollen, dass der Staat sich umschaut und uns zuhört. Denn wir übertreiben nicht, wenn wir sagen: Sie töten uns. Das ist die Pandemie!”

// Aimee Zambrano
// Übersetzung: Ulrike Geier

Illustration: Pilar Emitxin, @emitxin

Aimee Zambrano ist Anthropologin und hat an der Universidad Central de Venezuela studiert. Sie ist Gründerin des Femizid-Monitors und Redaktionsmitglied des kollektiv organisierten Onlinemediums *Utopix*s. Außerdem arbeitete sie als Fernsehproduzentin und Autorin. 2018 gewann Zambrano den Nationalen Journalismuspreis in der Kategorie Grafik. Twitter: @AimeeZambranoO

◀ **Die Angst wird die Seiten wechseln**
Die Straßen sind unsere. Die Nacht auch. #WirWollenUnsLebend

PERSPEKTIVEN AUS CIUDAD JUÁREZ

DER FALL EINER DOZENTIN LEGT FUNKTIONSWEISEN SEXUALISIERTER GEWALT OFFEN

Die Formen sexualisierter Gewalt sind zahlreich, berichtet wird jedoch zumeist über Feminizide als brutalstes Verbrechen gegen Frauen, weil sie Frauen sind. Die visuelle Künstlerin Alejandra Aragón lebt und arbeitet in Ciudad Juárez, Mexiko. Sie ist der Meinung, dass es nicht ausreicht, nur über Feminizide zu sprechen, um Muster zu verstehen, die zu solch grausamen Taten führen. Denn Gewalt beginnt vor allem in privaten Räumen und alltäglichen Situationen. Ein persönlicher Essay zum Fall einer Vergewaltigung.

Ciudad Juárez liegt im Norden Mexikos, an der Grenze zu den Vereinigten Staaten. Seit den 1990er Jahren werden hier immer wieder grausame Gewalttaten an Frauen bis hin zum Feminizid begangen, wofür die Stadt mittlerweile international bekannt ist. Unzählige Familien fordern Gerechtigkeit für die schrecklichen Verbrechen, die ihren Töchtern angetan wurden, und sehen sich dabei mit einer Dynamik von Stigmatisierung und Schuldzuweisung konfrontiert: Ganz gleich, ob eine Frau einen versuchten Feminizid überlebt oder nicht, werden von Seiten des Staates und der Gesellschaft schnell Stimmen laut, die die Schuld für Verbrechen bei den Betroffenen selbst suchen.

Die grausame Gewalt gegen Frauen kann nicht losgelöst vom sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ betrachtet werden. Dieser Krieg wurde von der Regierung 2008 in Ciudad Juárez eingeleitet und schnell auf alle Teile des Landes ausgeweitet. Nach offiziellen Angaben sind in Mexiko seither mindestens 61.000 Menschen verschwunden. Diese Zuspitzung der Gewalt wirkt sich auch auf die Situation von Frauen in der Stadt aus.

Ciudad Juárez ist ein sehr komplexer Ort, über den es zahlreiche Berichte, Studien und Analysen gibt. Hier herrscht eine Dynamik, in der Industrialisierung und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft in den Montagefabriken, den sogenannten *maquiladoras*, in direkter Verbindung mit der Prekarisierung von Lebensweisen und der hier herrschenden Gewalt stehen. Eine Gewalt, die sich in ihren extremsten Formen in die Körper von Frauen und Mädchen einschreibt.

Sexualisierte Gewalt ist eine dieser Formen. Die Sozialwissenschaftlerin Julia Monárrez, die in der Grenzregion arbeitet, hat anhand umfangreicher Forschungsarbeiten über Frauenmorde mit Merkmalen sexualisierter Gewalteinwirkung den Begriff des systematischen sexualisierten Feminizids (*feminicidio sexual sistémico*) geprägt. Für ihre Forschung greift Monárrez auf eine Statistik der Hochschule El Colegio de la Frontera zurück, in der „zwischen 1993 und dem 31. August 2018 über 1.850 Fälle von getöteten Mädchen und Frauen erhoben wurden und von denen 322 nicht identifiziert werden konnten.“ Von diesen 1.850 Fällen klassifiziert sie 154 als systemische sexualisierte Feminizide. Die Opfer waren zwischen 11 und 19 Jahre alt, also zumeist Minderjährige. Sie waren Arbeiterinnen, Angestellte im Einzelhandel, Studentinnen oder Barkeeperinnen. „Sie alle hatten sexuelle Folter erlitten, ihre Körper wurden verstümmelt und an verlassenen Orten wie leeren Grundstücken oder Wüstengebieten rund um die Stadt aufgefunden“, schreibt Monárrez in einem Essay. So drückt sich der systematische sexualisierte Feminizid einerseits in der zutiefst brutalen und als frauenfeindlich gekennzeichneten Gewalt gegen diese Körper und andererseits in der von Staat und Justiz gebilligten Zurichtung der Körper aus, was sich in der weit verbreiteten Straffreiheit der Verbrechen spiegelt. Diese extreme Gewalt gegen Frauen und Mädchen offenbart die tiefen Wurzeln des Phänomens, das

◀ Es war nicht deine Schuld
Betroffene sehen sich häufig mit Stigmatisierung und Schuldzuweisungen konfrontiert

Illustration: Producciones y Milagros, @produccionesymilagros

die Anthropologin Rita Segato als das „Mandat der Männlichkeit“ bezeichnet: Bereits in ihrer Kindheit und Jugend werden Jungen häufig dazu aufgefordert, Stärke zu zeigen und damit Macht auszuüben. Ihnen wird eine Position zugeschrieben, die sich durch Dominanz auszeichnet. Diese dominante Position ist jedoch zugleich sehr fragil. Vereinfacht gesagt, können bestimmte Umstände, die diese Dominanz grundsätzlich in Frage stellen, dazu führen, dass die sich stark und unabhängig wähnende Person eine Form der Entmachtung erfährt. Ein Weg, sich diese Macht und Stärke wieder zu eigen zu machen, ist die Ausübung von Gewalt in ihren zahlreichen Formen – physisch, psychologisch, sexualisiert.

Während unzählige Familien um Gerechtigkeit kämpfen und oft vergeblich versuchen, die Fälle ihrer ermordeten oder verschwundenen Töchter aufzuklären, verharren staatliche Institutionen in einer Strategie aus Stigmatisierung und Anschuldigungen gegen die Opfer. Warum war sie zu dieser Zeit an jenem Ort? Warum trug sie diese oder jene Kleidung? Fragen, die suggerieren, dass die Opfer selbst die Verantwortung für die Verbrechen tragen. Wenn ermordeten Frauen und Mädchen die Schuld an Gewaltverbrechen zugewiesen wird, stellt sich die Frage, was passiert, wenn eine Betroffene sexualisierter Gewalt einen Angriff überlebt.

Im Mai vergangenen Jahres wurde eine Dozentin der Autonomen Universität von Ciudad Juárez (UACJ), deren Identität ich an dieser Stelle schützen möchte, Opfer einer Vergewaltigung durch mehrere ihrer Kollegen. Der Fall ist auch heute noch nicht vollständig aufgearbeitet. Drei der insgesamt vier Täter – Israel, Alejandro und Roberto – sind weiterhin auf der Flucht. Giovanni, der einzige Verurteilte, reicht nun Klage gegen das Urteil ein. Zwei der Täter kenne ich persönlich.

Man könnte meinen, dass sich die betroffene Dozentin in einer privilegierten Situation befinde, da sie immerhin an der Universität lehrt. Ihre Lebensrealität überschneidet sich jedoch zumindest teilweise mit den von Monárrez dokumentierten Fällen junger Frauen, die tagtäglich mit den Strukturen von Gewalt und Ungleichheit zu kämpfen haben. Bis sie Mitte zwanzig war, verbrachte sie die meiste Zeit ihres Lebens mit dem Studium, um dem damit versprochenen Aufstieg näher zu kommen. In Wahrheit ist sie jedoch weit davon entfernt, die vermeintlichen Privilegien als Akademikerin zu genießen.

Sie lebt im marginalisierten Westen der Stadt, wo bereits viele Frauen Opfer von Feminiziden wurden. In einer Stadt, in der öffentliche Räume oft zur Gefahr für Frauen werden, nimmt sie den Bus zur Arbeit. Dunkle Straßenzüge ohne Beleuchtung geht sie zu Fuß. Ihr Gehalt an der Universität ist kaum höher als der Lohn von manchen Arbeiterinnen in den *maquiladoras*.

An jenem Abend, als sie zum ersten Mal zu einer privaten Feier von Kollegen eingeladen wurde, erwartete sie intellektuellen Austausch, nettes Beisammensein und in gewisser Weise auch eine Form von Anerkennung als geschätzte Kollegin. Was jedoch geschah, kann nicht von der Ver-

schränkung von klassen- und geschlechtsspezifischen Machtverhältnissen losgelöst betrachtet werden, die schließlich zu der mehrfachen Vergewaltigung führten.
Ich kenne die Dynamik, der die Dozentin in dieser Situation ausgesetzt war. Ich kenne zwei der Täter, die wie ich Teil des Kunst- und Filmkollektivs Vagón waren, ein von Männern aus der Mittelschicht dominierter Ort. Ganz besonders fiel das Machogehabe bei Feiern im kleinen Rahmen auf. Die beiden Männer dominierten Gespräche, übertrafen sich in erniedrigenden und herabwürdigenden Scherzen.
Rita Segato identifiziert im Fall von Vergewaltigungen kollektive Elemente, die sie besonders bei jungen Männern verortet. Sie legt nahe, dass hier „Paradigmen der Männlichkeit" existieren, die Eltern, ältere Brüder, Männer, zu denen sie aufsehen, fortführen und legitimieren. So wird eine Welt der Maskulinität geschaffen, in der sexualisierte Gewalt keine Abweichung von der Norm darstellen muss, da ein Täter im Austausch mit seinesgleichen, die in dieser Logik „erfolgreich" ihre Männlichkeit ausüben, lediglich die Paradigmen dieser Männlichkeit abruft.
Rape culture urteilt nicht nur über die Sexualität von Frauen. Diese Kultur lässt es zu, dass sich Männer gegenseitig als schwach, machtlos oder unfähig abstempeln. Die Anforderungen, jenen „Paradigmen der Männlichkeit" gerecht zu werden, beginnen im Austausch mit Freunden, Kollegen, der Familie, wo ein unausgesprochener Pakt darüber besteht, den traditionell männlichen Zuschreibungen von Stärke und Dominanz Folge zu leisten. In diesem Streben nach Anerkennung der eigenen Männlichkeit werden die Körper von Frauen zur Projektionsfläche. Am Abend, als die Dozentin auf ihre Vergewaltiger traf, wurde ihr Körper zum Medium, mithilfe dessen sich die Täter ihrer Männlichkeit versicherten. Indem sie sich gegenseitig vorführten, zu was sie in diesem grauenvollen Moment in der Lage waren, demonstrierten sie jeweils ihre Macht vor sich selbst und den drei Mittätern. Die Dozentin erklärte später, dass die Täter bereits am nächsten Tag selbst Gerüchte über eine vermeintliche sexuelle Orgie im Umlauf brachten, von der sie Teil gewesen seien – sie waren stolz auf ihre Handlung und sie wussten, dass sie dafür aus den eigenen Kreisen Anerkennung erfahren würden.
Die mediale Darstellung sexualisierter Gewalt lässt uns in dem Glauben, dass diese im öffentlichen Raum passiert und von Fremden ausgeübt wird. Die junge Dozentin wurde an einem vermeintlich sicheren Ort Opfer einer Vergewaltigung. Die Täter kommen, wie in den allermeisten Fällen sexualisierter Gewalt, aus dem privaten Umfeld der betroffenen Frauen und Mädchen. Diese Situation erklärt auch die Zunahme häuslicher Gewalt während der Covid-19-Pandemie.
Die Dozentin beschloss, den Fall zur Anzeige zu bringen. Bis heute kämpft sie für Gerechtigkeit, was dazu führte, dass sie unter den Augen der Öffentlichkeit und neben dem anstrengenden juristischen Verfahren zusätzlich mit Konflikten innerhalb der Universität konfrontiert wurde. Sie sah sich nicht nur Einschüchterungen ausgesetzt: Ihre Beschäftigung wurde Anfang des Jahres grundlos auslaufen gelassen, obwohl sie als Promotionsstudentin an der Uni lehrte.
Zusätzlich wurde sie von einer Anwältin von Casa Amiga, der Organisation, die sie psychologisch und juristisch betreute, schikaniert. Diese gab im Grunde ihr die Schuld und sagte: „Niemand hat dich gezwungen, zu dieser Party zu gehen, noch hat man dich zum Trinken gezwungen." So kommt zum mangelnden Mitgefühl und Verständnis gegenüber Überlebenden sexualisierter Gewalt, die mit jeglichen Formen der Stigmatisierung und Abwertung konfrontiert werden, noch die Schuldzuweisung für die erlittene Gewalt.
Der Kampf der Dozentin um Gerechtigkeit wird auch einer gegen die Straflosigkeit sein. 71 Prozent der 3.348 Vergewaltigungen, die zwischen Januar 2010 und Juli 2019 in Ciudad Juárez angezeigt wurden, sind nach wie vor ungeklärt. Die jüngste landesweite Erhebung zur öffentlichen Sicherheit ergab, dass 99,7 Prozent der sexualisierten Übergriffe in Mexiko nicht gemeldet werden. Zu den entmutigenden Statistiken kommt die physische und emotionale Belastung im Rahmen des Gerichtsverfahrens hinzu, und nicht jede*r ist bereit oder in der Lage, damit umzugehen.

// Alejandra Aragón
// Übersetzung: Jana Flörchinger

Alejandra Aragón ist feministische visuelle Künstlerin, die in ihrer Arbeit Verschränkungen von Gewalt, Geschlecht und Territorium untersucht.

GEWALT UND GESETZ

BEGINN EINER DOKUMENTATION GESCHLECHTSSPEZIFISCHER RECHTSPRECHUNG IN 19 LÄNDERN

Als feministische Bewegung, die global denkt und lokal agiert, lernen wir auch von den feministischen Erfahrungen und Kämpfen jenseits unserer eigenen Kontexte. Um Gerechtigkeit für Verbrechen gegen Frauen und Queers einzufordern, kommen wir nicht umhin, auch die Gesetzeslage in den Blick zu nehmen. So unterschiedlich die Gesetze zu sexualisierter Gewalt, Gewaltschutz und Feminiziden auch sind, findet man in lateinamerikanischen Länder oft progressive Gesetzgebungen. In Deutschland zeichnet sich zunehmend eine Debatte über Feminizide ab, die auch auf juristischer Ebene geführt wird. Mit der folgenden Übersicht wollen wir einen Beitrag dazu leisten, feministische Perspektiven auf Feminizide zu stärken.

Im Folgenden findet ihr eine Einführung zu Gesetzen, Urteilen und Statistiken, die den juristischen Umgang mit sexualisierter Gewalt, insbesondere Feminiziden, in lateinamerikanischen Ländern dokumentiert. Diese Übersicht kann nicht komplett sein, gibt aber die nötigen Anhaltspunkte zu involvierten Institutionen und Organisationen, um weiter zu recherchieren. Die schlechte Informationslage und unvollständigen Daten legen offen, dass oft keine systematischen Erhebungen hinsichtlich sexualisierter Gewalt existieren und bislang kein offizielles Interesse daran besteht, dies zu ändern.

Häufig ist es die mühsame Arbeit feministischer Kollektive, durch die überhaupt Statistiken öffentlich werden, auch wenn die reellen Zahlen vermutlich noch weit höher liegen. Dafür werden häufig Meldungen und Presseberichte systematisch ausgewertet. Welche Opfer es jedoch überhaupt in die Medien „schaffen“, hängt allzu oft von rassistischen und klassistischen Kriterien wie Wohnort, Familienstand, Beruf oder Hautfarbe ab.

Die Dokumentation von Gewaltverbrechen ist zu einer politischen Praxis geworden. Wenn die Gewalt derart in den Alltag eindringt und kaum Hoffnung auf Gerechtigkeit besteht, wie es die Artikel in diesem Dossier eindrücklich darlegen, wird die Dokumentation zu einem politischen Instrument, das das Ausmaß der Gewalt sichtbar macht.

Die Gesetze einiger Länder Lateinamerikas lassen (mittlerweile) die Kategorie „Gender“ oder „Genderzugehörigkeit“ als spezifisches Tatmotiv für Mord zu. Dies lässt ein Bewusstsein für die Systematik des Verbrechens erkennen, die sich nicht nur gegen Frauen, sondern auch gegen Queers richtet. Im Falle Kolumbiens und Chiles wird hierbei von binären und biologistischen Auffassungen Abstand genommen, oft bildet jedoch der Umgang mit sexualisierter Gewalt jenseits binärer Geschlechterkategorien noch eine große Leerstelle.

Fast immer veränderten sich die Gesetzgebungen auf Druck der Bewegung. Auch wenn die Interamerikanische Konvention über Prävention, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen 1994 im brasilianischen Belém do Pará von allen lateinamerikanischen und karibischen Staaten unterzeichnet wurde, sind die zentralen Errungenschaften auf feministische Kämpfe zurückzuführen. Meist muss erst eine besonders brutale Mordserie die nötige mediale Öffentlichkeit erzeugen, um ein Handlungsfenster zu öffnen. Nur so können Forderungen, die seit Jahren gestellt werden, für einen kurzen Moment die notwendigen politischen Mehrheiten erhalten, um zu Gesetzen zu werden. Was aber nützen Gesetze, wenn sie nicht angewendet werden?

In der folgenden Übersicht ist zu erkennen, dass die übergreifende Kritik an der Gesetzeslage die mangelnde Umsetzung ist. Denn Feminizide bleiben in den allermeisten Fällen straffrei. Dies verdeutlicht, dass Gerechtigkeit nicht von oben kommt, sondern auch von unten erkämpft werden muss. Die juristische Verankerung ermöglicht es jedoch, einen Bezugspunkt zu schaffen, um Maßnahmen gegen femizidale Gewalt auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fordern. Ein gutes Gesetz gegen Feminizide kann dabei nur wenig ausrichten, wenn die so notwendige Sensibilisierung der Behörden und Entscheidungsträger*innen ausbleibt und patriarchale und misogyne Strukturen weiter die gesamte Gesellschaft und ihre Institutionen durchziehen. Forderungen richten sich daher nicht nur an den Staat, sondern auch an die Gesellschaft.

Illustration: Pilar Emitxin, @emitxin

▲ **Feministische Awareness** Nicht die Polizei, sondern meine Freund*innen beschützen mich

ARGENTINIEN

Im Jahr 2012 wurde der Femizid in Argentinien als erschwerender Straftatbestand zum Mord eingeführt, der die Haftstrafe auf lebenslänglich erhöht. Vor dem Gesetzesprojekt hatten einige gravierende Fälle Schlagzeilen gemacht. So auch der Mord an Wanda Taddei, die 2010 von ihrem Ehemann, dem damaligen Schlagzeuger der bekannten Band Callejeros, verbrannt wurde. In einem ersten Urteil wurde ihm wegen des Umstands der sogenannten *emoción violenta* („aufbrausendes Gemüt") Strafmilderung zuteil, die aber in einem zweiten Verfahren aufgehoben wurde.

Unter anderem die Möglichkeit einer solchen Strafmilderung wurde nach der Gesetzesänderung von 2012 in Zusammenhang mit Femiziden gestrichen. Dennoch wurden die Täter in den ersten drei Jahren des Gesetzes nur in 6,3 Prozent der Fälle verurteilt. Schon zuvor hatte es Kritik an der mangelhaften Umsetzung des Gesetzes 26.485 zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen aus dem Jahr 2009 gegeben: So fehlten Gelder und Frauenhäuser, die Abstimmung der verantwortlichen Behörden zur Einhaltung der Schutzmaßnahmen für Betroffene sexualisierter Gewalt funktionierte nur unzureichend.

Da es bis dato keine öffentlichen Statistiken zu Fallzahlen von Femiziden gab, wurden diese ab 2008 von nichtstaatlichen Organisationen wie La Casa del Encuentro erhoben. Angesichts der anhaltenden Gewalt gegen Frauen entstand die feministische Bewegung Ni Una Menos und organisierte am 3. Juni 2015 die ersten Massendemonstrationen in verschiedenen Städten. Seitdem haben sich auf der ganzen Welt Ableger der Bewegung gebildet. In Argentinien erreichten die Proteste unter anderem, dass der Oberste Gerichtshof öffentliche Statistiken zu Fallzahlen von Femiziden anlegt. Für das Jahr 2019 zählte dieser 327 Fälle – fast alle 27 Stunden wurde eine Frau aufgrund ihres Geschlechts ermordet. Es wird angenommen, dass die tatsächliche Zahl noch höher liegt, da nicht alle Femizide rechtlich auch als solche klassifiziert werden.

Nachdem im Jahr 2016 drei Männer die 16-Jährige Lucía Pérez zu Tode vergewaltigten, wurde zum ersten Mal zu einem landesweiten Frauenstreik aufgerufen, der sich nun als Instrument des

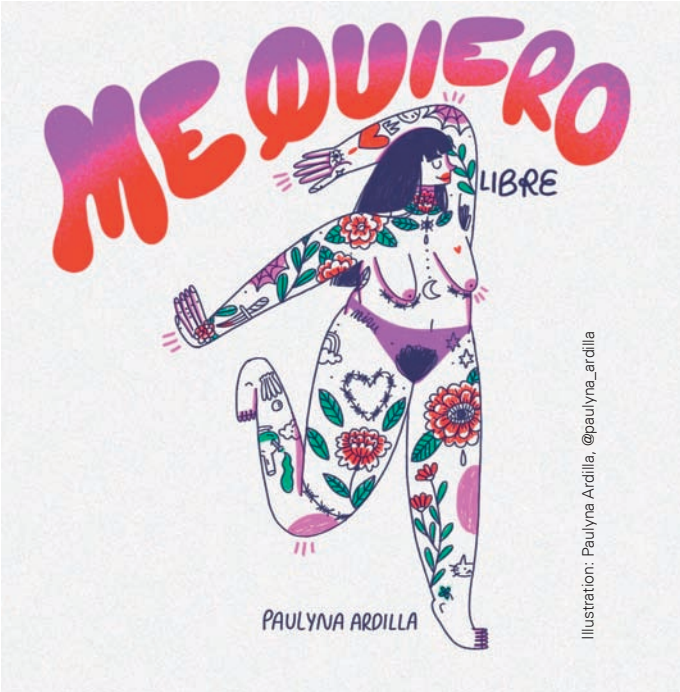

Illustration: Paulyna Ardilla, @paulyna_ardilla

feministischen Widerstands etabliert hat. Dass die Angeklagten im Fall Lucía in einem Urteil von 2018 voller stereotyper machistischer Vorurteile von der Anklage des Femizids freigesprochen wurden, hat die patriarchalen Strukturen des Justizsystems einmal mehr offenbart. Die mediale Empörung auf das Urteil führte auch zur ausstehenden Verabschiedung des Gesetzes Micaela, das verpflichtende Schulungen für Staatsangestellte auf allen Ebenen vorsieht, um diese in Sachen Gender und geschlechtsspezifischer Gewalt zu sensibilisieren. Der Freispruch im Fall Lucía wurde auf den Druck der Bewegung im August 2020 revidiert, der Fall wird nun neu aufgerollt.

// Ulrike Geier

BOLIVIEN

Seit 2013, als Feminizid als juristisches Werkzeug in Bolivien eingeführt wurde, wurden 678 Frauenmorde offiziell registriert – es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die wahre Zahl weitaus höher liegt. Im Jahr 2019 gab es 117 Feminizide, 2018 waren es 128. Das Land steht damit im lateinamerikanischen Vergleich an fünfter Stelle.

Das Gesetz Nr. 348 aus dem Jahr 2013 definiert unter dem Titel Integrales Gesetz, um Frauen ein Leben ohne Gewalt zu garantieren, 16 verschiedene Formen von Gewalt an Frauen, darunter auch erstmals explizit Feminizid mit einer Höchststrafe von 30 Jahren Gefängnis. Das Gesetz wurde als Meilenstein gefeiert. Es ist dem unermüdlichen Bemühen der bolivianischen Feminist*innen zu verdanken, dass das Gesetz nach sechsjähriger Debatte verabschiedet wurde und dass Gewalt an Frauen als solche definiert wird. Sowohl auf landesweiter als auch städtischer Ebene wurden spezifische Instanzen geschaffen, die im Kampf gegen die Gewalt an Frauen sowohl Prävention als auch Betreuung für Gewaltopfer bieten sollen.

Der Zugang zum Justizsystem ist jedoch sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum sehr schwierig. Von den 113.269 Strafanzeigen wegen Gewalt an Frauen, bei denen das Gesetz Nr. 348 zur Anwendung kam, und die in den Jahren 2015 bis 2018 registriert wurden, führten lediglich 1.284, also 1,13 Prozent zu einer Verurteilung des Straftäters. Die Straflosigkeit von mehr als 98 Prozent der Straftaten ist erschreckend.

Die Gesetzeslage ist zwar im internationalen Vergleich vorbildlich, ihre Umsetzung ist jedoch sehr kritikwürdig. Zahlreiche Studien belegen die Mängel sowohl auf individueller als auch systematischer Ebene. Die Interpretation der Fälle hängt von der persönlichen Einschätzung der Richter*innen, politischen und finanziellen Einflüssen, Sensibilisierung hinsichtlich der Problematik und vielen weiteren Faktoren ab.

Angesichts eines weit verbreiteten Misstrauens und der Korruption im Justizsystem ist die Orientierung und Unterstützung von Frau zu Frau ein wirksames Mittel, um aus einem gewalttätigen Umfeld auszubrechen. Eine wirksame Strategie des Widerstands ist der medienwirksame Einfluss feministischer Gruppen und Netzwerke, die vor allem das patriarchale Justizsystem anprangern, welches den Opfern den Zugang zu Gerechtigkeit systematisch verweigert. Frauenmorde sind lediglich die Spitze des Eisberges – die machistische Kultur und das patriarchale System durchdringen die bolivianische Gesellschaft bis in die Wurzeln. Dekolonisierung und Abschaffung des Patriarchats sind große Schlagwörter sowohl unter den feministischen Organisationen als auch in der politischen Debatte. Die Übergangsregierung erklärte 2020 als Jahr des Kampfes gegen die Gewalt an Frauen und Kindern, doch fehlt es von Seiten der Politik – egal welcher Partei, auch der nun wiedergewählten Bewegung

zum Sozialismus (MAS) – an Substanz und echtem Kompromiss, um die feministische Agenda in die Tat umzusetzen.

// Sandra Wechner

BRASILIEN

In der durch ein extrem ungleiches Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen geprägten brasilianischen Gesellschaft wurde die Unterdrückung von Frauen lange Zeit unsichtbar gemacht, naturalisiert und gesellschaftlich toleriert. Durchschnittlich wird in Brasilien alle sieben Stunden eine Frau Opfer eines Feminizids. Im internationalen Vergleich ist Brasilien somit weltweit eines der Länder mit der höchsten Feminizidrate und das Land mit den meisten Morden an trans Personen.

Am 9. März 2015 wurde in Brasilien das Gesetz Nr. 13.104 ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Es bestimmt die Merkmale, die ein Tötungsdelikt zum Feminizid machen, wie folgt: häusliche und innerfamiliäre Gewalt, Verachtung oder Diskriminierung der Frau. Es stuft den Feminizid als eine niederträchtige Tat ein, was wiederum eine Erhöhung der Strafe zur Folge hat. Eine ebenfalls wichtige Folge des Gesetzes ist, dass durch die Typisierung von Feminiziden in der Gesetzgebung allgemein eine größere gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf diese Art von Verbrechen gelenkt wird. Außerdem wird ein genaueres Verständnis seiner Dimension geschaffen, um eine Verbesserung der Politik zur Eindämmung von Gewalt gegen Frauen zu erreichen.

In Brasilien kommt es häufig zu Feminiziden, bei denen die Opfer von ihren Partnern oder Ex-Partnern im eigenen Zuhause ermordet werden. Diese Straftaten werden in der Gesellschaft, der Presse und sogar in der Justiz oft als isolierte Handlungen dargestellt, welche in unkontrollierten, intensiv emotionalen Momenten erfolgen würden. Zur Beschreibung der Morde finden sich in den Medien immer wieder Adjektive wie „eifersüchtig“, „unkontrolliert“ oder sogar „leidenschaftlich“, welche Feminizide als „Mord aus Liebe“ charakterisieren sollen. Die Typisierung solcher Verbrechen als Feminizid ist daher von großer Bedeutung. Denn auch häusliche und familiäre Gewalt ist kein privates, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das in dem strukturellen Machismo wurzelt, der tief in der brasilianischen Gesellschaft verankert ist.

Das 2006 in Brasilien erlassene Gesetz Maria da Penha (Nr. 11.340) soll Frauen genau vor dieser Art von Gewalt schützen, indem es unter anderem Kontakt- und Zutrittsverbote für Gewalttäter und verschiedene Formen der Unterstützung fördert. Dazu gehören auch auf häusliche Gewalt spezialisierte Polizeiwachen und Gerichte sowie die Einrichtung von Frauenhäusern. Das Gesetz wurde nach Maria da Penha benannt, einer Frau, die selbst sechs Jahre lang von ihrem Ehemann brutal misshandelt wurde, der zwei Mordversuche an ihr verübte, die sie querschnittsgelähmt zurückließen. Der Prozess wurde von der brasilianischen Justiz 18 Jahre lang verschleppt. Doch Maria da Penha setzte sich beharrlich für ihre Rechte ein: Nach einem langen zähen Kampf konnte sie letztendlich erreichen, dass ihr Ex-Mann zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde.

// Luisa Bona

CHILE

Bis Anfang Oktober hat es im Jahr 2020 nach Angaben des Ministeriums für Frauen und Gleichstellung der Geschlechter in Chile 29 Feminizide und 102 versuchte Feminizide gegeben. Das Ministerium gibt jedes Jahr eine Liste mit Namen der Opfer von Feminiziden heraus, im vergangenen Jahr 46 Fälle. Diesen Angaben gegenüber stehen die Statistiken des chilenischen Netzwerkes gegen Gewalt an Frauen, die für den gleichen Zeitraum 2020 schon 38 Feminizide im Land zählen, im vergangenen Jahr 63. Die seit 30 Jahren aktive Organisation dokumentiert jeden Fall detailliert und betont die politisch-strukturelle Dimension von Feminiziden sowie die Verstrickung von sexualisierter und rassistischer Gewalt in Chile. Das Netzwerk zählt neben Feminiziden auch Fälle von sogenannten *suicidios femicidas*, also Suizide von Frauen, nachdem sie Gewalt erfahren haben. Transfeminizide werden an keiner dieser Stellen dokumentiert.

Der Tatbestand Femizid ist im chilenischen Recht seit 2010 mit dem Gesetz 20.480 als Mord an Frauen durch den Ehemann oder Partner etabliert. Zehn Jahre lang kritisierten feministische Bewegungen, dass dies andere Gewaltkontexte als den familiären völlig ausblenden würde. Im März dieses Jahres fand dann mit dem Gesetz Gabriela eine Erweiterung statt: Seitdem beschreibt der Tatbestand Femizid alle Tötungsdelikte an Frauen, die aus Hass-, Verachtungs- oder Missbrauchsmotiven in Bezug auf das Geschlecht geschehen. Hierfür können Gefäng-

Illustration: Producciones y Milagros, @produccionesymilagros

◀ **Schluss mit der Diskriminierung!** Für ein Leben ohne Lesbophobie

nisstrafen von 15 Jahren und einem Tag bis lebenslänglich verhängt werden. So fortschrittlich die Rechtslage sich auch gestaltet: In weiten Teilen der chilenischen Gesellschaft wird Gewalt an Frauen noch immer nicht klar verurteilt. Dazu zählt auch Präsident Sebastián Piñera: Als er das neue Gesetz vorstellte, betonte er ausdrücklich, dass es bei sexualisierter Gewalt nicht immer nur um den Willen von Männern ginge, sondern auch am Willen der Frauen, missbraucht zu werden. Organisationen wie das Netzwerk gegen Gewalt an Frauen betonen daher, dass neben der entsprechenden Gesetzgebung auch in Sachen Aufklärungs- und Präventionsarbeit Fortschritte nötig seien. Denn die Zahl der Feminizide bleibt auch mit den neuen Gesetzen konstant.

Ein Fall, der die mangelnde Durchsetzung der bestehenden Gesetze offenbart, ist der von Ámbar Cornejo. Im August 2020 wurde die 16-Jährige von ihrem Stiefvater ermordet. Der Täter war erst 2016 aus dem Gefängnis freigekommen, wo er nach elf von 27 Haftjahren für den Feminizid an seiner damaligen Partnerin und deren Sohn frühzeitig entlassen worden war. Gegen ihn galt außerdem eine einstweilige Verfügung, sich von Ámbar fernzuhalten. Nach deren Tod sitzt er nun erneut in Untersuchungshaft. Auch seine Partnerin, Ámbar Cornejos Mutter, wurde Anfang Oktober in Untersuchungshaft genommen und wird beschuldigt, an der Tat beteiligt gewesen zu sein.

Die feministische Bewegung im Land gilt als stark und wachsend. Und sie hat mit den breiten gesellschaftlichen Protesten seit November 2019 neuen Aufwind erhalten. So brachte der Internationale Frauentag im März 2020 zwei Millionen Frauen und Queers auf die Straßen der Hauptstadt Santiago. Zu den wichtigsten feministischen Gruppen gehört die Coordinadora 8M mit ihren landesweiten und re-

gionalen Gruppen. Dazu kommen unzählige feministische *asambleas* (Nachbarschaftsversammlungen) im ganzen Land. Gegen Gewalt an Frauen engagieren sich unter anderem der Verein feministischer Anwältinnen (ABOFEM) und das chilenische Netzwerk gegen Gewalt an Frauen. Einen symbolischen Erfolg konnte die feministische Bewegung im Oktober verbuchen: Der Senat verabschiedete einstimmig ein Gesetz, nach dem der 19. Dezember in Zukunft landesweiter Gedenktag gegen Femizide wird.

// Susanne Brust

COSTA RICA

Von Januar bis Oktober 2020 sind in Costa Rica 53 Frauen ermordet worden, elf davon zählen offiziell als Femizide und sechs als Morde. In 38 Fällen ist der Status bisher noch ungeklärt. Elf Frauen wurden allein im Juli getötet, der damit kritischste Monat der diesjährigen Bilanz. In Costa Rica ist laut Artikel 21 des Gesetzes zur Bestrafung von Gewalt an Frauen (Nr. 8589) ein Mord an einer Frau nur dann ein Femizid, wenn Täter und Opfer verheiratet sind oder eine eingetragene Lebensgemeinschaft bilden. Die Beobachtungsstelle für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen dokumentiert seit 2007 auch Fälle des „erweiterten Femizids", hierzu zählen auch Tötungsdelikte an Frauen, bei denen es keine romantische Beziehung oder Ehe zwischen Opfer und Täter gab. Im vergangenen Jahr wurden sieben solcher Fälle registriert. In Costa Rica gibt es keine gesonderte Statistik über Transfemizide.

Feministische Gruppen fordern die strikte Durchsetzung des Strafgesetzes und die schnelle Aufklärung der Fälle. Sie beklagen, dass Urteile oft aufgrund fadenscheiniger Begründungen milder ausfallen oder zurückgenommen werden.

Diese Forderungen und die Wut über die Brutalität der Fälle sexualisierter Gewalt werden vor allem auf Demonstrationen zum Ausdruck gebracht. So auch im Fall der 18-Jährigen Allison Bonilla, die im März 2020 verschwand. Sie war von einem Nachbarn sexuell missbraucht und ermordet worden. Der Täter bekannte sich im September schuldig. Daraufhin gingen tausende Frauen und Unterstützer*innen auf die Straße. Der vermeintliche Täter zog wenige Tage später seine Aussage zurück und behauptet seitdem, er sei unschuldig. Ende September wurden die menschlichen Überreste Allison Bonillas gefunden, der Fall ist bisher noch nicht abgeschlossen.

Trotz Ausgangssperren gibt es auch während der Covid-19-Pandemie virtuelle und physische Demonstrationen von feministischen Organisationen. Gruppen wie Ni Una Menos Costa Rica oder Transvida haben Hilfe-Hotlines eingerichtet, die sie rund um die Uhr betreuen und bei denen betroffene Frauen Gewalttaten anzeigen können.

// Jule Gießler

DEUTSCHLAND

In Deutschland werden Feminizide noch nicht staatlich anerkannt. Bisher vermied es die Bundesregierung in Antworten auf zwei kleine Anfragen der Parteifraktion DIE LINKE, die Tötung von Frauen als strukturelles Problem einzuordnen und als Feminizide zu benennen. Gleichzeitig hat Deutschland den größten finanziellen Anteil an der Spotlight Initiative, einer Kooperation zwischen EU und Vereinten Nationen (UN) zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Afrika, Asien, der Karibik, Lateinamerika und der Pazifik-Region. Für den lateinamerikanischen Raum wird der Schwerpunkt auf die Beendigung von Femiziden gelegt. Wegen fehlender Daten fordert die UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen Dubravka Šimonovic die Etablierung eines „Femicide Watch" in allen Ländern, der Statistiken zu geschlechtsspezifischen Tötungen und ihrer juristische Verfolgung erfassen und analysieren soll.

Im Unterschied zu 25 anderen Ländern ist Deutschland dieser Forderung bisher nicht gefolgt. Zwar wurden internationale Konventionen ratifiziert und in nationales Recht umgewandelt, es herrscht jedoch noch großer Nachholbedarf. So bemängelt die CEDAW-Allianz, ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen, die Unterfinanzierung von Hilfsangeboten, den Mangel effektiver Schutzmaßnahmen und, dass der Zugang zu Beratungsstellen etwa für Migrant*innen und geflüchtete Frauen oft nicht gewährleistet sei. Eine auf Grundlage der Istanbul-Konvention umzusetzende Monitoring-Stelle gegen Gewalt an Frauen befindet sich erst seit Januar 2020 im Aufbau.

Juristisch werden Feminizide nicht gesondert betrachtet, sondern als Mord, Totschlag oder gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge erfasst. Lena Foljanty und Ulrike Lembke analysierten in einer Studie von 2014 dabei einen rassistischen Bias in der

// Anzeige

#keinemehr – Femizide in Deutschland
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung legt in Zusammenarbeit mit der Initiative #keinemehr die erste Publikation zu Femiziden in Deutschland vor. Die Broschüre gibt eine Einführung ins Thema, will Bewusstsein für die Situation in Deutschland schaffen, auf die Arbeit politischer Initiativen hinweisen und konkrete Praxisbeispiele geben. // Verfügbar unter: rosalux.de/publikation/id/43257

Rechtsprechung: Von Mehrheitsdeutschen begangene Taten wurden meist als Partnerschaftsverbrechen und Totschlag verurteilt, die von Nichtmehrheitsdeutschen mehrheitlich als Mord („Ehrenmorde").
Aussagekräftige Statistiken fehlen bislang. Seit 2011 erfasst die Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts die Beziehung zwischen Opfern und Täter*innen. Seit 2015 veröffentlicht die Stelle jährlich eine kriminalstatistische Auswertung zu Gewaltdelikten in Partnerschaften. 2018 gab es demnach 324 Fälle versuchter oder vollendeter Tötung an Frauen, 122 Frauen wurden von (Ex-)Partnern getötet - eine weitere Analyse bleibt aber aus.
Aktivist*innen kritisieren, dass Morde außerhalb von (Ex-)Partnerschaften in der Statistik außen vor bleiben. Zudem werden ermordete trans Frauen, die keine Personenstandsänderung vorgenommen haben, in der Statistik als männlich erfasst. Aktivistische Gruppen wie Feminicide Map, der Arbeitskreis Feministische Geographie oder das #KeineMehr-Dokumentationsprojekt haben deshalb angefangen, auf Grundlage von Presseberichten selbstständig Statistiken anzufertigen. Dort werden Feminizide vor allem dann skandalisiert, wenn rassistische Ressentiments bedient werden, etwa bei sogenannten Ehrenmorden. Privatisierende Begriffe wie „Beziehungsdrama“ oder „Familientragödie“ verschleiern häufig die strukturelle Dimension von Feminiziden.
Erst seit wenigen Jahren findet eine größere öffentliche Sensibilisierung für die strukturellen Ursachen von Feminiziden statt. Gruppen wie die 2017 gegründete Initiative #Keine Mehr mobilisieren gegen Feminizide und rücken das Thema auch in Deutschland in den Fokus.

// Irene & Marthe Sommer

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

„Das größte Risiko für eine Frau, ermordet zu werden, ist die bloße Tatsache, eine zu sein." Diese Aussage der dominikanischen Feministin Susi Pola spiegelt die erschreckende Realität von Gewalt an Frauen und Femiziden in Lateinamerika wider. Nach El Salvador (6,8 jährliche Femizide pro 100.000 Einwohner*innen) und Honduras (5,1) weist die Dominikanische Republik (1,9) eine der höchsten Gewaltraten an Frauen in Lateinamerika auf. Zwischen 2000 und 2006 wurden 1.068 Frauen getötet. Zwischen 2017 und Oktober 2019 waren es bereits 484. Laut Amnesty International nahm die Gewalt gegenüber Frauen in der Dominikanischen Republik allein in der zweiten Hälfte des Jahres 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 21 Prozent zu. Knapp ein Drittel der Frauen sind zwischen 20 und 29 Jahre alt.
Die hohen Ziffern verdeutlichen, dass die dominikanische Regierung den Frauen nicht genügend Schutz vor Gewalt bietet, obwohl es Gesetze wie etwa das Gesetz Nr. 24-97 aus dem Jahr 1997 gibt, das Gewalt an Frauen bestrafen sollte. Auch hat die Dominikanische Republik das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) im Jahr 1982 unterzeichnet und ratifiziert.
Nach Angaben von UN Women gab es 2019 bereits in 144 Ländern Aktionspläne, die sich für eine Reduzierung geschlechtsspezifischer Gewalt einsetzen. Auch die Dominikanische Republik hat vor

Illustration: Magda Castría, @magdacastria

Mutig kämpfen ►
Sie haben uns so viel weggenommen, dass sie uns auch unsere Angst genommen haben

Jahren solch einen Aktionsplan implementiert. Es bleibt festzuhalten, dass Friedenspädagogik und toxische Männlichkeitskonzepte kaum bis gar kein Bestandteil der Gegenmaßnahmen sind, was nach theoretischen Ansätzen jedoch eine gute Möglichkeit wäre, um die bestehende Problematik rund um geschlechtsspezifische Gewalt und einem gesellschaftlichen Wandel zu thematisieren. Im Aktionsplan „Planeg III: Landesweiter Plan für Geschlechtergleichheit und -gleichberechtigung" (2019-2030) herrscht Einigkeit darüber, dass die dominikanische Regierung trotz einer hohen Anzahl von Initiativen, die sich für die Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt einsetzen, versagt hat.

In der Hauptstadt Santo Domingo demonstrieren seit Jahren zahlreiche Menschen am 25. November, dem internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, für ein Ende geschlechtsspezifischer Gewalt. An diesem Tag wird an die Schwestern Mirabal zurückerinnert, die am 25. November 1960 im Auftrag des damaligen Diktators Rafael Trujillo Molina durch den militärischen Geheimdienst ermordet wurden. Der Fall wurde so bekannt, dass die Vereinten Nationen 1999 nach einem Treffen mit lateinamerikanischen Feminist*innen den 25. November offiziell als internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen einführten. Neben immer öfter stattfindenden Demonstrationen im Land sind einige dominikanische Feminist*innen Teil der Ni Una Menos-Bewegung, die sich gegen Femizide einsetzt.

// Laura Guntrum

ECUADOR

Daten der ökumenischen Kommission für Menschenrechte (CEDHU) zufolge wurden in Ecuador zwischen dem ersten Januar und dem 18. November 2019 95 Feminizide begannen. Dies entspricht einem Feminizid alle 70 Stunden. In drei der 95 Fälle hatten die Frauen schon eine sogenannte *boleta de auxilio* bei den Behörden beantragt. Diese Notfallkarte soll es Betroffenen häuslicher Gewalt erleichtern, in Notsituationen polizeiliche Hilfe zu erhalten.

Einem Bericht der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen von 2019 zufolge hat Ecuador in Bezug auf die Gesetzeslage in den letzten Jahren deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Im Strafge-

setzbuch wird Gewalt gegen Frauen und andere Mitglieder der Familie je nach Schwere kriminalisiert. Neben dem Feminizid als maximalem Ausdruck von Gewalt gegen Frauen sind dort auch andere Formen von Gewalt einschließlich physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt festgehalten. Als direkte Kritik an diesem Gesetz nennt die UN-Sonderberichterstatterin Dubravka Šimonović die Definition des Begriffs der Vergewaltigung, der nur auf der Anwendung von Gewalt beruht, nicht auf dem Fehlen von Konsens. Des Weiteren solle die Verjährungsfrist für die Anzeige von Vergewaltigungen verlängert werden, um die effiziente Einleitung von Strafverfahren zu ermöglichen, nachdem das Opfer volljährig geworden ist.
Weitere Kritikpunkte an der Gesetzeslage sind die Kriminalisierung von Abtreibung und die unzureichende Bereitstellung finanzieller Ressourcen zur Umsetzung der bestehenden Gesetze.
Anfang 2019 kam es in mehreren ecuadorianischen Städten zu Massenprotesten gegen sexualisierte Gewalt, Feminizide und Rassismus. Anlass für die Proteste waren zwei Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt, die sich in derselben Woche ereignet hatten. Die 35-Jährige Martha wurde Opfer einer Massenvergewaltigung in einer Bar im Norden von Quito. Martha sagte später aus, dass sie von drei befreundeten Männern betäubt und gefoltert worden war. Die 24-jährige Schwangere Diana wurde von ihrem venezolanischen Partner erstochen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Verbrechens gab Präsident Lenín Moreno auf seinem Twitter-Account bekannt, dass er „Brigaden“ zur Kontrolle der Venezolaner in Ecuador angeordnet habe. Aktivist*innen verurteilten die rassistischen Äußerungen des Präsidenten, welche die Herkunft des Täters in den Vordergrund rückten, anstatt Gewalt gegen Frauen als solche anzuerkennen und den Opfern die Würdigung entgegenzubringen, die sie verdienen.

// Anika Pinz

EL SALVADOR

El Salvador ist das Land mit der höchsten Feminizidrate weltweit, obwohl es über eine umfassende Gesetzgebung für den Umgang mit sexualisierter Gewalt verfügt. Im Jahr 2012 trat das Sondergesetz für ein gewaltfreies Leben für Frauen (LEIV) in Kraft, das erstmals Feminizide und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt kriminalisierte. Allerdings ist dieses nicht im Strafgesetzbuch verankert. Theoretisch sollte diese Gesetzgebung dazu dienen, Gewalt gegen Frauen zu verhindern und zu bestrafen.
Dekret 520 des LEIV zielt darauf ab, das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben zu begründen, anzuerkennen und zu garantieren. Um ihr Recht auf Leben, körperliche und moralische Unversehrtheit zu schützen, verfügt die Generalstaatsanwaltschaft der Republik El Salvador (FGR) über sechs spezialisierte Betreuungseinheiten für Frauen, die Justiz hat sechs Sondergerichte und eine Kammer für ein Leben ohne Gewalt und Diskriminierung für Frauen. 2019 wurden offiziell 230 Feminizide in El Salvador gezählt, was im Verhältnis zu den 386 Frauenmorden, die 2018 registriert wurden, einem Rückgang von 40 Prozent entspricht. Bis Mitte August 2020 zählte die Beobachtungsstelle für Gewalt gegen Frauen (ORMUSA) 71 Feminizide. Somit wurden in den letzten acht Jahren mehr als 3.000 Frauen in El Salvador ermordet, weil sie Frauen waren. Doch bis Ende 2019 hat die Justiz nur 259 Verurteilungen wegen Feminizids ausgesprochen. Die geringe Zahl der Verurteilungen spricht nach Ansicht von Expert*innen für eine Leugnung des Phänomens seitens der Behörden. All das in einem Land, in dem machistische Strukturen an der Tagesordnung sind und in dem mehr als die Hälfte der Fälle ungestraft bleibt. Seit 2016 gab es einen allmählichen Rückgang der Feminizide, was jedoch nicht verhinderte, dass El Salvador laut der Beobachtungsstelle für Geschlechtergleichstellung (ECLAC) im Jahr 2019 zum gewalttätigsten Land für Frauen in Lateinamerika wurde. Trotz der Tatsache, dass das LEIV die Justizbehörden verpflichtet, Feminizide streng zu bestrafen, hat die Staatsanwaltschaft jedoch nur in einem Drittel der Fälle Verurteilungen erreicht. In den meisten Fällen stehen die Morde statistisch nicht in direktem Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt. El Salvador erhebt keine Statistik der Tötungsdelikte aufgrund des Geschlechts, der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung.

// Sonja Schmidt

GUATEMALA

Seit 2008 gibt es in Guatemala das Gesetz gegen Femizide und andere Formen der Gewalt gegen Frauen. Laut diesem Gesetz begeht einen Femizid, wer „im Rahmen des ungleichen Machtverhältnisses

Illustration: Mora Gala, @mora.gala

▲ **In Flammen** Sie wollten uns verbrennen, aber wir sind zu Feuer geworden

zwischen Männern und Frauen eine Frau ermordet". Als Anzeichen dafür gilt unter anderem, dass vorher erfolglos versucht wurde, eine Beziehung mit dem Opfer einzugehen oder eine „Verachtung des Körpers des Opfers zur Befriedigung sexueller Instinkte" als Motiv vorliegt. Anders als in vielen anderen Ländern schließt das guatemaltekische Gesetz auch Taten, die außerhalb von Beziehungen begangen werden, mit ein. Ein Femizid wird mit 25 bis 50 Jahren Gefängnis bestraft. Dass diese Strafe nicht reduziert werden kann, wurde 2018 vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft.

◀ **Selbstbewusst und selbstbestimmt**
In einer Welt, die uns zur Scham erzieht, ist der Stolz eine politische Antwort

Illustration: Pilar Emitxin, @emitxin

Das Gesetz sieht zudem die Einrichtung einer auf Gewalt gegen Frauen spezialisierte Staatsanwaltschaft, spezialisierte Rechtsprechungsorgane, Fortbildungsprogramme für Beamt*innen und Unterstützungsprogramme für Überlebende vor.
12 Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes ist die Straflosigkeit immer noch hoch und die geplanten behördlichen Strukturen nehmen nur langsam Form an. In einer aktuellen Recherche legt das guatemaltekische Onlinemedium *Agencia Ocote* dar, dass es oft an Zufällen und der Arbeit Angehöriger liegt, ob ein Mord als Femizid verhandelt wird und ob es überhaupt zu einer Verurteilung kommt. Seit 2016 gibt es zwar eine auf Femizide spezialisierte Staatsanwaltschaft, doch deckt diese nur zwei der 340 Gemeinden ab. In acht der 22 Verwaltungsbezirke gibt es spezialisierte juristische Einrichtungen. Viele Fälle werden, wenn sie denn überhaupt vor Gericht kommen, von nicht spezialisierten Staatsanwaltschaften bearbeitet.

Die offiziellen Statistiken zu Femiziden und Verurteilungen sind uneindeutig und kaum vergleichbar. Laut dem Nationalen Institut für Forensik (INACIF) kamen von 2008 bis 2019 8.468 Frauen gewaltsam zu Tode. Die feministische Organisation GGM, die seit 1988 gegen geschlechtsspezifische Gewalt kämpft, wertet diese Daten jährlich aus und identifiziert meist 50 Prozent der Fälle als Feminizide, 2018 ganze 338 von 661 Fällen. Das für Strafverfolgung zuständige Ministerio Público eröffnete seit 2008 3.314 als Femizid geführte Ermittlungen. Laut der Recherche von *Ocote* kam es dabei in 572 Fällen zu Verurteilungen wegen eines Femizids.
Für 2020 beklagen Aktivist*innen einen Anstieg Verschwundengelassener und der Gewalt vor allem gegen Mädchen und Jugendliche. Gleichzeitig sei es für viele Betroffene durch die Corona-Pandemie besonders schwer, Gewalt zur Anzeige zu bringen. Die Ermordung der jungen Frauen Litzy Cordón und Laura Hernández Ende September und Anfang Oktober löste landesweite große Betroffenheit und Wut aus. Am 10. und 11. Oktober protestierten in vielen Städten Hunderte für ein Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt und der Straflosigkeit.

// Irene Sommer

HONDURAS

Obwohl es in Honduras kein spezifisches Gesetz gibt, das sich umfassend mit geschlechtsspezifischer Gewalt befasst, hat das mittelamerikanische Land 2013 den Straftatbestand des Femizids in sein Strafregister aufgenommen. Er wurde in Artikel 118 A (Dekret 23/2013) als Sondergesetz integriert. Die Strafen wurden auf 30 bis 40 Jahre festgelegt, wobei diese durch die Reform des Strafgesetzbuches von 2018, die 2020 in Kraft getreten ist, auf 20 bis 30 Jahre reduziert wurden. Länder, die wie Honduras keine um-

fassenden Gesetze haben, stehen vor der Schwierigkeit, dass sie nur den Aspekt der Kriminalisierung berücksichtigen, aber keine Vorkehrungen zur Prävention, zum Schutz, zur Untersuchung und zur Wiedergutmachung für die Opfer treffen.
Im Zeitraum von 2012 bis 2019 gab es 4.427 Gewaltverbrechen an Frauen in Honduras. Davon wurden seit der Einführung des Straftatbestands vor sieben Jahren nur 15 Fälle zur Verurteilung als Femizide zugelassen. In den offiziellen Statistiken gab es 2019 insgesamt 319 Morde an Frauen. Im Durchschnitt wurde laut den Daten der Beobachtungsstelle für Gewalt der Nationalen Autonomen Universität Honduras 2020 alle 16 Stunden eine Frau ermordet. Die Fälle ereignen sich in einem Justizsystem, das in geschlechtsspezifischer Gewalt wenig ausgebildet ist und mit einer Gesetzgebung arbeitet, die die Strafdauer tendenziell verringert. Frauen, die es wagen, häusliche Gewalt anzuzeigen, werden nicht rechtzeitig betreut und sind nicht sicher vor Bedrohung und Diskriminierung.
In Honduras gibt es keine Gesetze, die die Menschenrechte der LGBTIQ*-Bevölkerung garantieren (s. *LN* 504 und Text auf Seite 27 in diesem Dossier). Gegenwärtig sind die einzigen juristischen Ressourcen, über die sie verfügen, Artikel 321 des Strafgesetzbuches und das Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Multiplikator*innen und Mitarbeiter*innen der Justiz, das nur diejenigen schützt, die als Menschenrechtsverteidiger*innen zertifiziert wurden.

// Sonja Schmidt

KOLUMBIEN

Kolumbien blickt auf eine vergleichsweise lange Geschichte der juristischen Verankerung von Feminiziden zurück. Das 2015 erlassene Gesetz Rosa Elvira Cely gilt als eines der progressivsten weltweit – wird de facto jedoch zu wenig angewendet.
Im Jahr 2008 wurde dem Artikel 104 des kolumbianischen Strafgesetzbuches, der strafverschärfende Umstände zum Tatbestand Mord behandelt, ein elfter Absatz hinzugefügt. 0Er sollte zur Geltung kommen, wenn der Mord an einer Frau begangen wurde, weil sie eine Frau ist. Einer der wenigen Fälle, bei denen dieser Absatz herangezogen wurde, landete 2015 prompt vor dem Obersten Gerichtshof: Ein Gericht in Medellín hatte den Absatz 11 und somit ein geschlechtsspezifisches Tötungsmotiv in einem Mordfall ausgeschlossen. Die Frau wurde von ihrem ehemaligen Partner erstochen, nachdem dieser sie in den Jahren zuvor mehrfach lebensgefährlich verletzt und mit Mord gedroht hatte. In dritter Instanz urteilte die Richterin des Obersten Gerichtshofs, dass der Ausschluss des Absatzes 11 ein Gesetzesbruch gewesen sei und die Entscheidung unter anderem ein Verstoß gegen die kolumbianische Verfassung. Daraufhin wurde im Juli desselben Jahres nach massivem Druck seitens und Mitarbeit feministischer Organisationen ein eigenständiges Gesetz für den Tatbestand Feminizid entwickelt: das Gesetz Rosa Elvira Cely, benannt nach einer Frau, die im Mai 2012 in Bogotá von einem Mitschüler vergewaltigt und gepfählt wurde. Der Artikel 104 A hält nun fest, dass „wer den Tod einer Frau aufgrund ihres Status als Frau oder aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität verursacht“ mit einer Gefängnisstrafe von 250 bis 500 Monaten bestraft werden soll. Trans Frauen werden somit explizit eingeschlossen, eine eigene juristische Kategorie für Transfeminizide existiert jedoch nicht.
In einem separaten Artikel 104 B werden zudem zahlreiche strafverschärfende Umstände aufgeführt. Wenn der Feminizid beispielsweise an einer Frau verübt wurde, die Vertreibung oder rassistischer, klassistischer oder homophober Diskriminierung ausgesetzt war, wird das Strafmaß auf bis zu 600 Monate Freiheitsentzug angesetzt, also maximal 50 Jahre. Es stellt somit das einzige Feminizid-Gesetz in dieser Übersicht dar, das explizit intersektionale Komponenten berücksichtigt.
Wie so oft scheitert es jedoch an der Umsetzung: Die fehlende spezielle juristische Bildung, der Mangel an begleitenden kriminalpolitischen Maßnahmen, zu wenige Ressourcen in der Staatsanwaltschaft und keine ganzheitliche Erfassung von Fallzahlen führen zu einer lediglich sporadischen Anwendung des Gesetzes und zu statistischem Chaos. Das Nationale Institut für Rechtsmedizin zählte im Jahr 2018 beispielsweise 960 ermordete Frauen, offiziell werden aber nur 73 Fälle als Feminizide geführt. Die tatsächlichen Fallzahlen erfassen bisher nur feministische Organisationen. Das Observatorio Feminicidios Colombia zählte 663 Feminzide im Jahr 2018, 571 im darauffolgenden 2019.

// Elena von Ohlen

KUBA

In Kuba leben Frauen auch nach der Revolution von 1959 weiter unter einer patriarchalen und männlich-chauvinistischen Regierung, ohne dass es einen grundlegenden positiven Wandel für sie gegeben hätte. Derzeit sind die sozialen Rollen zwischen Mann und Frau weder im Gleichgewicht noch gibt es Harmonie.

Es gibt in Kuba keine staatlichen Institutionen, die auf den Schutz von Frauen spezialisiert sind, die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt werden. Weder gelten Gesetze, die betroffene Frauen schützen noch wird Feminizid im Strafgesetzbuch als Tatbestand anerkannt oder von sonstigen Tötungsdelikten unterschieden. Am 20. Dezember 2019 legte die kubanische Nationalversammlung ein breit angelegtes Gesetzespaket von 107 Rechtsnormen vor, die bis 2028 umgesetzt werden sollen. Eine Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt in Kuba kommt darin nicht vor. Die kubanische Regierung hat trotz wiederholter Anfragen von Bürger*innen und obwohl sie in offiziellen Erklärungen die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zur Priorität erklärt hat, nicht angegeben, wie sie das Problem konkret angeht. Der Erlass eines möglichen Schutzgesetz wird also mindestens bis 2028 dauern, wenn die kubanische Nationalversammlung neue Rechtsnormen bestimmt.

Derzeit wird ungefähr alle 28 Tage eine Frau ermordet. Da viele Fälle nicht erfasst werden und die offizielle Presse über Feminizide Stillschweigen bewahrt, sind es möglicher Weise noch deutlich mehr.

Viele Aktivist*innen, Künstler*innen und unabhängige Journalist*innen erheben ihre Stimme, um die Befreiung der Frauen und ihre Rechte einzufordern, aber sie werden zum Schweigen gebracht, mit Geld- und oft auch mit Haftstrafen belegt. Eine feministische Bewegung in Kuba zu gründen oder zu stärken ist aufgrund der gesellschaftlichen Strukturen eine große Herausforderung.

Auch wenn noch keine grundlegende Verbesserung für die gesellschaftliche Stellung der Frauen erreicht wurde, so konnten Feminist*innen durch ihre Zusammenarbeit doch verborgene Tatsachen sichtbar machen, die viele Beobachter*innen überrascht haben. So sind die ländlichen Gebiete in den östlichen Provinzen am anfälligsten für Fälle von häuslicher Gewalt und Frauenmord. Aktuellster Fall: Maria de los Angeles Anzardo Ramos, 29 Jahre alt, wurde am Morgen des 28. September 2020, in Rio Cauto, Provinz Granma, von ihrem Partner ermordet.

// Ammi

// Übersetzung: Elisabeth Erdtmann

MEXIKO

In Mexiko gibt es das Allgemeine Gesetz für den Zugang von Frauen zu einem Gewaltfreien Leben. Es definiert neben physischer Gewalt auch psychische, ökonomische und sexualisierte Gewalt und klassifiziert Feminizide als die extremste Form von geschlechtsspezifischer Gewalt. Das mexikanische Bundesstrafgesetzbuch benennt in Artikel 325 verschiedene Kriterien dafür, ob ein Mord an einer Frau aufgrund ihres Geschlechts verübt wurde und damit als Feminizid strafrechtlich verfolgt wird. Feministische Organisationen kritisieren, dass auf Ebene der Bundesstaaten teilweise andere Kriterien und entsprechend unterschiedliche Rechtsprechungen gelten. Seit August dieses Jahres wird jedoch eine bundesweite Gesetzgebung mit einheitlichen Kriterien und einem Strafmaß von 40 bis 60 Jahren Haft diskutiert.

Das zentrale Problem ist die generelle Straflosigkeit und die fehlende Umsetzung der Gesetzesgrundlagen in Mexiko. Die Aufklärung von Feminiziden wird verschleppt, vertuscht oder die Fälle gar nicht erst als solche registriert. Es wird von sieben bis zehn Fällen täglich ausgegangen, die Zahlen variieren je nach Statistik. 2020 gab es von Januar bis Juli 2.240 getötete Frauen, darunter offiziell 566 Feminizide. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 gab es offiziellen Zahlen zufolge 1.012 Feminizide. Eine unabhängige Dokumentation von Feminiziden unter Berücksichtigung der aktuellen Pandemiesituation käme wahrscheinlich auf noch höhere Zahlen.

In der Regel bezieht die mexikanische Staatsanwaltschaft sexuelle Orientierung und Geschlecht nicht in ihre Ermittlungen ein. Laut der Nichtregierungsorganisation Letra S wurde 2019 jeden dritten Tag eine LGBTIQ-Person ermordet, wobei die tatsächliche Zahl sehr viel höher vermutet wird. Mehr als die Hälfte der Ermordeten waren trans Frauen. Nur in wenigen Fällen wurden Hassverbrechen als ein mögliches Tatmotiv benannt.

2015 erließ der Oberste Gerichtshof Mexikos das Urteil im Fall von Mariana Lima Buendía und schuf damit einen Präzedenzfall: Das Gericht verfügte,

Illustration: Agustina Di Mario, @aguslapiba

▲ **Das Patriarchat wird fallen!** Auf machistische Gewalt folgt feministischer Widerstand

dass alle gewaltsamen Todesfälle von Frauen aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive zu untersuchen seien. Anfang des Jahres forderte unterdessen der Generalstaatsanwalt von Mexiko-Stadt, den Straftatbestand des Feminizids aus dem Gesetzbuch zu streichen, da die Behörden damit überfordert seien, die geschlechtsspezifischen Merkmale einer Straftat nachzuweisen (siehe *Onda Info* 479). Landesweit kommt es immer wieder zu Protesten gegen Feminizide. Am 3. September 2020 besetzten Feminist*innen die Menschenrechts-kommission in Mexiko-Stadt, um auf die verheerende Situation aufmerksam zu machen (siehe *LN* 557).

// Sonja Schmidt, Sarah Weis & Jana Flörchinger

NICARAGUA

Zu Beginn der 1990er Jahre war der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen zentrales Thema der damaligen feministischen Bewegung, die im Laufe der Zeit nicht nur Aufmerksamkeit für das Thema generierte, sondern heute auch auf institutionelle Errungenschaften blicken kann. So wurden staatliche Kommissionen für Frauen und Kinder gegründet, Richter*innen für geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert und 2012 trat schließlich auf Druck der Zivilgesellschaft ein umfassendes Gesetz gegen Gewalt gegen Frauen, das Gesetz 779, in Kraft. Insgesamt ein vergleichsweises umfangreiches und progressives Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt. Das Gesetz 779 führt unter anderem Femizide als eigenen Straftatbestand, die mit bis zu 30

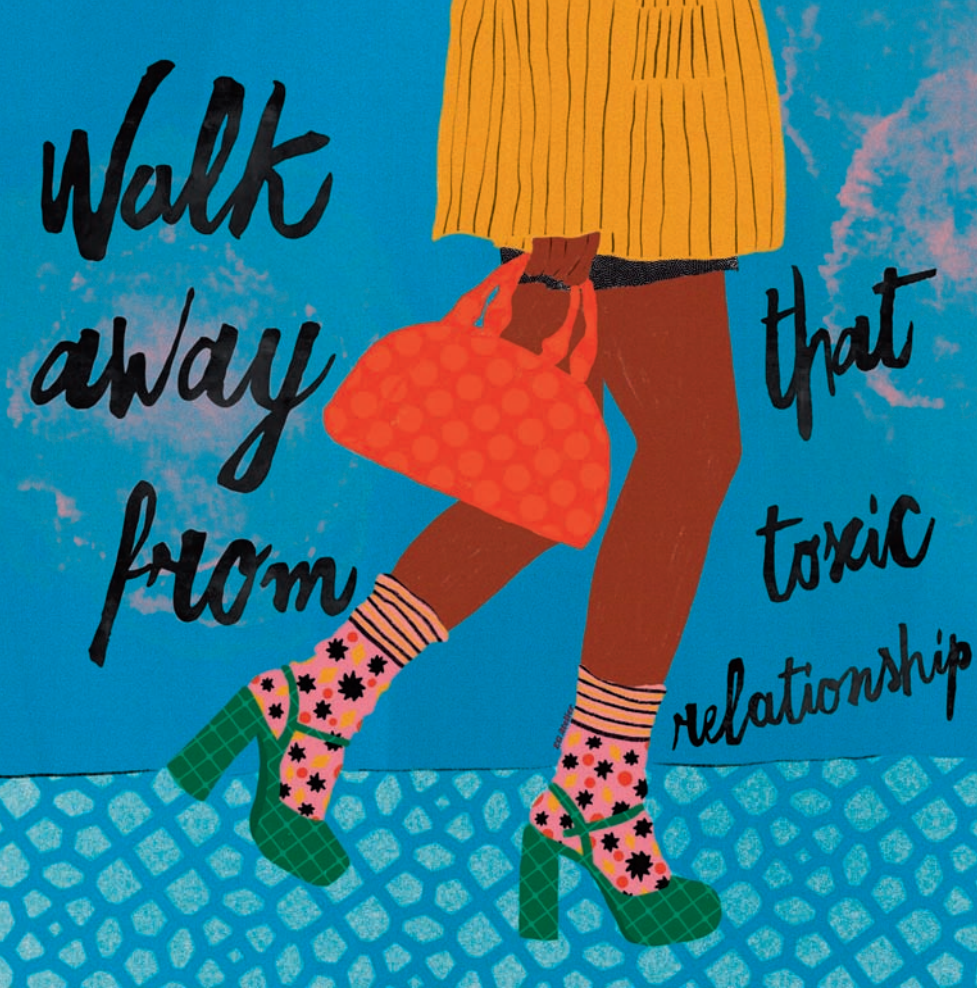

Illustration: Emmalynn González, @eg_atelier

◀ **Schluss damit**
Lass' diese toxische Beziehung hinter dir

Jahren Haft geahndet werden können. Darin war ein Femizid zunächst definiert als die Ermordung von Frauen im Kontext asymmetrischer Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen sowie die Verletzung der physischen, sexuellen, psychischen und patrimonialen Integrität von Frauen. Somit ist es juristisch möglich, im Falle einer Tötung von einer Frau, die Umstände der Tat und den Kontext der Beziehung von Opfer und Täter stärker einzubeziehen. Mit einer Gesetzesreform wurde die Definition von Femiziden 2014 geändert, in einen Mord an einer Frau durch ihren Ehemann oder Partner. Damit bezieht sich der Straftatbestand nur auf häusliche Gewalt, obwohl durchschnittlich bei etwa der Hälfte aller in Nicaragua registrierten Femizide kein persönliches Verhältnis zwischen Täter und Opfer vorliegt. 2019 wurden in Nicaragua offiziell 63 Femizide registriert.Viele der Fälle wurden bisher nicht aufgeklärt. Straflosigkeit ist wie in vielen anderen Ländern das zentrale Problem bei der Bekämpfung sexualisierter Gewalt.

Das Gesetz 779 ist auch heute noch gültig, wenngleich es aufgrund einiger einschneidender Reformen deutlich regressiver ist als noch vor einigen Jahren. Feminist*innen kritisieren, dass seit der Wiederwahl des aktuellen Präsidenten Daniel Ortega und seiner Ehefrau, der Vizeministerin Rosario Murillo, im Jahr 2006 Initiativen für Schutz und Selbstbestimmung von Frauen deutlich geschwächt wurden.

Denn bereits 2013 kam es zu einer Gesetzesreform, die im Falle sexualisierter Gewalt in privaten Beziehungen eine Mediation vorsieht, bei der Betroffene ihren Tätern gegenübertreten müssen. Frauenorganisationen geben an, dass Mediationen heute ein zentraler Grund sind, dass Frauen keine Anzeige erstatten, wenn sie sexualisierte Gewalt erleben. Mediationen waren zuvor explizit verboten, da solche Situationen nicht nur zu einer Reviktimisierung führen können, sondern die Ursachen von sexualisierter Gewalt verkennen. Denn eine Mediation suggeriert, dass es einen individuellen Konflikt zu

lösen gäbe, wohingegen sexualisierte Gewalt auf Machtstrukturen basiert, die nicht einfach durch Aussprachen zwischen Täter und betroffener Person überwunden werden können. Es scheint als diene das noch vor acht Jahren so fortschrittliche Gesetz weniger dem Schutz von Frauen vor Gewalt als der Stärkung der traditionellen Kleinfamilie, so die zentrale Kritik daran.

// Jana Flörchinger

PANAMA

Nach mehreren Anläufen im panamaischen Parlament wurde Feminizid im Jahr 2013 durch das Gesetz Nr. 82 als eigener Tatbestand eingeführt. Das Mindeststrafmaß liegt mit 25 bis 30 Jahren Haft höher als das für Mord.
Seitdem sind Feminizide laut offizieller Statistik auf landesweit etwa 20 bis 30 im Jahr zurückgegangen. Feministinnen beklagen eine höhere Dunkelziffer und dass Feminizide zuletzt grausamer geworden sind: In diesem Jahr wurde die 33-jährige schwangere Bellin Flores zusammen mit sechs Kindern von einer evangelikalen Sekte entführt und ermordet. In einem weiteren Fall wurde die 38-jährige Karen Velásquez von ihrem ehemaligen Partner in einem mit Benzin präparierten Auto angezündet.
Stehen die Täter später vor Gericht, kommt es mit der Staatsanwaltschaft oft zu Absprachen über das Strafmaß. Ein neuer Gesetzesentwurf versucht nun, dies zu verbieten.
Als weiteres Problem benennen feministische Organisationen, dass die meisten Opfer von Feminiziden Mütter sind und der Staat ihre traumatisierten Kinder weder systematisch erfasst, noch unterstützt. Mehrere staatliche Organisationen wie die Ombudsstelle (Defensoría del Pueblo) oder das 2008 gegründete nationale Fraueninstitut bieten betroffenen Frauen rechtliche, psychologische und soziale Hilfe an. Darüber hinaus verfügt das Gesetz von 2013, dass es in jeder Provinz ein staatliches Frauenhaus geben müsse, in der Hauptstadtprovinz sogar vier - tatsächlich wurden jedoch landesweit erst zwei eingerichtet. Auch weitere gesetzliche Bestimmungen, wie die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Sicherheitsmaßnahmen für bedrohte Frauen sowie eine Sensibilisierung für das Thema im Schulunterricht werden bisher nicht oder nur unzureichend umgesetzt. Feministische Aktivistinnen beklagen zudem eine chronische Unterfinanzierung von Institutionen und Programmen zum Schutz von Frauen.
Transfemizide werden in der offiziellen Statistik nicht gesondert aufgeführt. In der machistisch geprägten Gesellschaft Panamas fehlt es bislang nicht nur an einem Bewusstsein für Feminizide, sondern auch an Sensibilität gegenüber trans Personen. Das zeigte sich auch an der während der Covid-19-Pandemie verhängten monatelangen Ausgangssperre nach Geschlecht, die vielfach zu Diskriminierung führte.
Immer wieder gibt es feministische Protestaktionen in Panama, Demonstrationen mit hunderten Teilnehmer*innen finden regelmäßig statt. Bewegungen wie #NiUnaMenos haben dort auch ihre Ableger. In der neuesten Protestbewegung #LasOllasVacías („Die leeren Töpfe") protestieren Frauen symbolisch gegen ihre in der Pandemie noch verstärkte strukturelle Benachteiligung. Neben Aktionen zum 8. März fand in den letzten Jahren außerdem die Solidaritätskampagne Abrazo feminista für Frauenrechte oder die von der Künstlerin Elina Chauvet aus dem mexikanischen Ciudad Juárez übernommene Installation roter Schuhe auf öffentlichen Plätzen statt.

// Martin Schäfer

PERU

Laut dem peruanischen Ministerium für Frauen und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen wurden von Januar bis August 2020 85 Femizide registriert. In Peru wurde Femizid im Jahr 2011 dem Artikel 107 des Strafgesetzbuchs hinzugefügt, jedoch erst im Jahr 2013 mit dem Gesetz Nr. 30068 als eigener Straftatbestand eingeführt. Im Kontext häuslicher Gewalt, Nötigung, sexueller Belästigung, Machtmissbrauch oder jeder anderen Art der Diskriminierung aufgrund des Frauseins beträgt die Gefängnisstrafe für Femizide mindestens 20 Jahre. Im Kontext schwerer Straftaten wie Missbrauch von Minderjährigen, Schwängerung, sexueller Ausbeutung mit vorheriger Vergewaltigung oder Verstümmelung beträgt die Strafe mindestens 30 Jahre. Das Kollektiv vereinigter Familien für die Gerechtigkeit: Nicht eine Ermordete mehr ist in diesem Kontext die wichtigste Organisation. Sie wurde im September 2019 gegründet und setzt sich aus Familien von Opfern von Femiziden zusammen, die fortwährend Ge-

rechtigkeit einfordern. Eine ihrer größten Errungenschaften ist der Erlass des Notfalldekrets 005-2020, welches hinterbliebenen Kindern oder abhängigen Familienangehörigen alle zwei Monate eine finanzielle Unterstützung von 600 Soles (ca. 145 Euro, Anm. d. Red.) gewährt.

Einige emblematische Fälle sind die von Solsiret Rodríguez, Mutter und feministische Aktivistin, die im Jahr 2016 verschwand und 2020 ermordet aufgefunden wurde. Sheyla Torres, eine neunzehnjährige angehende Hebamme, wurde von ihrem Ex-Partner erstochen. Und Eyvi Ágreda, eine 22-jährige wurde in einem Bus von ihrem Stalker lebendig verbrannt. Der wohl aktuellste Fall ist der von Lesly Vicente, einer 19-Jährigen, die nach Tingo María gekommen war, um dort Bauingenieurswesen zu studieren und in einem gemieteten Zimmer wohnte. Sie wurde am Morgen des 15. Juli dieses Jahres ermordet. An diesem Tag drangen eine oder mehrere Personen in ihr Zimmer ein, schlugen sie mit einem Vorschlaghammer, stachen mehrmals auf sie ein, schnitten ihren Hals und Teile ihres Gesichts durch. Bis heute gibt es weder Verdächtige noch Verurteilte.

Transfemizide werden bisher nicht als eigenständige Straftat eingestuft. Das ist alarmierend, da dieses Jahr bereits vier trans Frauen gewaltsam ermordet wurden. Das waren Angie Mimbela del Águila (26 Jahre alt und auf offener Straße enthauptet); die 52-Jährige Cristal Romero, die geschlagen und erstochen wurde; Brenda Venegas, ebenfalls 52 Jahre alt und erhängt, und die 46-Jährige Gabriela Cruz, die mit Handschellen auf dem Rücken gefesselten Armen aufgefunden und vor ihrem Tod gefoltert wurde. Leider respektiert der Staat auch im Tod nicht ihre Geschlechtsidentität, sondern bezeichnet sie weiterhin als Männer.

Femizide und Transfemizide sind zwar etwas Alltägliches, jedoch ist es wichtig einzugrenzen, dass sie nicht in allen sozialen Klassen geschehen. Meist sind die Opfer prekarisierte und rassifizierte Frauen, die die Konsequenzen einer frauenfeindlichen, rassistischen und kapitalistischen Gesellschaft erleiden, in der die Familienangehörigen jahrelang unermüdlich für Gerechtigkeit und gegen die Gleichgültigkeit des Frauenministeriums und der Justiz kämpfen müssen. Wir werden weiterhin für eine bessere Zukunft für unsere Schwestern kämpfen, damit morgen nicht eine weitere von ihnen fehlt. Für unsere Toten, nicht eine Minute des Schweigens, sondern ein ganzes Leben des Kampfes!

// Feministisches Kollektiv Resistencia Rabona
// Übersetzung: Jennifer Koppelin

URUGUAY

Im Jahr 2017 wurde in Uruguay eine Änderung des Strafgesetzbuches durchgesetzt, die Femizid als erschwerenden Straftatbestand zum Mord einführte (Gesetz Nr. 19.538). Im selben Jahr wurde auch ein integrales Gesetz gegen Gewalt gegen Frauen (19.580) verabschiedet. Kritisiert wird allerdings die mangelhafte Umsetzung des letzteren, da es nicht mit angemessenem Budget ausgestattet ist und es noch keine entsprechenden Instanzen in der Justiz gibt, die auf die Rechtsprechung hinsichtlich geschlechtsspezifischer Gewalt spezialisiert sind. Darüber hinaus bemängelt die Organisation Red Uruguaya contra la Violencia Doméstica y Sexual eine Reviktimisierung der Frauen, die Fälle zur Anzeige bringen. Sie kritisieren, dass oftmals polizeiliche Schutzmaßnahmen dazu führen, dass die betroffenen Frauen zu „Gefangenen in ihren eigenen Häusern“ würden, während ihre Aggressoren frei herumlaufen können.

Im Jahr 2018 wurde die juristische Figur des Femizids erstmals in einem Urteilsspruch angewendet, da Verachtung, Geringschätzung und Hass auf Frauen im Tatmotiv durch psychologische Gutachten nachgewiesen werden konnten. Ein „historisches“ Urteil, so die Aktivistin Andrea Tuana, angesichts des tief in der Kultur verwurzelten Machismus. Sie und andere Feministinnen drängen auf einen „kulturellen Wandel“ durch Bildung und die konsequente Aufnahme von Geschlechtergerechtigkeit in die Lehrpläne. „Natürlich kann ein Gesetz das Problem von geschlechtsspezifischer Gewalt nicht lösen; es ist eine notwendige Voraussetzung, aber das reicht nicht aus“, so die Anwältin Alicia Deus. Denn trotz umfassender Gesetzgebung gehört Uruguay laut UN Women zu den Ländern mit den höchsten Zahlen häuslicher Gewalt in der Region. Seit 2015 zählen feministische Organisationen 35 bis 39 Feminizide jährlich bei dreieinhalb Millionen Einwohner*innen. Als Reaktion auf die hohen Fallzahlen geschlechtsspezifischer Gewalt rief der damalige Präsident Tabaré Vázquez Ende 2019 einen nationalen Notstand aus – was von der Zivilgesellschaft

Illustration: Xueh Magrini Troll, @xuehka

längst eingefordert worden war. Zudem führen feministische Organisationen wie Minervas oder die Coordinadora de Feminismos sogenannte *Alertas Feministas* („Feministische Alarme“) durch. Kurz nach Bekanntwerden neuer Feminizide gehen sie in die Öffentlichkeit mit Schildern mit den Namen und Fotos der ermordeten Frauen, mit Performances, bei denen sich die Teilnehmer*innen symbolisch für jede getötete Frau auf den Boden legen und wo die Namen aller im Jahr getöteten Frauen verlesen werden. So wird immer wieder die Aufmerksamkeit auf die andauernde tödliche Gewalt gegen Frauen gerichtet.

// Ulrike Geier

Illustration: Shawna Pancarita Farinango, @jasmine_shawnaf

◀ **Schwesterlichkeit**
„Wir Frauen sind die Kriegerinnen unserer Gemeinschaft“

VENEZUELA

In der Nacht vom 3. September 2018 wurde die 29-Jährige Mayell Hernández in ihrer Wohnung ermordet. Freund*innen und Familie berichteten, dass der mutmaßliche Täter ihr Ex-Partner war. Er wurde von der Polizei festgenommen und gleich darauf wieder freigelassen. Die Straflosigkeit und Untätigkeit der Justiz im Fall von Hernández’ Ermordung brachten mehrere feministische Basisgruppen zusammen, um öffentlich Gerechtigkeit zu fordern.

Seit 2007 hat Venezuela ein dem Anschein nach progressives Gesetz für das Recht der Frauen auf ein Leben ohne Gewalt. Das Gesetz benennt 21 Arten von Gewalt und soll Frauen dabei unterstützen, Fälle zur Anklage zu bringen. Im Jahr 2014 wurde das Gesetz reformiert, um Femizid als Straftat einzuschließen. Trotzdem mangelt es an der Durchsetzung des Gesetzes im Justizsystem, bei der Polizei und den Regierungsbehörden. Die Polizei hindert Frauen oft daran, Anzeige zu erstatten, wenn sie zum Beispiel die „falsche Kleidung“ tragen. Zudem gibt es keine begleitenden Richtlinien, so dass Entscheidungen oft willkürlich getroffen werden und Betroffene nicht die Unterstützung bekommen, die ihnen das Gesetz zusichert.

Eine weitere Kritik an der Gesetzgebung und der Situation im Land ist die fehlende Erwähnung von LGBTQ+ Personen, die grundsätzlich aus dem Justizsystem herausfallen. Trans Frauen dürfen keine Anzeige aufgrund des Gesetzes von 2007 stellen. Ihre einzige legale Möglichkeit ist, auf die Artikel 20 und 21 der Verfassung zurückzugreifen, die jegliche Form der Diskriminierung verbieten.

2016 war das letzte Jahr, in der die venezolanische Regierung offizielle Zahlen zu Femiziden veröffentlicht hat: 122 Fälle waren es damals. Die sinkende Transparenz zeigt einen starken Rückschritt seit dem Gesetz von 2007. Für aktuelle Daten hat die Anthropologin Aimee Zambrano einen Femizid-Monitor gegründet, der Zahlen zu Femiziden auf Grundlage von Medienberichten sammelt. Ihre Statistik zählt 167 Femizide im Jahr 2019, davon drei Transfemizide. Von Januar bis Juni 2020 zählte sie bereits 137 Femizide. Die Zahlen sind nicht vollständig, da nicht alle Fälle in den Medien vorkommen. Daher geht es ihr darum, nicht nur die Zahlen zu dokumentieren, sondern auch die Geschichten der Personen, die sich dahinter verbergen. Mayell Hernández ist eine von den ermordeten Frauen. Nach den Protesten, die in ihrem Namen stattgefunden haben, wurde ihr Ex-Partner zu einer 30-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die Höchststrafe in Venezuela. Eine Ausnahme, denn viele Femizide bleiben weiterhin straflos (siehe Text auf Seite 34).

// John Mark Shorack

ILLUSTRATOR*INNEN

Für dieses Dossier haben uns 12 Künstler*innen ihre Bilder zur Verfügung gestellt. Ihr findet sie alle auch auf Instagram.

Agustina Di Mario kommt aus Alta Gracia in der Provinz Córdoba, Argentinien. Sie zeichnet, um, wie sie selbst sagt, auszudrücken, was sie denkt und fühlt. @aguslapiba

Die afrobrasilianische Illustratorin **Denise Silva** ist aktivistisch im Kontext des Schwarzen Feminismus organisiert. Mit ihrer Kunst protestiert sie, wie sie selbst sagt, gegen jede Art von Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Dabei richtet sie ihren Fokus auf die Ermächtigung Schwarzer Frauen. @ise_camaleoa

In ihrer Kunst kombiniert **Emmalynn González** ihre Praxis auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit mit ihren Erfahrungen als Frau aus Puerto Rico. Hierfür wählt sie bunte, helle und retro anmutende Farben, um ernste und tabuisierte Themen gleichermaßen zugänglich zu machen. @eg_atelier

Magda Castría ist eine argentinische Illustration, Grafikdesignerin, Feministin und Antispeziesistin. @magdacastria

Manai Kowii ist kichwa Künstlerin und glaubt, wie sie selbst schreibt, an das Träumen und an die Arbeit im Kollektiv. Sie ist Mitbegründerin des Kollektivs Warmi Muya, in dem Künstlerinnen verschiedener indigener Gruppen in Ecuador aktiv sind. @narymanai

Mora Galafassi aus Argentinien arbeitet als Illustratorin und Verlagsgraphikerin. Ihre Zeichnungen wurden in mehreren Büchern und der Zeitschrift *Prosódica arte y pensamiento desde los márgenes* veröffentlicht. @mora.gala

Die Zeichnerin und Malerin **Paulyna Ardilla** beschäftigt sich in ihrer Kunst mit sexueller Aufklärung und weiblicher Lust. @paulyna_ardilla

Pilar Emitxin ist feministische Illustratorin und Graphikdesignerin. Sie ist Teil des Bündnisses Ni Una Menos Córdoba und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Amazonas*. Außerdem arbeitet sie mit selbstverwalteten feministischen Organisationen und Asambleas zusammen, die im Kontext von Landkämpfen in Argentinien und ganz Abya Yala aktiv sind. @emitxin

Producciones y Milagros Agrupación Feminista sind eine kleine mexikanische Organisation mit einem der größten auf feministische Bewegungen und Frauenkämpfe spezialisierten Fotoarchiv in Mexiko und Lateinamerika. Unter dem Motto „Lebendiges Archiv – Lebendige Erinnerung“ bringen sie Archivaufnahmen als kollektive Paste-up-Aktionen in Form von Illustrationen oder interaktiven Fotoausstellungen wieder zurück auf die Straße. @produccionesymilagros

Shawna Pancarita Farinango ist otavalo-kichwa digitale Künstlerin. Ihre Arbeit ist, wie sie selbst sagt, inspiriert von der Widerstandskraft ihrer Gemeinschaft, der Schönheit der Pachamama und den starken und mächtigen *warmí* (Frauen), die sie umgeben. In ihrer Arbeit thematisiert sie, was es bedeutet, in einem „marginalisierten Braunen indigenen Körper zu leben.“ @jasmine_shawnaf

Die Illustratorin **Valeria Araya** aus Santiago de Chile ist Teil der Colectiva Mecha. Sie wurde für die Publikation „Latin Identities: The best Latin American Illustrations 2019“ und im Jahr 2020 für den Publikumspreis der 14. Ausgabe des Illustrationspreises Lateinamerika ausgewählt. Ihre Kunst ist eine ständige Kreuzung zwischen dem Analogen und Digitalen und betrachtet Frauen aus einer alltäglichen und politischen Sicht. Wenn sie nicht gerade zeichnet, probiert sie neue Techniken wie Collage oder Keramik aus und schaut Filme, statt zu schlafen. @onreivni

Xueh oder Xuehka bezeichnet sich als Verteidigerin von Gleichheit und Vielfalt und glühende Verfechterin der Freiheit. Sie studierte Bildende Kunst an der Nationalen Universität von Kolumbien, Illustration an der Kunstschule Diez in Madrid und Visuelle Kommunikation an der Kunsthochschule Weissensee in Berlin, wo sie derzeit auch lebt. @xuehka